

Verwaltungsbericht 2006

Stadtverwaltung Brunsbüttel





Der Hauptausschuss hat am 05. April 2000 beschlossen, dass jeweils bis zum Ende des ersten Quartals eines Jahres über das vorangegangene Jahr ein Verwaltungsbericht zu erarbeiten ist, um einen Überblick über die Aufgabenerledigung und die wesentlichen Geschäftsvorfälle zu erhalten.

Zum 01.01.2006 ist die Verwaltung neu strukturiert worden. Aus den bisher bestehenden 4 Ämtern sind 3 Fachbereiche gebildet worden, die sich in jeweils 4 Fachdienste gliedern.

Dieser 7. Bericht ist dieser neuen Verwaltungsstruktur angepasst worden und enthält wiederum viele Informationen über Beschlussausführungen und Initiativen im Jahr 2006.

Der Bericht ist wie in den Vorjahren auf der Website im Internet unter www.brunsbuettel.de/Verwaltung-Politik/Verwaltungsberichte nachzulesen bzw. kann von hier auch als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Ich hoffe, Sie finden viele interessante Informationen und Erkenntnisse beim Studium des Berichtes. Für konstruktive Kritik zur Verbesserung der inhaltlichen Darstellung und des Umfangs der aufbereiteten Daten bin sehr dankbar.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung danke ich an dieser Stelle für ihr Engagement, das Ihnen zum Wohle der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern auch künftig erhalten bleiben möge.

Ihr

Wilfried Hansen
Bürgermeister

Mit Wirkung zum 01. Januar 2006 ist die Verwaltung neu strukturiert worden. Sie gliedert sich statt der bisherigen 5 Ämter nunmehr in 3 Fachbereiche, die wiederum in jeweils 4 Fachdienste unterteilt sind.

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

FACHBEREICH I ALLGEMEINE VERWALTUNG, BILDUNG, BÜRGERSERVICE UND ÖFFENTLICHE SICHERHEIT	5
Fachdienst Innere Verwaltung.....	5
1. Gremien.....	5
2. Innere Verwaltung.....	6
3. Personalverwaltung.....	7
Fachdienst Bildung, Kultur und Soziales.....	9
1. Schulen.....	9
2. Jugend, Sport und Kultur.....	11
3. Heimatmuseum	13
4. Bücherei.....	14
5. Haus der Jugend	15
6. Kindertagesstätten.....	17
7. Freibad.....	18
Fachdienst Ordnung und Sicherheit, Bürgerbüro	25
1. Allgemeine Ordnungsverwaltung.....	25
2. Einwohnerwesen.....	30
3. Standesamt	34
4. Gewerbe.....	36
5. Seemannsamt.....	38
Fachdienst Brand- und Katastrophenschutz.....	39
Kommunaler Brandschutz.....	39
Schiffsbrandbekämpfung (SEG/Schiffssicherung)	40
Fachdienst Informationstechnik.....	41
FACHBEREICH II WIRTSCHAFT UND FINANZEN.....	43
Fachdienst Steuern und Abgaben.....	43
Vergnügungssteuer.....	43
Fachdienst Finanzen.....	44
Haushalt.....	44
Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens – Doppik.....	46
Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus.....	49
a) Brunsbüttel-Marketing e. V.	53
b) Koordinierungskreis.....	54
c) Dithmarschen Tourismus e.V.....	54
d) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse Nord-Ostsee- Kanal/Touristische Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostsee-Kanal.....	55
e) ARGE Maritime Landschaft Unterelbe	55
f) Unterelbe Tourismus e.V.....	56
g) Sonstige Mitgliedschaften und Kooperationen.....	57

FACHBEREICH III PLANUNG, BAU, UMWELT UND TECHNIK.....	62
Fachdienst Bauverwaltung	62
1. Grundstücksverkäufe	62
2. Grundstücksbestand	62
3. Grundstückskäufe	63
4. Vermietungen und Verpachtungen	63
5. Verkauf städtischer Grundstücke an der Johannes-Brahms-Straße	63
6. Erbbaurechte und Reallasten	64
7. Ökokonto	64
8. Bodenverkehrsgenehmigungen	65
9. Straßenwidmungen und Straßeneinziehungen	65
10. Nutzung der städtischen Sporthallen und Sportplätze	65
11. Balkonwettbewerb	65
12. Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- Verkehrs- und Kleingartenangelegenheiten	66
Fachdienst Technische Aufgaben - Sachbereich Planung	67
Bebauungspläne	68
Tourismusbeschilderung	69
Messen	69
Geographisches Informationssystem (GIS)	69
Hüttendorf am Freizeitbad Luv	70
Gestaltung der Braake für touristische Zwecke	70
Entscheidungen über Anträge auf Beseitigung ortsbildprägender bzw. landschaftsbestimmender Einzelbäume oder Baumgruppen	70
Arbeitsgruppe Demographie	70
Vorbereitende Untersuchung für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Alter Hafen	71
Fachdienst Technische Aufgaben - Sachbereich Tiefbau.....	72
Neubau der Johannes Brahms Straße	72
Neubau der Justus-von-Liebig-Straße	72
Ausbau der Kreystraße, der Schleusenstraße und der Koogstraße	72
Straßenunterhaltung	73
Straßenbeleuchtungsmaßnahmen	73
Grünanlagen	73
Sportanlage Olof-Palme-Allee	74
Spielplätze	74
Genehmigungen nach Abwassersatzung	74
Fachdienst Technische Aufgaben – Sachbereich Hochbau.....	75
Fachdienst Bauaufsicht.....	76
Fachdienst Bauhof	79
PERSONALRAT	86
Tätigkeiten des Personalrats im Jahr 2006	86
BERICHT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN.....	87
BERICHT DER BEHÖRDLICHEN DATENSCHUTZBEAUFTRAGTEN	97

Fachbereich I Allgemeine Verwaltung, Bildung, Bürgerservice und Öffentliche Sicherheit

Gliederung:

1. Fachdienst Innere Verwaltung
 - 1 Gremien
 - 2 Innere Verwaltung
 - 3 Personalverwaltung
2. Fachdienst Bildung, Kultur, Soziales
 - 1 Schulen
 - 2 Jugend, Sport, Kultur
 - 3 Heimatmuseum
 - 4 Bücherei
 - 5 Haus der Jugend
 - 6 Kindertagesstätten
 - 7 Freibad
 - 8 Soziales
3. Fachdienst Ordnung und Sicherheit, Bürgerservice
 - 1 Allgemeine Ordnungsverwaltung
 - 2 Bürgerservice
 - 3 Standesamt
 - 4 Gewerbe
 - 5 Seemannsamt
4. Fachdienst Brand- und Katastrophenschutz

Fachdienst Innere Verwaltung

1. Gremien

Der Fachdienst Innere Verwaltung betreut die Ratsversammlung, den Hauptausschuss, die Einwohnerversammlung, und die Ortsbeiräte.

Daneben werden der „Bedarfs-Ausschuss“ für die Schulleiterwahl und der freiwillig gebildete nachbarschaftliche Ausschuss betreut.

Außerhalb dieser Gremien werden die Beziehungen zum Städteverband und Kommunalen Arbeitgeberverband gepflegt.

Für Sonderveranstaltungen wie Neujahrsempfang und Oper im Stadtpark wurde Personal- und Organisationshilfe geleistet.

Ausgelöst durch das Gesetz zur Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung vom 25.06.02 wurde die **Hauptsatzung** überarbeitet, gleichzeitig wurden Erfahrungswerte der lfd. Wahlzeit aufgenommen.

Mit dem Beginn der neuen fünfjährigen Wahlzeit ab 01.04.2003 nahm auch die veränderte Ausschuss-Landschaft ihre Arbeit auf. Hierzu gehören der neu gebildete **Ausschuss für Bildung und Kultur**, der u. a. für Angelegenheiten der Kindertagesstätten zuständig ist, und der neu strukturierte **Ausschuss für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales**.

Die Hauptsatzung wurde ferner von den Entschädigungsregelungen „befreit“.

Diese sind mit Wirkung ab 01.04.2003 in einer eigenen **Entschädigungs-satzung** geregelt.

Die zwischenzeitliche politische Arbeitspraxis lässt die positive Bewertung der Neustrukturierung zu.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 10.12.2003 zur Zulässigkeit von „Zählgemeinschaften“ sorgte für Diskussionsstoff in Kommunalpolitik und Verwaltung.

Nach dem Erlass des Innenministeriums des Landes vom 05.03.2004 ist festzustellen, dass in Brunsbüttel aus rechtlicher Sicht kein Korrekturbedarf besteht.

Sitzungsanzahl städtische Gremien:

Ratsversammlung:	4	(5)
Hauptausschuss:	11	(10)
Ausschuss für Bildung und Kultur:	10	(8)
Ausschuss für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales:	5	(6)
Ortsbeiräte:	9	(3)
Schulleiterwahlausschuss:	1	(-)
Einwohnerversammlung:	1	(1)
Nachbarschaftlicher Ausschuss:	1	(1)

() = Vorjahreszahlen

2. Innere Verwaltung

Schwerpunkte der Arbeit waren

- a) Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe
- b) Konzentration der Verwaltung,
- c) Ausbau der IT-Ausstattung,
- d) allgemeine Aufgabenstellung

zu a)

Mit dem IV. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (**Hartz IV**) wurde eine neue Sozialleistung für erwerbsfähige Hilfsbedürftige und ihre Familienangehörigen eingeführt. Kerninhalt des Gesetzes ist die Schaffung eines II. Sozialgesetzbuches (SGB II), in dem die Grundsicherung für die Arbeitssuchende geregelt wird. Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft sind Träger der Leistungen die Agenturen für Arbeit und die Kreise bzw. kreisfreien

Städte.

Mit der Umsetzung von Hartz IV ergaben sich u. a. organisatorische Veränderungen innerhalb der Stadtverwaltung durch Auflösung des Sozialamtes mit Ablauf des Jahres 2004, eines Folgeraumkonzeptes für die Stadtverwaltung und der Personalgestellung, auf die unter 3. noch eingegangen wird.

Nach Auflösung des Sozialamtes wurde für die Abwicklung offener Fälle, verbleibender und künftiger Aufgabenstellung ab 2005 das Sachgebiet „Soziale Angelegenheiten“ als Teil des Hauptamtes gebildet, das nunmehr in den FD Bildung, Kultur, Soziales eingebunden worden ist.

Die räumliche Situation änderte sich insoweit als die Durchführung des Wohngeldes, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Sozialstaffel nach dem Kindertagesstättengesetz im Gebäude des ab 01.01.2005 eingerichteten Leistungszentrums für Arbeit und Soziales, Von-Humboldt-Platz 9 (fr. Bauamt) bearbeitet wird.

Die freigewordenen Räumlichkeiten des fr. Sozialamtes wurden, soweit sie nicht vom Sachgebiet Soziale Angelegenheiten belegt werden, zur Entzerrung der zum Teil beengten Raumsituation im Rathaus genutzt.

Ab dem 01. September 2006 ist das Sachgebiet Wohngeld, Asylbewerberleistungen und Sozialstaffel wieder in das Rathaus umgesetzt worden, da die Arge zusätzlichen Raumbedarf hatte.

zu c)

Das **Freibad** wird nach Beschluss der Ratsversammlung vom 24.11.2004 über den Betriebsführungsvertrag mit der Freizeitbad Brunsbüttel GmbH, einer 100 %igen Tochter der Stadt, ab Freibadsaison 2005 durch diese geführt werden.

Synergieeffekte, vor allem im Personalbereich, führten zu dieser Entscheidung.

- - -

Im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe (Hartz IV) sind der Stadt Möglichkeiten zum Einsatz von Kräften mit Mehrarbeitsentschädigung (MAE) (sog. „**1-Euro-Jobs**“) entstanden.

Voraussetzung für eine Beschäftigung ist, dass diese Beschäftigungen die Eigenschaften der Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit erfüllen. So sind im Laufe der Zeit verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten in den Einrichtungen der Stadt entstanden. Die Zuweisung des Personals erfolgt über die zuständigen Vermittlungsträger (chance Zeitarbeit, INT, Jugendaufbauwerk). In Einzelfällen ist aus dieser Beschäftigung auch schon ein Arbeitsverhältnis mit der Stadt entstanden.

3. Personalverwaltung

Vorrangiges Ziel der **Personalwirtschaft** in 2006 war, wie bereits in den Vorjahren, die sozialverträgliche Personalanpassung bei gleichzeitiger Sicherstellung der qualitativen und quantitativen Ausstattung von Verwaltung und Einrichtungen.

Gegenüber dem Vorjahr wurden 1,46 Stellen abgebaut.

Die Netto-Personalkosten lagen im Jahr 2006 mit 5.691.684,61 € über dem Stand des Vorjahres 2005 (5.070.943,65 €). Allerdings konnten die Entgelte der Beschäftigten für Dezember 2005 i.H.v. 389.829,51 € erst im Haushaltsjahr 2006 gebucht werden. Sofern man diesen Betrag dem Jahr 2005 zuordnen würde, könnte man von einer Reduzierung der Personalkosten im Jahr 2006 i.H.v. 158.918,06 € sprechen.

Neben dem Stammpersonal von 174 Mitarbeitern/innen (davon 45 im Rathaus, 17 im Bauamt) wurden 16 Auszubildende / Anwärter/innen beschäftigt.

Es bestehen derzeit insgesamt 71 Teilzeitarbeitsverhältnisse. In Altersteilzeit befinden sich 14, in Elternzeit 5 Beschäftigte.

Die gesellschaftspolitische Verpflichtung zur Ausbildung konnte weiterhin mit einem durchschnittlichen Stand der letzten drei Jahre von 14 Auszubildenden erfüllt werden.

Auch in 2006 wurde zahlreichen Praktikanten/innen aus weiterführenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen die Möglichkeit des „Schnupperns im Beruf“ geboten.

Ausblick:

Ab dem 01.01.2007 beträgt die wöchentliche Arbeitszeit für Beschäftigte 39 Std. Für schwerarbeitende Beschäftigte beträgt die Arbeitszeit ab dem 50. Lebensjahr weiterhin 38,5 Std., ab dem 58. Lebensjahr 38 Std. Für Teilzeitbeschäftigte kann bis zum 31.03.2007 die Anpassung der Arbeitszeit beantragt werden, damit keine finanziellen Nachteile entstehen.

Eine neue Entgeltverordnung wird nach den derzeitigen Erkenntnissen voraussichtlich erst frühestens zum 01.01.2008 in Kraft treten.

Der TVöD sieht zum 01.01.2007 die Einführung einer leistungsorientierten Bezahlung (LOB) bei den tariflich Beschäftigten vor.

Derzeit erarbeitet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Bürgermeister, dem leitenden Verwaltungsbeamten, Mitarbeitern der Fachbereiche und des Personalrates, das Konzept für eine entsprechende Dienstvereinbarung. Diese soll bis Juli 2007 unterzeichnet sein.

Für die Umsetzung der LOB sollen entsprechende Schulungen für die jeweiligen Führungskräfte stattfinden.

Gem. § 12 TVÜ-VKA beginnt ab dem 01.10.2007 die Zahlung eines Strukturausgleiches. Ob und in welchem Umfang der Strukturausgleich gezahlt wird, hängt von der jeweiligen Vergütungsgruppe und Stufe ab. Dieses muss pro Mitarbeiter überprüft werden.

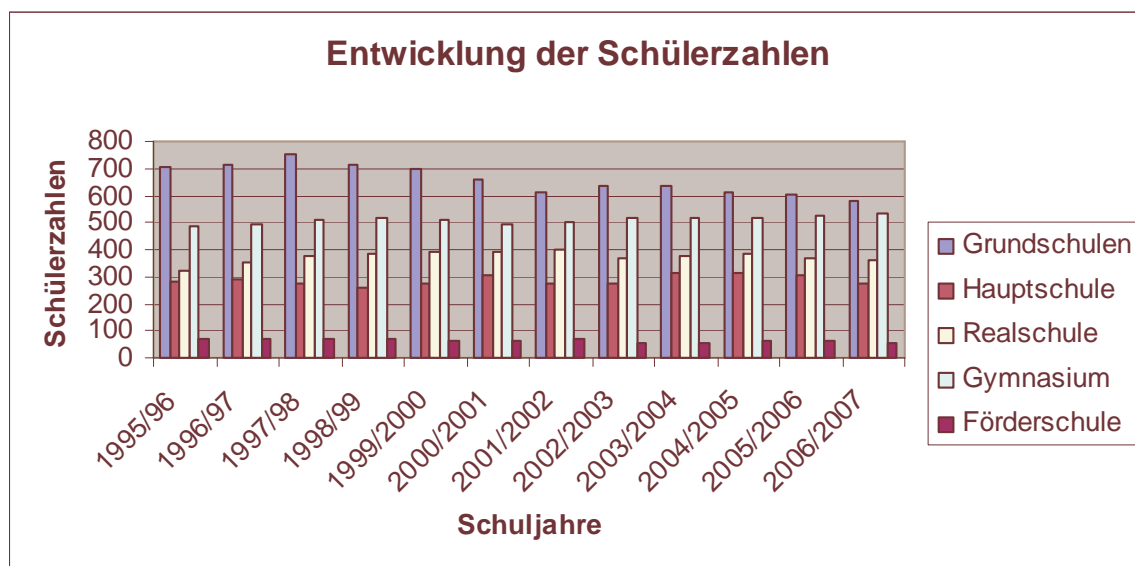
Fachdienst Bildung, Kultur und Soziales

Der Fachdienst betreut den Ausschuss für Bildung und Kultur und den Ausschuss für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales.
 Bei Bedarf wird für eine Schulleiterwahl der Schulleiterwahlausschuss gebildet.

1. Schulen

Derzeit besuchen **1.805 Schülerinnen** und **Schüler** (Vorjahr 1.868) die Brunsbütteler Schulen. Sie verteilen sich wie folgt:

Schule	Anzahl der Schülerinnen und Schüler Schuljahr 2006/2007
Boy-Lornsen-Grundschule	332 (Vorjahr 334)
Grundschule Süd	52 (Vorjahr 58)
Grundschule West	223 (Vorjahr 226)
Hauptschule	305 (Vorjahr 311)
Boje-Realschule	367 (Vorjahr 383)
Gymnasium	529 (Vorjahr 515)
Förderschule	60 (Vorjahr 67)



Die vorstehende Grafik zeigt bei den Grundschulen schon deutlich sinkende Schülerzahlen, die zeitlich versetzt auch bei den weiterführenden Schulen auftreten werden. Diese Entwicklung zeigt auch der **Schulentwicklungsplan für die Jahre 2001 bis 2008** auf, der darauf hinweist, dass die Grundschule Süd schon jetzt einer besonderen Beobachtung bedarf. Außer Frage steht dabei, dass die Grundschule Süd erhalten bleiben muss.

Die Einrichtung „**Betreute Grundschule**“ ist im abgelaufenen Berichtsjahr in

der Grundschule-West angeboten und im Jahr 2006 von durchschnittlich 50 Kindern besucht worden.

Ab dem Schuljahr 2005/2006 wurde das Betreuungspersonal im Bereich der Beschäftigungsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) auf der Grundlage des SGB II durch den Vermittlungsträger gestellt. Dadurch ist es der Stadt Brunsbüttel möglich, auf ein Entgelt für die Betreuung zu verzichten. Die Vermittlung der MAE-Kräfte für lediglich 6 Monate stellte sich anfangs als problematisch dar, da eine Betreuung für ein ganzes Schuljahr nicht gesichert war. Zwischenzeitlich konnte mit der ARGE Einigkeit erzielt werden, dass MAE-Kräfte über 25 Jahre für das ganze Schuljahr der entsprechenden Einrichtung zugewiesen wird.

Der im Rahmen des Projektes „**Schulen ans Netz**“ im Jahre 2001 angescho-bene Ausbau der EDV-Ausstattung in den Brunsbütteler Schulen wurde im Jahr 2006 weiter fortgesetzt. Den Schulen wurden insgesamt Finanzierungsmittel in Höhe von knapp 41.800 € für die weitere Ausstattung im EDV-Bereich zur Verfügung gestellt.

Das offene Ganztagsangebot an der Boy-Lornsen-Grundschule startete am 05.01.2006 in den extra dafür neu gebauten Räumen. Insgesamt 140 Kinder nutzten das Angebot an bis zu 5 Tagen in der Woche von 7.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Das angebotene Mittagessen wurde von bis zu 56 Kindern angenommen. Bis zu 70 Kinder täglich wurden bei den Hausaufgaben, in den Projekten und in den Kursen betreut.

Finanzmittel wurden für die Einrichtung von Seiten des Landes Schleswig-Holstein und des Kreises sowie von der Stadt zur Verfügung gestellt.

Das zum Beginn des Schuljahres 2002/2003 gestartete **freiwillige Ganztagsbetreuungsangebot** an der Förderschule Brunsbüttel wird auch im Schuljahr 2006/ 2007 erfolgreich weitergeführt.

Finanzmittel wurden für die Einrichtung von Seiten des Landes Schleswig-Holstein und des Kreises sowie von der Stadt zur Verfügung gestellt.

Derzeit nehmen durchschnittlich 37 Kinder das freiwillige Ganztagsangebot wahr. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 66,08 % der Schüler/innen der Förderschule.

Der Trägerverein „Schule und Betrieb“ Brunsbüttel e.V., der von den Betrieben, Handwerk und den Schulen besetzt ist, beschäftigt sich konstruktiv mit den Probleme von Schulen und Betrieben, z.B. im Hinblick auf Unterrichtsausfall, Qualität des Unterrichtes und vor allem dem Übergang der Schüler in den Beruf. Im Rahmen des Arbeitskreises haben sich mittlerweile spezielle Arbeitsgruppen gebildet.

Die Stadt hat im Jahre 2006 für die die Grundschulen in Neufeld und Eddelak besuchenden Schüler/innen aus den Ortsteilen Blangenmoor-Lehe, Westerbüttel und Mühlenstraßen insgesamt 14.643,74 € an **Schulkostenbeiträgen** gezahlt. Die Kosten des Vorjahres beliefen sich auf 16.274,50 €. Insgesamt wurden für alle Schularten (Grundschulen, Hauptschule, Gymnasium, Realschule, Förderschule und Ersatzschulen) Schulkostenbeiträge in Höhe von

39.520,91 € entrichtet.

An Schulkostenbeiträgen flossen der Stadt von anderen Gemeinden 117.682,84 € zu.

Ausblick:

Es bleibt die Einführung der verlässlichen Grundschulzeiten abzuwarten, die hier Unterricht für die 1. und 2. Klassen von 4 Stunden und für die 3. und 4. Klassen von 5 Stunden garantieren und zu einem Abbau der betreuten Grundschulzeiten beitragen werden. Auf Landesebene ist geplant, die verbindliche Grundschulzeiten bis zum Schuljahr 2007/2008 flächendeckend in Schleswig-Holstein einzuführen.

Für den Unterricht im Bereich der Informationstechnik wird es erforderlich sein, im Hinblick auf einen attraktiven Schulstandort weiterhin Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der schleswig-holsteinische Landtag hat in seiner Sitzung am 24. Januar 2007 das neue schleswig-holsteinische Schulgesetz verabschiedet. Das bestehende Schulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium sowie Gesamtschule wird durch das Modell Regionalschule und Gymnasium plus Gemeinschaftsschule weiterentwickelt. Haupt- und Realschule werden danach zur Regionalschule zusammengefasst, auf Antrag des Schulträgers können auch Gemeinschaftsschulen entstehen.

Die Stadt Brunsbüttel hat bereits Ende 2006 einen Workshop „Schule der Zukunft“ durchgeführt, um sich möglichst frühzeitig auf die bestehenden Änderungen einzustellen. Mit einer Entscheidung der spätestens ab dem Jahre 2010 erforderlichen Schulart, ist im Laufe des Jahres 2007 zu rechnen.

Zum Ende des Schuljahres 2006/2007 wird das 10. Hauptschuljahr für allgemeinbildende Schulen wegfallen. Zukünftig haben Schüler die Möglichkeit, die Berufseingangsklassen der Berufsfachschulen zu besuchen. Zurzeit werden Gespräche geführt, damit die Berufseingangsklassen in Brunsbüttel angeboten werden.

Die Schulen arbeiten an der Umsetzung der Schulprogramme, um hier eigene Schwerpunkte und Akzente zu setzen.

2. Jugend, Sport und Kultur

2.0 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei städtischen Planungen und Vorhaben (§ 47 f Gemeindeordnung)

Seit dem 01.04.2003 muss die Stadt bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu muss die Stadt über die Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner nach den §§ 16 a - f hinaus geeignete Verfahren entwickeln. Die Ausgestaltung ist Sache der Stadt.

Die Ratsversammlung hat am 11.06.2003 beschlossen, die Beteiligung von

Kindern und Jugendlichen projektbezogen durchzuführen.

Die Frage der Beteiligung ist in der Folgezeit Diskussionsthema im Ausschuss für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales gewesen.

Der Ausschuss hat am 21.04.2004 beschlossen, mindestens dreimal pro Jahr zu einer **Jugendeinwohnerversammlung** analog § 16 b GO einzuladen. Einberufung und Leitung der Jugendeinwohnerversammlung ist Aufgabe der Bürgervorsteherin.

Diese wurden am 06.07.2006 im Haus der Jugend und am 11.10.2006 in der Boje-Realschule durchgeführt. Die Beteiligung lag bei 0 Jugendlichen. Aufgrund dessen haben der Ausschuss für Bildung und Kultur und der Ausschuss für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales in ihrer gemeinsamen Sitzung vom 16.11.2006 über die Problematik der Beteiligung diskutiert.

Zukünftig werden die Klassensprecher der weiterführenden Schulen namentlich zur Jugendeinwohnerversammlung eingeladen, um den Informationsfluss innerhalb der Klassen sicherzustellen. Ebenfalls werden Themenschwerpunkte gesetzt.

Zu Beginn eines Schuljahres soll eine Veranstaltung stattfinden, in der die Einflussmöglichkeiten der Jugendlichen in die Politik erläutert werden.

2.1 Jugendförderung

Gemäß dem Beschluss der Ratsversammlung vom 22. Juni 2005 wurden im Rahmen der Vereinsjugendförderung an die örtlichen Vereine **insgesamt 8.640,00 €** ausgezahlt, dies sind im Vergleich zum Vorjahr 380,96 € weniger.

Die Vereine haben seit dem Jahr 2006 die Möglichkeit, den Zuschussantrag bis spätestens zum 15.03. eines Jahres für das laufende Jahr vorzulegen. Es wird bis auf weiteres ein Zuschuss in Höhe von max. 5,00 € pro jungem Mitglied bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt. Sollte der Betrag in Höhe von 9.000,00 € nicht ausreichen, so wird der Zuschuss entsprechend gekürzt.

Im Jahr 2006 wurden mit diesen Mitteln insgesamt 9 Vereine (2005 = 9 Vereine) mit 1.728 Jugendlichen (2005 = 1.726 Jugendliche) gefördert.

2.2 Jugendholungsmaßnahmen

Im Jahr 2006 wurden 19 Jugendholungsmaßnahmen (151 Tage) gefördert. Im Vorjahr waren dies 21 Jugendholungsmaßnahmen (150 Tage). Insgesamt wurde ein Betrag von 1.855,00 € (Vorjahr 2.117,00 €) als Zuschuss gewährt.

2.3 Förderung des Sports

An Sportvereine wurden insgesamt 5.000,00 € an Zuschüssen gewährt. Als weitere Förderung wird den Vereinen die Benutzung der Sporthallen und Sportplätzen unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

2.4. Sportveranstaltungen

Die Sportshow mit Sportlehre im November 2006 erfreute sich wieder großer Beliebtheit, es wurden ca. 600 Besucher gezählt, die sich dem vielfältigen sportlichen Angebot der Brunsbütteler Vereine erfreuen konnten und den zu ehrenden Sportlern einen würdigen Rahmen boten.

2.5 Kultur und Kulturförderung

Die Ratsversammlung hat am 10.09.2003 den Beschluss zum Beitritt der Stadt zur **Dithmarscher Musikschule e. V.** gefasst.

Der Finanzierungseinstieg wird durch eine Übergangsregelung für die Jahre 2004 (16.000,00 €) und 2005 (25.000,00 €) erleichtert, der Beitrag für 2006 betrug 36.893,00 €.

Die Beitrags- und Schülerzahlenentwicklung der Dithmarscher Musikschule wird laufend beobachtet, um anhand der Schülerzahlenentwicklung die Erfolgskontrolle ausüben zu können. 2004 = 90, 2005 = 133 und 2006 = ca. 160 Musikschülerinnen und -schüler.

Zu der am 31.08.2006 im Stadtpark von der Fa. Aktiv Event gebotenen Oper „Die Zauberflöte“ wurde organisatorische Hilfestellung geleistet.

Ausblick:

Aufgrund der geringen Resonanz bei der Veranstaltung „Die Zauberflöte“ am 31.08.2006 im Stadtpark, wird im Jahre 2007 voraussichtlich keine Veranstaltung durchgeführt.

3. Heimatmuseum

Die Ausführung der Aufgaben des Museums, besonders der Archivarbeit, konnten auch im Jahr 2006 verstärkt vorangetrieben werden.

- Sonderausstellung: 330 Jahre Umsiedlung Brunsbüttel, 24.10.-05.12.2006
 - Beteiligung an der 4. Kult(o)ur am 27.05.2006
 - Gruppenbesuch der Schüler/innen des Handelsgymnasium Oslo, Norwegen
 - Sonderführungen für Brunsbütteler Grundschulklassen
 - Sonderführungen für ausländische Schulklassen, Austauschschüler Norwegen (Oslo) und Frankreich
 - Sonderführungen im Rahmen der Museumslandschaft Dithmarschen 21.08.-19.09.2006
 - Mehrere Vorstandssitzungen des Vereins für Brunsbütteler Geschichte, sowie „Klönchnacks“ und „Stammtische“ fanden in den Räumen des Heimatmuseums statt.
- Besucherzahl: 837 (Vorjahr: 1.090)
 - Nationale und internationale Besucher.
 - Gruppenbesuch von Austauschschülern
 - Gruppenbesuche von Tagesausflüglern (Betriebsausflüge)
 - Mehrere Vorstandssitzungen des Vereins für Brunsbütteler Geschichte fanden in den Räumen des Heimatmuseums statt.

Um die Existenz des Heimatmuseums langfristig zu sichern, hat die Stadt Brunsbüttel zum 01.01.2007 die Betreiberschaft auf die VHS übertragen.

4. Bücherei

Öffnungstage: 246 Öffnungsstunden: 1.722

In unserer Lesekartei führen wir 4.217 angemeldete Benutzer. Aktive Leser/innen (min. 1 Ausleihe in 2006): 2.375 (2005: 2.544); darunter sind 568 Kinder bis 12 Jahren = 24 % (2005: 569). Von diesen Lesern kommen 1.878 aus Brunsbüttel = 72 % (2005: 2.059); 450 sind aus dem Kreis Dithmarschen = 19 % (2005: 440); 47 wohnen außerhalb Dithmarschens = 2 % (2005: 45).

Seit April 2004 ist am Eingang der Bücherei eine Besucherzählanlage installiert. 2006 hatte unsere Einrichtung 60.321 Besucher und Besucherinnen, das sind ca. 245 pro Tag (2005: 60.434).

Neuanmeldungen: 430 (2005: 480)

Bestand an Medien: 28.040 (2005: 28.825)

Sachliteratur für Erwachsene: 9.302

Romane: 6.054

Kinder- und Jugendliteratur (auch Sachbücher): 7.800

Noten: 190

Literaturkassetten und CDs für Kinder und Erwachsene: 1.022

CD-ROMs: 330

Videofilme: 1.560
Spiele: 410
sowie 1.371 Zeitschriftenhefte aus 43 Abonnements, dazu 4 Zeitungsabos
Magazinbestand: 161.

Entleihungen: 114.519 (2005: 116.659) – 1,83 %

Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene: 37 mit 1.311 Teilnehmern: Klassenführungen, Vorlesestunden, Bilderbuchkino, Kinder- und Jugendbuchwochen mit Lesungen, 1 Bücherflohmarkt.

Besonderheiten des Jahres 2006:

Seit dem 01.01.2006 gilt eine Jahresgebühr für Erwachsene von 12,00 € für 12 Monate. Eine Ermäßigung ist möglich für Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie Bezieher bestimmter Sozialleistungen. (Beansprucht aktuell von rund 17 % der Benutzer ab 18 Jahren.)

Da die Gebühren vom 01.01.2005 zum 01.01.2006 verdoppelt wurden, war mit einem Rückgang bei den erwachsenen Ausleihern zu rechnen. Außerdem sorgte die „sonnige“ Fußball-Weltmeisterschaft für eine Ausleih-Flaute im Sommer.

Dies dürften Gründe sein, dass zum ersten Mal seit Jahren die Benutzung der Stadtbücherei zurückgegangen ist.

Die Zahl der aktiven Benutzer (mind. 1 Ausleihe in 2006) ging gegenüber 2005 um 6,6 % zurück, die Zahl der Entleihungen um 1,8 %.

5. Haus der Jugend

Umgestaltung der Räumlichkeiten:

Nach der Beteiligungsmaßnahme aus dem Jahre 2004, wurde die Umgestaltung der Räumlichkeiten im Jahr 2006 abgeschlossen. Durch die Umgestaltung der Räumlichkeiten ist der Zulauf an Jugendlichen nach den Sommerferien kontinuierlich gestiegen.

Die Einrichtung wird von den Kindern und Jugendlichen nach der Renovierung wesentlich pfleglicher behandelt, als dieses vorher je gewesen ist.

Die Internet-Plätze wurden Anfang 2006 auf 8 Arbeitsplätze ausgedehnt.

Generationen im Internet:

Das generationsübergreifende Projekt „Alt und Jung im Internet“ wurde am 21.04.2005 mit einer Einweihungsfeier eröffnet. Seit der offiziellen Eröffnung durch den Bürgermeister findet das generationsübergreifende Internet-Café einmal pro Woche in der Zeit von 15.00 – 18.00 Uhr statt. Seit Beginn der Maßnahme ist die Zahl der teilnehmenden Senioren und Seniorinnen gestiegen, wobei sich gezeigt hat, dass einige Jugendliche anfänglich das Haus der Jugend verlassen haben, als die ältere Generation ins Haus kam. Zwischenzeitlich ist dieses nicht mehr gegeben. Die Jugendlichen halten sich während dieser Zeit genauso im Haus der Jugend auf wie die Senioren, wobei es zurzeit oft noch ein „Nebeneinander“ und nur selten ein „Miteinander“ ist.

Die Seniorinnen und Senioren wurden von den das Projekt begleitenden Ju-

gendlichen freundlich aufgenommen und das gemeinsame Miteinander zeigt, dass gerade das Medium Computer geeignet ist, Generationen zusammen zu bringen.

Durch die Arbeit ist es zwischenzeitlich zu teilweise engen Sozialkontakten, einerseits zwischen den Seniorinnen und Senioren, andererseits auch zwischen den Jugendlichen und den Seniorinnen und Senioren gekommen.

Die Senioren versorgen seit 2006 nicht nur ihre Gruppe mit kleinen Köstlichkeiten, sie freuen sich vielmehr über jede Nachfrage nach Kuchen oder Keksen, die von Jugendlichen gestellt wird.

Das Projekt wurde als einziges aus Schleswig-Holstein, in das „Handbuch Kommunale Familienpolitik“ aufgenommen, welches direkt bei VSTP-Verlag Soziale Theorie & Praxis bestellt werden kann.

Betrieb des Hauses der Jugend

Nach den Sommerferien 2006 konnte ein stetiger Zuwachs an täglichen Besuchern verzeichnet werden. Die Einrichtung wurde im Jahr 2006 täglich von ca. 15-90 Jugendlichen regelmäßig besucht. Wobei die Freqüentierung in den Wintermonaten deutlich höher lag als in den Sommermonaten.

Wobei der Zulauf im Rahmen der Ferienspaßaktionen stetig zunimmt und die Veranstaltungen regelmäßig ausgebucht sind.

Zu den Besuchergruppen gehörten deutsche, türkische, russische und polnische Jugendliche. Trotz der unterschiedlichen Nationalitäten kam es innerhalb der Einrichtung zu keinen nennenswerten Auseinandersetzungen untereinander.

Der Konsum von Alkohol im bzw. am Haus der Jugend ist im Jahr 2006 nur in sehr vereinzelt Fällen vorgekommen. Der vereinzelte Versuch von Alkoholkonsum, brachte keine besonderen Schwierigkeiten mit sich, da die Jugendlichen das Gelände nach Aufforderung der Mitarbeiter/in zügig verlassen.

Dies ist u .a. darauf zurückzuführen, dass die Jugendlichen wissen, dass ihnen ansonsten ein Hausverbot droht. In einzelnen Fällen wurde Jugendlichen mitgebrachter Alkohol abgenommen, und in Verwahrung genommen. Sofern die Jugendlichen nicht das Alter erreicht haben, um ihnen den Alkohol auszuhändigen, wird er bei Verlassen der Einrichtung nicht an die Jugendlichen zurückgegeben.

Die Nutzung der Einrichtung erfolgt überwiegend als Treff- und Kommunikationspunkt ohne konkrete Angebote in Anspruch nehmen zu wollen.

Der einmal die Woche angebotene Kindertag, wird von den 6- 12 jährigen regelmäßig in Anspruch genommen.

Neben dem täglichen Angebot an Aktionsmöglichkeiten, welches von den Jugendlichen gut angenommen wird, fanden im Jahr 2006 verschiedene Veranstaltungen statt. Dies waren, um einige Beispiele zu nennen:

Das Rock im Haus Konzert

Die Teilnahme am Familientag des Kreisjugendringes

Der Besuch des Indoor-Spielplatzes Rabatzz, Hamburg

Der dreitägige Hip-Hop-Workshop mit Jam (Move your style)

Tagesausflüge.

Aufnahme einer CD

Kooperationstreffen mit den Jugendwarten der Vereine

Die Einrichtung wurde im Jahr 2006 zunehmend von unterschiedlichen Vereinen, Verbänden und Institutionen für die Durchführung von Kursen und für diverse Versammlungen genutzt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Mädchen und Jungen im Kinderbuch wurde der Weltkindertag geplant und durchgeführt.

Der Zielgruppenschwerpunkt der 7-21jährigen Kinder und Jugendlichen wurde auch im Jahr 2006 erreicht.

6. Kindertagesstätten

Auch im Jahre 2006 waren wieder fast alle Plätze besetzt.

Die städtischen Kindertagesstätten „Spatzennest“ und „Löwenzahn“ werden seit dem 01.08.2005 von einer gemeinsamen Leitung geführt.

Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die erweiterten Öffnungszeiten in den Frühjahrs- und Herbstferien in der Kindertagesstätte „Löwenzahn“ beschlossen.

Die Elternentgelte wurden von der Ratsversammlung wie folgt festgesetzt:

- a) für den Vormittagsplatz von 8.00 – 12.00 Uhr (Kinder über 3 Jahre) auf 100,00 € und
- b) für Kinder unter 3 Jahre auf 110,00 €

Durch die Anhebung der Elternentgelte ist es nunmehr gelungen, dass in allen Brunsbütteler Einrichtungen einheitliche Elternentgelte erhoben werden.

Die Benutzungsentgelte für die Früh- und Spätzeiten sind unverändert geblieben (26,70 €/1 Stunde täglich; 13,40 € 0,5 Stunden täglich).

Im städt. Haushalt wurden im Jahr 2006 zusätzliche Fördermittel in Höhe von 165.000,00 € bereitgestellt, um auf eine weitere Anhebung der Elternentgelte verzichten zu können.

Die Landesmittel sind ab 2004 (Förderung der Kosten für das pädagogische Personal) gedeckelt, was dem städtischen Haushalt mit ebenfalls steigender Tendenz zusätzlich belastet.

Der Kreis hat seine Zuschüsse (7,5 % der Kosten des pädagogischen Personals) bisher unverändert belassen.

Die demografische Entwicklung, die die Auslastung der Kindertagesstätten unausweichlich zu einem politischen und wirtschaftlichen Thema werden lässt, drängt Überlegungen zu einer Verbesserung der laufenden Betriebsführung und der langfristigen Existenzsicherung der Kindertagesstätten auf.

Aus diesem Grunde hat der Ausschuss für Bildung und Kultur die Verwaltung beauftragt, eine kleinräumige Kindertagesstättenbedarfsplanung zu erarbei-

ten.

Ausblick:

Die kleinräumige Kindertagesstättenbedarfsplanung ist dem Ausschuss für Bildung und Kultur am 30.01.2007 vorgestellt worden.

Um für das Jahr 2007 keine Gruppen schließen zu müssen, wird im Jakobuskindergarten eine Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe umgewandelt. Weiterhin soll die gesetzliche Regelgruppengröße (20 Kinder) in allen Einrichtungen eingehalten werden. Die kleinräumige Kindertagesstättenbedarfsplanung wird künftig laufend aktualisiert, mit dem Ziel, Vorschläge zur Zukunftssicherung und Angebotsstrukturierung der Kindertagesstätten angesichts der demografischen Entwicklung zu erstellen.

7. Freibad

Betrieb allgemein:

Die Stadt Brunsbüttel ist Eigentümerin des Freibades Ulitzhörn. Das Freibad wurde bis einschließlich 2004 als Eigenbetrieb von der Stadt betrieben. Nach einem Beschluss der Ratsversammlung der Stadt vom 24.11.2004 wurde die Betriebsführung auf die Freizeitbad Brunsbüttel GmbH (FZB) übertragen. Zwischen Stadt und der FZB besteht ein Betriebsführungsvertrag. Ziel ist, durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der FZB und dem Freibad mögliche Einsparpotenziale zu nutzen. Insbesondere war hierbei an einen gemeinsamen Materialeinkauf und die Personalgestellung durch die FZB gedacht. Die technische Betriebsleitung wurde dem Badebetriebsleiter der FZB, Kai Thomsen, übertragen. Unabhängig von dieser Situation wurden im Winterhalbjahr 2005/2006 Gespräche mit einem möglichen privaten Investor geführt. Dieser wollte die Anlage vollständig von der Stadt übernehmen und als eigene GmbH weiterführen. Da das vorgelegte Konzept letztlich aber nicht schlüssig war und die Stadt langfristig einen Betriebskostenzuschuss hätte bezahlen sollen, wurden die Gespräche im Frühjahr 2006 erfolglos beendet. Aufgrund der erst im Frühjahr geklärten Frage, wer in 2006 das Freibad betreiben sollte, sind die Saisonvorbereitungen erst relativ spät angelaufen.

Im Jahr 2006 galten im Freibad Ulitzhörn die gleichen Benutzungsentgelte wie im Vorjahr. Die letzte Änderung der Benutzungsentgelte erfolgte nach einem Beschluss der Ratsversammlung am 01.01.2005. Die Eintrittsgelder im Freibad Ulitzhörn sind im Vergleich mit den Freibädern der umliegenden Gemeinden angemessen und insgesamt als günstig einzustufen.

Der Kiosk wurde während der Saison 2006 im einunddreißigsten Jahr von Frau Irma Frisch betrieben. Zwischen Stadt und Frau Frisch besteht ein entsprechender Pachtvertrag. Die Zusammenarbeit mit Frau Frisch war wie in den Vorjahren reibungslos. Frau Frisch hat mit Tatkraft den Betrieb unterstützt. Der Betrieb des Kiosks durch Frau Frisch ist als feste Institution bei den Badegästen geschätzt.

Im Jahr 2005 war die Reinigung der Anlage nach erfolgter Ausschreibung an einen externen Reinigungsfachbetrieb vergeben worden. Die Zusammenarbeit verlief nicht immer spannungsfrei und das Ergebnis war nicht überzeugend.

Als Konsequenz wurde die Reinigung während der Saison 2006 von Fachpersonal der FZB durchgeführt.

Von Seiten des Wasser- und Schifffahrtsamtes (WSA) hat es bezüglich der für das Freibad vom WSA gepachteten Fläche in 2006 keine Kommentare/Anmerkungen gegeben.

Personal:

Das gesamte eingesetzte Personal wurde von der FZB gestellt. Eingesetzt waren:

Kai Thomsen (Badebetriebsleiter)

Helmut Stöven, Günther Goetzie (Stellvertretung von Herrn Thomsen, technischer Betrieb)

Für den Bereich der Badeaufsicht:

Dörte Fornahl,
Heiko Tonert,
Simona Stella,
Nicole Rechter,
Astrid Kamenarovic,
Susan O´Shaughnessy,
Sabine Höpfner.

Bei starkem Besucherandrang wurde die Aufsicht unterstützt von folgenden Rettungsschwimmern:

Tim Adamsky,
Philipp Hauschildt,
Christopher Nothdurft,
Cathrin Schmidt.

Die Rettungsschwimmer wurden auf Stundenbasis entlohnt.

An der Kasse waren beschäftigt:

Marion Mohrdieck,
Bärbel Engel,
Traute Rehberg.

Das Reinigungsteam bestand aus:

Doris Götsche,
Andrea Glashoff,
Andrea Pitzschel,
Ines Schröder.

Alle Mitarbeiter haben die ihnen übertragenen Aufgaben zur vollen Zufriedenheit der Geschäftsführung erledigt. Entsprechend des Betriebsführungsvertrages wurden die Aufwendungen der FZB für die Personalgestellung der Stadt in

Rechnung gestellt. Der Nachweis erfolgte über Stundenzettel.

Förderverein:

Der Förderverein hat wie in den Vorjahren den Betrieb des Freibades materiell und ideell unterstützt. Die Pflege der Blumenbeete und Grünanlagen wurde von den Mitgliedern in hervorragender Art und Weise geleistet. Die Gesamtanlage hat durch den ehrenamtlichen Einsatz der Vereinsmitglieder einen parkähnlichen Charakter angenommen. Dies trägt sehr zum positiven Gesamteindruck der Anlage bei. Besonders zu erwähnen ist, dass der Förderverein in 2006 bereit war die angrenzende Tennisanlage mit Vereinshaus zu übernehmen. Der Förderverein hat in Eigenleistung den Tennisplatz zu einem Beachvolleyballfeld umgebaut. Ferner wurde in Eigenleistung das Vereinshaus vollständig saniert. Diese Anlage soll zukünftig in das Freibad Ulitzhörn integriert werden. Die Attraktivität der Gesamtanlage wird dadurch erheblich gesteigert. Es ist geplant, dass der Förderverein das Vereinshaus und das Volleyballfeld an Badegäste (und andere) vermieten wird.

Der Förderverein hat auch 2006 durch die kritische Begleitung des gesamten Anlagenbetriebes frühzeitig auf Probleme aller Art hingewiesen. Zum Wohle aller Badegäste ist es so gelungen diese schnell zu beseitigen. Der Förderverein hat, wie in den Vorjahren, verschiedene Veranstaltungen während der Saison auf dem Freibadgelände organisiert. Der Ablauf war immer reibungslos. Ansprechpartner für uns waren der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Zarnack, Frau Mehlig und Frau Krüger.

Badebetrieb:

Der Start in die Badesaison 2006 war zweigeteilt. Das Freibad wurde bereits am 21.05.06 vom TSV für den Wahltriathlon genutzt. Die offizielle Eröffnung fand am Montag, den 22.05.06 statt. Beendet wurde die Saison am Freitag, den 22.09.2006. Angelaufen ist die Badesaison aufgrund der kalten Witterung sehr verhalten. In den ersten zwei Wochen haben täglich unter 100 Personen das Freibad genutzt. Ab 10. Juni wurde es deutlich wärmer. Die Besucherzahlen sind quasi explodiert auf bis zu 1.200 Besucher am Tag. In der zweiten Junihälfte lag das Mittel bei 270 Besuchern am Tag, wobei die Streuung witterungsbedingt sehr groß war (Minimum 125 Besucher, Maximum 826 Besucher). Der insgesamt sehr warme Juli 2006 war mit 24258 Gästen der beste Monat der Saison. Der Tagesdurchschnitt lag bei 783 Gästen am Tag. Dieses hohe Besucherniveau konnte aufgrund der schlechter werdenden Witterung im August nicht gehalten werden. Bei 6147 Gästen gesamt lag der Durchschnitt bei 198 Gästen am Tag. Die Schwankungsbreite liegt ungefähr bei Faktor 10. Am 14.08 kamen nur 55 Gäste ins Bad, am 06.08 waren es 586 Tagesgäste. Selbst im September konnte begünstigt durch die warme Witterung noch ein Besucherschnitt von 156 Tagesgästen gehalten werden.

Gezählt wurden dieses Jahr 44.487 Gäste. Als Nutzer des Bades kommen die Frühbader hinzu, die, da beim Frühbaden kein Personal vorhanden ist, nicht gezählt werden. Da es sich bei den Frühbadern ausschließlich um Stammgäste handelt, die regelmäßig (täglich) das Bad nutzen, ist mit einer Gesamtbesucherzahl von deutlich über 50.000 Badegästen während der Saison zu rechnen. Die Einnahmen aus dem Kartenverkauf belaufen sich auf 51.522,20 €.

Der Durchschnittspreis über alle Badegäste liegt damit bei einem Euro. Wie in den Vorjahren wurde auch in der Saison 2006 von Kindern und Jugendlichen der größte Besucheranteil gestellt. Direkt können ca. 20.700 Eintritte dieser Gruppe zugeordnet werden. Bei den Familienkarten ist jeweils auch ein Anteil an Kinder/Jugendlichen zu berücksichtigen. Dieser kann mit der vorhandenen Statistik allerdings nicht genau beziffert werden. Es ist festzustellen, dass Kinder und Jugendliche ca. 50 % der Gesamtbesucher stellen. Die zweite starke Besuchergruppe sind die Rentner. Insgesamt wurden knapp 7000 Eintritte von Rentnern erfasst. Da die Rentner den Hauptteil der oben genannten Frühbader stellen, kann realistisch ein Anteil bei den Gesamtbesuchern von 20% geschätzt werden. Der verbleibende Besucheranteil wird von Erwachsenen und Familien gestellt. Der Anteil der Stammgäste liegt wie in den Vorjahren bei über 50%.

Die Badesaison ist insgesamt sehr geordnet verlaufen. Viele Gäste haben sich sehr positiv über ihre Badeaufenthalte geäußert. Wiederkehrende Beschwerden zu bestimmten Themen sind nicht aufgefallen. Im Juni ist es zu einem gravierenden Badeunfall gekommen. An einem Tag mit hohem Besucherandrang ist ein fünf-jähriges Mädchen, das nicht schwimmen konnte im Springerbereich ins Becken gefallen und untergegangen. Durch das sofortige und entschlossene Handeln der Badeaufsicht (Frau Fornahl) konnte das Mädchen aus dem Wasser geborgen werden. Frau Fornahl hat das Kind erfolgreich reanimiert. Der Notarzt hat die Einlieferung in das Krankenhaus Itzehoe veranlasst. Nach einigen Tagen Krankenhausaufenthalt wurde das Kind gesund und ohne Folgeschäden dort entlassen. Auch an dieser Stelle sei Frau Fornahl nochmals Dank für ihr gezieltes Eingreifen ausgesprochen.

Die Breitrutsche hat sich in dieser Saison zu einem Unfallschwerpunkt entwickelt. Es sind mehrfach Personen zu Schaden gekommen, die beim Rutschen das Gleichgewicht verloren haben und auf die Kante aufgeschlagen sind. Da die Häufung der Unfälle nicht mehr vertretbar war, wurde beschlossen die Rutsche zu entschärfen. Es wurde ein entsprechender Auftrag an die Firma Wiegand erteilt, die noch in diesem Jahr durch das Einschweißen eines Blechs die Rutsche abflachen wird.

Technik:

Die Saison wurde wieder mit der Grundreinigung der Anlage gestartet. Die Grundreinigung und Inbetriebnahme verlief ohne nennenswerte Auffälligkeiten. Die vorhandene Rohr- und Maschinenteknik war größtenteils funktionsbereit. In den Filteranlagen mussten die Filterschüttungen von Schlamm befreit und teilweise ergänzt werden. Die Folienauskleidung der Becken bedurfte einer gründlichen Reinigung. Die Auskleidung selber war ohne Schäden. Zum technischen Betrieb während der Badesaison ist anzumerken, dass der Ausbauzustand der Anlagentechnik nur ein Übergangsstadium darstellen kann. Nach einer Sanierung der Becken und der zu- und ablaufenden Leitungen in den Vorjahren, fehlt aktuell ein ausreichend dimensionierter Schwallwasserbehälter. Bei hohen Besucherzahlen kann das überlaufende Wasser nicht vollständig von der Rinne aufgenommen werden. Der gesamte Beckenumgang steht bei diesen Betriebsbedingungen unter Wasser. Folgeschäden z.B. an der Pflasterung können nicht ausgeschlossen werden. Die notwendige Wasserzirkulation ist unter diesen Bedingungen nur durch das manuelle Eingreifen der

Badeaufsicht in die Wasserkreisläufe möglich. Es wird dringend angeraten in den kommenden Jahren einen Schwallwasserbehälter nachzurüsten. Mindestens zweimal ist in diesem Jahr die Zirkulation des Beckenwassers zusammengebrochen. Bedenklich war insbesondere die Situation am 23.07.06. Das Abreißen der Zirkulation wurde nicht sofort bemerkt. Infolge war zu wenig Wasser im Becken und das Wasser war durch Sonnenöl etc. stark verunreinigt.

Gegen Ende der Badesaison sind wiederholt Störungen an der Heizung aufgetreten. Die Heizung konnte selbst nach erfolgter Reinigung vom Personal nicht wieder angefahren werden. Es war mehrmals der Einsatz einer Fachfirma notwendig. Eine Revision der Heizung wird in der Zukunft unumgänglich sein.

Ferner kann die Sanierung der Filter, die schon im letzten Jahr angemerkt wurde, nicht weiter herausgezögert werden. Der Rostbesatz in den Filterkesseln ist mittlerweile so stark, dass beim Filterspülen und während des Normalbetriebs Rost gelöst wird. Dieser Rost wird über die Zirkulation in das Becken eingetragen. Angebote von Fachfirmen für die Filtersanierung liegen vor. Die Arbeiten sind auf jeden Fall vor der kommenden Saison auszuführen.

Sanierungsbedarf besteht auch im Bereich der gesamten Elektrotechnik. Die Elektroinstallation im Bereich Umkleide/Aufsicht entspricht in Teilen nicht den geltenden Sicherheitsstandards. Da hier Feuchtbereiche vorliegen und Publikumsverkehr herrscht, ist baldiges Handeln notwendig. Die Elektroinstallation im Bereich des Filtergebäudes ist nicht dokumentiert und größtenteils abgängig.

Die Anlage zur Dosierung von Chlorgas ist insgesamt technisch in einem sehr schlechten Zustand. Hier ist auch eine Überarbeitung dringend notwendig, da der Umgang mit Chlorgas erhebliche Sicherheitsrisiken beinhaltet. Ferner gibt es keine Ersatzteile mehr für diese Anlage. Die Anlage ist vor der Saison 2007 zu erneuern.

Im Gebäude, das als Umkleide, Aufsichts- und Wohngebäude genutzt wird, ist eine zentrale Heizung mit Warmwasseraufbereitung eingebaut. Die Warmwasseraufbereitung ist technisch problematisch, da das vorhandene Speichervolumen sehr großzügig ausgelegt ist. Gleichzeitig arbeitet die Zirkulation des Warmwassers nicht bestimmungsgemäß. Eine dauerhafte Einregelung der Vorlauftemperaturen im Warmwasser ist nicht möglich. Dieser Punkt fällt den Badegästen immer wieder durch stark schwankende Temperaturen an den Duschen auf. Langfristig ist auch hier eine Sanierung dringend notwendig. Das Speichervolumen/die Heizung ist zu optimieren mit dem Ziel der Energieeinsparung. Gleichzeitig sind die gesetzlichen Vorgaben hinsichtlich Warmwasseraufbereitung und Zirkulation umzusetzen.

Das Kleinkinderbecken darf derzeit nicht betrieben werden. Das Becken ist nicht an die Wasserzirkulation und -aufbereitung angeschlossen. Das Becken kann derzeit nur von Hand befüllt und regelmäßig wieder entleert werden. Aus hygienischer Sicht ist dieser Zustand nicht tragbar, gesetzlich ist er unzulässig. Die Erneuerung des Kleinkinderbereiches ist planungstechnisch vorzubereiten und spätestens mit der Erhöhung der Deichanlage umzusetzen.

Die Außenanlagen werden mit einem Zaun gesichert, der im Frühjahr vom

Bauhof montiert und im Herbst wieder demontiert wird. Dieser Zaun wird aufgrund seines Zustandes seiner Aufgabe nicht mehr gerecht. Eine Erneuerung des gesamten Zaunes wird in den Folgejahren erfolgen müssen.

Die Grünflächen wurden vom Bauhof der Stadt gemäht. Die kleinen Flächen wurden vom Badepersonal und vom Förderverein bearbeitet. Die Pflege der Grünflächen hat insgesamt gut funktioniert.

Finanzhaushalt:

Der Haushalt für das Jahr 2006 war im Plan gekennzeichnet durch folgende Eckwerte:

Einnahmen

30T€ Eintrittsgelder

Ausgaben

102,3T€ Personalkosten einschl. Nebenkosten

14T€ Einsatz Bauhof

15,5T€ Unterhaltung der unbeweglichen Güter, Geräte,
Ausstattung etc.

75,7 T€ Bewirtschaftungskosten

Unter Berücksichtigung der weiteren Kostenstellen wie Abschreibung Umsatzsteuer etc. war ein Jahresdefizit von -285,5T€ eingeplant.

Unter Vorbehalt der abschließenden Prüfung ergibt sich zum 01.11.06 folgendes Bild:

Einnahmen

52.712,20 € Eintrittsgelder

Ausgaben

117.617,51 € Personalkosten

16.075,50 € Einsatz Bauhof

16.718,07 € Unterhaltung

43.825,47 € Bewirtschaftung

Das Defizit zum 01.11.06 beträgt -141.524,35 €. Es stehen aber noch Rechnungen aus. Insbesondere der Umbau der Breittrutsche ist noch abzurechnen. Das Jahresdefizit wird damit bei voraussichtlich -160T€ liegen.

Ausblick

Der Badebetrieb 2007 wird organisatorisch wieder bei der FZB liegen. Der Betrieb wird 2007 für den Gast in gleicher Form abgewickelt wie im Vorjahr.

Zwingend notwendig aus technischer Sicht ist die oben beschriebene Sanierung der Filteranlage. Erfolgt diese nicht, kann eine einwandfreie Badewasserqualität in 2007 nicht garantiert werden. Für die Neubefüllung der Filter und das Konservieren der Filterkessel ist ein Kostenansatz von 35T€ einzuplanen. Ferner ist die Überarbeitung der E-Technik und der Chlorgasanlage auch aus sicherheitstechnischen Gründen vor der Saison 2007 abzuschließen. Ent-

sprechende Ansätze im Haushalt sind auf jeden Fall zu berücksichtigen. Alle weiteren Sanierungsarbeiten im technischen Bereich sind in den kommenden Jahren umzusetzen. Hier ist ein langfristiges Finanzierungskonzept zu entwickeln.

8. Soziales

Nachdem im Jahr 2005 die Zahl der Wohngeldempfänger aufgrund der Hartz IV-Reform deutlich abnahm, ist die Zahl der Wohngeldempfänger im Jahr 2006 von 330 Fällen auf 370 Fälle angestiegen.

Die Zahl der Asylbewerber in der Stadt Brunsbüttel ist mit 34 Personen und 11 Fällen gegenüber dem Jahr 2005 leicht rückläufig.

Die Kindergartenermäßigung 2006 fiel mit 199 Fällen gegenüber 193 Fällen im Jahr 2005 geringfügig höher aus.

Insgesamt wurden 100 Wohnberechtigungsbescheinigungen in 2006 ausgestellt.

Die Stadt Brunsbüttel nahm auch im Jahr 2006 für das Amt KLG Eddelak-St. Michaelisdonn die Aufgaben der Wohngeldsachbearbeitung, des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Sozialstaffel nach dem Kindertagesstättengesetz aufgrund eines abgeschlossenen öffentlich-rechtlichen Vertrages wahr.

Für die Seniorinnen und Senioren wurde am 04.09. und 06.09.2006 eine Kaffeefahrt mit der Nordstern mit insgesamt 340 Teilnehmern sowie am 06.12.2006 eine Weihnachtsfeier im Elbeforum mit insgesamt 350 Teilnehmern durchgeführt.

Aufgrund der Sozialerstattungssatzung des Kreises Dithmarschen fielen für die Stadt Brunsbüttel 2006 Kosten durch die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II an. Für die Berechnung des Gemeindeanteils wurden zunächst die tatsächlich anrechnungsfähigen Kosten um die Leistungen des Bundes und Landes vermindert und an den verbleibenden Betrag mit 23 % beteiligt, das waren für die Stadt Brunsbüttel 2006 insgesamt 466.813,74 €.

Fachdienst Ordnung und Sicherheit, Bürgerbüro

Allgemeine Ordnungsverwaltung
Bürgerbüro
Standesamt
Gewerbe
Seemannsamt

1. Allgemeine Ordnungsverwaltung

Der Fachdienst Ordnung und Sicherheit, Bürgerbüro der Stadt Brunsbüttel befindet sich seit dem 03. April 2006 im Gebäude der ehemaligen Stadtparkasse Brunsbüttel, Koogstraße 70. Der Fachdienst nimmt die Aufgaben des früheren Ordnungsamtes wahr und hat Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nach dem nachstehend zitierten allgemeinen Grundsatz des § 174 des Landesverwaltungsgesetzes (LVwG) vom 02.06.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 243) in der zurzeit geltenden Fassung zu erfüllen:

„Die Ordnungsbehörden und die Polizei haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigen Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder der einzelnen Person Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit bedroht wird.“

Darüber hinaus hat der Fachdienst Ordnung und Sicherheit umfangreiche Aufgaben zu erledigen, die aus dem Aufgabengliederungsplan, dem Geschäftsverteilungsplan und dem Aktenplan des Fachdienstes ersichtlich sind.

1.1 Obdachlosenangelegenheiten

Zur Abwendung der Obdachlosigkeit durch Zwangsräumungen von Mietwohnungen, Beeinträchtigung von Wohnräumen durch Feuer u. a. Gegebenheiten sind auch im Jahre 2006 Maßnahmen nach §§ 174, 176 und 236 LVwG notwendig gewesen. Die Obdachlosigkeit, die eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Betroffenen darstellt, wird durch Wiedereinweisung in bisherige Mietwohnungen, Anmietung von Wohnungen bzw. Belegung städtischer Obdachlosenunterkünfte abgewendet. Für die Inanspruchnahme eines städtischen Obdaches werden Nutzungsgebühren nach der Satzung der Stadt Brunsbüttel über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften und Erhebung von Nutzungsgebühren vom 11.09.2002 erhoben.

Obdachlosenstatistik:

Stand zum 31.12.	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Untergebrachte Familien:	34	17	11	11	8	12
Anzahl der Personen:	66	86	72	96	96	86
davon Kinder:	16	21	13	31	10	14
ganzjährige Fälle:	22	26	32	54	38	34
Anzahl der Personen:	37	41	56	15	55	56
Zugänge:	6	11	6	26	12	10
Anzahl der Personen:	17	23	9	13	16	15
Abgänge:	4	6	4	28	11	15
Anzahl der Personen	4	21	4	28	19	17

Unterkünfte:	2001	2002	2003	2004	2005	2006
städtische Unter- künfte:	2	2	2	2	2	2
angemietete Woh- nungen:	26	33	35	32	41	41
	DM	€	€	€	€	€
hierfür gezahlte Mieten:	209.489,28	107.430,25	121.064,57	134.107,63	136.248,62	142.415,57
Mietaufwand pro Kopf:	3.174,08	1.249,19	1.681,45	1.396,95	1.816,65	1.655,99
offene Forderungen aus Kas- senresten				82.461,11	81.440,21	103.502,76
Niedergeschlagene Forderungen (Gesamt- betrag)				471.843,45	418.858,70	500.171,03

Trotz der auslaufenden Schonfrist beim Arbeitslosengeld II haben sich die Fall-
 zahlen 2005/2006 nicht wesentlich verändert.

1.2 Bestattungen nach der Landesverordnung über das Leichenwesen/

Gesetz über das Leichen-, Bestattungswesen des Landes Schleswig-Holstein (Bestattungsgesetz – BestattG)

Nach § 4 der Landesverordnung über das Leichenwesen hatte die Ordnungsbehörde des Sterbeortes für die Bestattung einer Leiche zu sorgen, wenn Angehörige nicht oder nicht rechtzeitig entsprechende Vorsorge treffen.

Mit dem Inkrafttreten des Bestattungsgesetzes am 04.02.2005 hat die Gemeinde, in deren Bezirk der Todesfall eingetreten ist, als Selbstverwaltungsaufgabe für die Bestattung zu sorgen, wenn Bestattungspflichtige nicht vorhanden, nicht bekannt oder nicht rechtzeitig vor Ablauf der Bestattungsfrist zu ermitteln sind (§ 13 Abs. 2 BestattG).

	2001	2002	2003	2004	2005
Anzahl Sterbefälle	10	14	8	17	11
Bestattungskosten	22.436,76 DM	6.376,93 €	12.289,43€	26.640,25€	18.356,66 €
Erstattungen Dritter	13.298,34 DM	3.575,37 €	4.237,93 €	11.682,25€	8.912,05 €
Einnahmesoll	10.299,84 DM	3.575,37 €	4.237,93 €	11.682,25€	8.912,05 €

	2006
Anzahl Sterbefälle	8
Bestattungskosten	15.664,10 €
Erstattungen Dritter	21.523,90 €
Einnahmesoll	21.523,90 €

Seit Inkrafttreten des Bestattungsgesetztes haben sich die Anzahl der Fälle und die damit verbundenen Kosten erheblich reduziert.

1.3 Verkehrsangelegenheiten

Im Rahmen von Verkehrsschauen werden mit Beteiligung von Vertretern der Ordnungsbehörde des Kreises Dithmarschen, der Polizeiinspektion Heide, der Straßenmeisterei Marne, der Polizeizentralstation Brunsbüttel und des Fachdienstes Ordnung und Sicherheit der Stadt Brunsbüttel alle zwei Jahre Verkehrsangelegenheiten und Unfallschwerpunkte erörtert. Darüber hinaus werden nach Bedarf in kürzeren Abständen Verkehrssituationen auf Anregung der städtischen Gremien und aktueller Vorkommnisse abgeklärt.

Seit dem 01.01.2002 ist der Bürgermeister der Stadt Brunsbüttel gem. der Landesverordnung zur Änderung der Straßenverkehrsrechts-Zuständigkeitsverordnung vom 20.11.2001 im Wege der Funktionalreform selbst Verkehrsbehörde für einige Angelegenheiten, die vor Ort bürgernäher erledigt werden können:

- Erteilung von Erlaubnissen für die Durchführung von Veranstaltungen gem. § 44 Abs. 3 i.V.m. § 29 Abs. 2 StVO,
- Erteilung von Verkehrsanordnungen gem. § 45 StVO,
 - über das Halten und Parken (z.B. Parkerleichterungen für Behinderte),
 - im Zusammenhang mit Veranstaltungen nach § 29 Abs. 2 StVO,
 - im Zusammenhang mit Arbeiten im Straßenraum (sämtliche Baustellen auf und an allen Bundes-, Landes-, Kreis- u. Gemeindestraßen, die in der Stadt Brunsbüttel liegen),
 - zur Verhütung außerordentlicher Schäden an Gemeindestraßen,
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen gem. § 46 StVO
 - von Halt- und Parkverboten,
 - vom Verbot des Parkens vor oder gegenüber von Grundstücksein- oder -ausfahrten,
 - von der Vorschrift, an Parkuhren nur während des Laufens der Uhr, an Parkscheinautomaten nur mit einem Parkschein zu halten,
 - von der Vorschrift, im Bereich eines Zonenhalteverbotes (z.B. Koogstraße) nur während der dort vorgeschriebenen Zeit zu parken,
 - vom Verbot, Hindernisse auf die Straße zu bringen (z.B. Container),
 - von den Verboten, Lautsprecher zu betreiben, Waren oder Leistungen auf der Straße anzubieten,
 - von den Verboten oder Beschränkungen, die durch Vorschriftzeichen, Richtzeichen, Verkehrseinrichtungen oder Anordnungen erlassen sind,
 - von dem Nacht- und Sonntagsparkverbot.

Insbesondere die Anordnung und Überwachung von Baustellen verursacht einen nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand, da diese Maßnahmen keinen Aufschub dulden und mehrere andere Behörden zu beteiligen sind.

Für sämtliche Maßnahmen nach der o. g. Änderungsverordnung stehen der Stadt Brunsbüttel die nach der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr festgelegten Gebühren zu.

1.4 Führerscheinanträge für den FD Straßenverkehr des Kreises Dithmarschen

Die MitarbeiterInnen des Bürgerbüros haben für den FD Straßenverkehr des Kreises Dithmarschen in Heide auch 2006 Führerscheinanträge bearbeitet.

2001	672	42.709,34 DM
2002	524	18.573,92 €
2003	534	18.733,90 €
2004	568	19.328,90 €
2005	580	22.283,70 €
2006	481	19.520,50 €

Die in diesem Zusammenhang erhobenen Verwaltungsgebühren wurden zum größten Teil an den Kreis Dithmarschen abgeführt. In der Regel verbleibt bei der Stadt Brunsbüttel ein Betrag i. H. v. 5,10 EUR pro Führerscheinantrag.

1.5 Anträge auf Erteilung von Führungszeugnissen

Seitens des Bürgerbüros sind im Jahre 2006 337 Anträge auf Erteilung eines Führungszeugnisses (2005 = 309) und 61 Anträge auf Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (2005 = 65) entgegen genommen und zum Bundeszentralregister in Bonn weitergeleitet worden. Es sind hierfür Verwaltungsgebühren in Höhe von 2.998,48 € (2005 = 2.794,40 €) an die Bundeskasse Weiden überwiesen worden. Pro Antrag verbleibt bei der Stadt Brunsbüttel in der Regel ein Betrag i. H. v. 5,20 EUR.

Zulassungstätigkeiten für den Kreis Dithmarschen

Im September 2004 wurden vom Kreis Dithmarschen als Pilotprojekt teilweise Aufgaben der Kfz-Zulassungsstelle auf die Stadt Brunsbüttel übertragen. Die Bürger können seit dem Fahrzeuge abmelden, die innerhalb des Kreises Dithmarschen zugelassen sind oder beim Wohnsitzwechsel innerhalb Dithmarschens Adressänderungen vornehmen lassen sowie Wunschkennzeichen aussuchen. Der Kreis beabsichtigt, diese Leistungen in allen Verwaltungen anbieten zu lassen.

Folgendes Ergebnis ist für 2006 festzustellen:

835	Kfz-Abmeldungen	erhobene Verw.Gebühr: 4.676,00 €
349	Kfz-Adressänderungen	erhobene Verw.Gebühr: 3.765,80 €

Die Gebühr wird vollständig an den Kreis abgeführt. Viele Bürger äußern den Wunsch, sämtliche Leistungen der Zulassungsstelle in Brunsbüttel erhalten zu können.

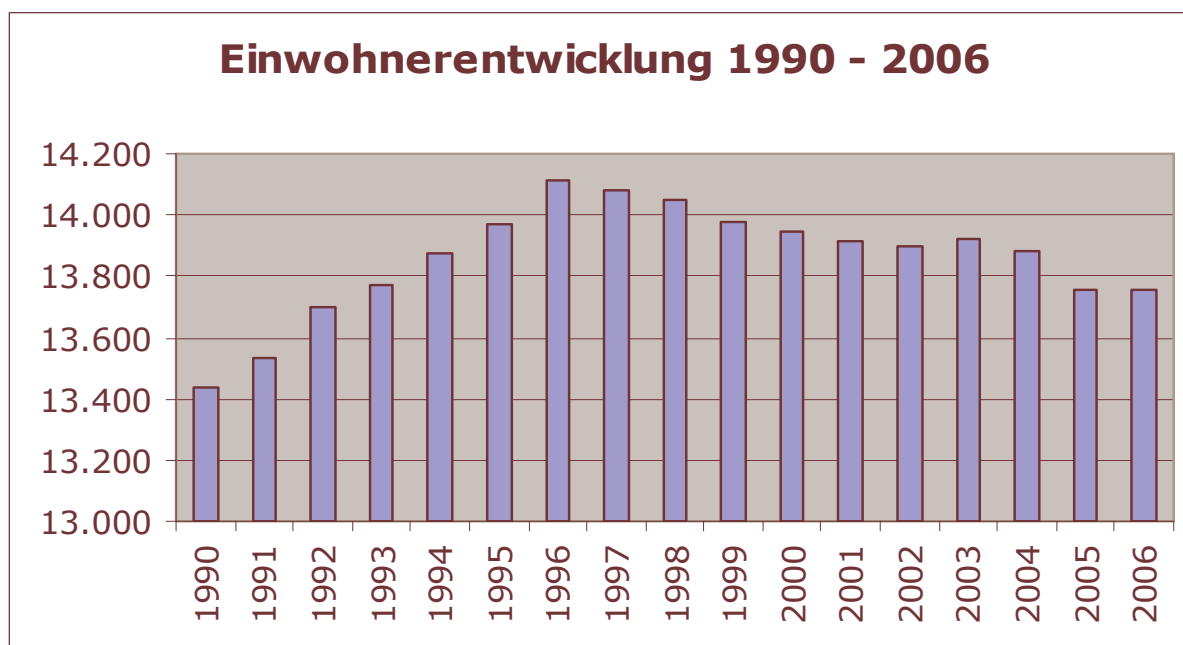
2. Einwohnerwesen

2.1 Einwohnerstatistik

Die Einwohnerstatistik hat sich seit 1990 wie folgt entwickelt:

Jahr	Zuzüge	Wegzüge	Um- meldungen	Einwohnerzahl (lt. Stat. Lan- desamt 31.12.d.J.)
1990	944	642	0*)	13.437
1991	753	713	795	13.534
1992	848	667	844	13.702
1993	854	758	1.015	13.771
1994	860	739	1.154	13.877
1995	926	812	1.272	13.966
1996	930	777	1.168	14.114
1997	786	831	1.288	14.084
1998	810	806	1.312	14.050
1999	731	753	1.301	13.976
2000	765	764	1.170	13.949
2001	675	650	1.252	13.912
2002	527	437	1.194	13.900
2003	780	687	1.159	13.925
2004	677	673	1.028	13.881
2005	630	704	1.102	13.751
2006	659	676	1.016	13.753 per 30.06.06

*) Die statistischen Daten der Ummeldungen wurden erst ab 1991 erhoben.



Verwaltungsbericht 2006
 Stadtverwaltung Brunsbüttel
 - 31 -

Stadt Brunsbüttel	Statistik 7	Datum: 08.01.2007
Gesamtes Stadtgebiet		
Gesamtes Stadtgebiet	Zählung nach Ausländern	Seite: 2
Einwohnermeldeamt		

Z A H L der E I N W O H N E R (Stand: 08.01.2007)

Staatsangehörigkeit	Gesamt	männl	weibl	Alter 0-16		Alter 6-15	
				männl	weibl	männl	weibl
Gesamt:	443	216	227	28	26	12	18

Stadt Brunsbüttel	Statistik 6	Datum: 08.01.2007
Gesamtes Stadtgebiet		
Gesamtes Stadtgebiet	Alterstruktur	Seite: 1
Einwohnermeldeamt		

Z A H L der E I N W O H N E R (Stand: 08.01.2007)

Alter	Gesamt	männlich	weiblich
0 bis 3 Jahre	409	220	189
4 bis 6 Jahre	355	167	188
7 bis 15 Jahre	1371	712	659
16 bis 18 Jahre	536	264	272
19 bis 65 Jahre	9198	4718	4480
66 Jahre und älter	2721	1170	1551
Gesamt:	14590	7251	7339

Verwaltungsbericht 2006
Stadtverwaltung Brunsbüttel
- 32 -

Stadt Brunsbüttel	Statistik 7	Datum: 08.01.2007
Gesamtes Stadtgebiet		Seite: 1
Zählung nach Ausländern		
Einwohnermeldeamt		

Z A H L der E I N W O H N E R (Stand: 08.01.2007)

Staatsangehörigkeit	Gesamt	männl	weibl	Alter 0-16		Alter 6-15	
				männl	weibl	männl	weibl
albanisch	4	2	2	2	0	2	0
bosnisch-herzegowinisch	2	2	0	0	0	0	0
belgisch	1	0	1	0	0	0	0
bulgarisch	5	1	4	0	0	0	0
dänisch	6	1	5	0	0	0	0
finnisch	5	0	5	0	0	0	0
französisch	1	0	1	0	0	0	0
kroatisch	10	8	2	0	0	0	0
serbisch-montenegrinisch	13	5	8	1	0	0	0
serbisch	5	3	2	0	0	0	0
griechisch	8	6	2	0	0	0	0
irisch	3	1	2	0	0	0	0
italienisch	23	15	8	2	1	1	0
jugoslawisch	37	19	18	7	7	3	4
montenegrinisch	2	1	1	0	0	0	0
litauisch	5	2	3	0	1	0	1
mazedonisch	1	1	0	0	0	0	0
niederländisch	5	3	2	0	0	0	0
norwegisch	1	1	0	0	0	0	0
österreichisch	18	10	8	0	0	0	0
polnisch	52	22	30	0	0	0	0
portugiesisch	5	2	3	0	0	0	0
rumänisch	7	4	3	0	0	0	0
schwedisch	2	1	1	0	0	0	0
russisch	36	19	17	2	2	0	2
spanisch	1	0	1	0	0	0	0
türkisch	59	36	23	4	6	1	6
tschechisch	2	0	2	0	0	0	0
ungarisch	1	0	1	0	0	0	0
ukrainisch	5	2	3	0	1	0	1
britisch	4	2	2	0	0	0	0
belarussisch (weißrussisch)	2	0	2	0	0	0	0
algerisch	1	1	0	0	0	0	0
gambisch	1	1	0	0	0	0	0
kongolesisch	3	2	1	2	0	0	0
kongolesisch, Dem. Republik	1	1	0	0	0	0	0
marokkanisch	1	0	1	0	0	0	0
mauritisch	3	0	3	0	0	0	0
mosambikanisch	1	1	0	0	0	0	0
südafrikanisch	2	2	0	0	0	0	0
ägyptisch	1	1	0	0	0	0	0
brasilianisch	5	1	4	0	0	0	0
costa-ricanisch	2	1	1	0	0	0	0
kanadisch	1	1	0	0	0	0	0
kolumbianisch	1	0	1	0	0	0	0
kubanisch	4	0	4	0	0	0	0
panamaisch	1	0	1	0	0	0	0
paraguayisch	1	0	1	0	0	0	0
peruanisch	1	0	1	0	0	0	0
amerikanisch	5	2	3	0	0	0	0
armenisch	1	1	0	0	0	0	0
aserbaidechanisch	15	8	7	4	2	3	1
vietnamesisch	10	5	5	1	2	1	2
indonesisch	7	0	7	0	2	0	1
irakisch	1	1	0	0	0	0	0
iranisch	1	1	0	0	0	0	0
kasachisch	17	10	7	0	0	0	0
pakistanisch	2	1	1	0	0	0	0
philippinisch	1	0	1	0	0	0	0
koreanisch	1	0	1	0	0	0	0
thailändisch	8	0	8	0	0	0	0
chinesisch	3	1	2	0	0	0	0
malaysisch	1	1	0	0	0	0	0
sonst. asiat.	3	1	2	1	1	0	0
Staatsangeh. australisch	1	1	0	0	0	0	0
ungeklärt	1	0	1	0	0	0	0
Mehrfachstaatler	4	2	2	2	1	1	0

2.2 Personalausweise, Kinderausweise, Reisepässe

Jahr	endültige Personal- ausweise	vorläufige Personal- ausweise	Kinder- ausweise bzw. Kin- derpässe (neu)	Kinder- ausweise (Ver- längerung)	endgültige Reisepässe	vorläufige Reisepässe	Express- Reisepässe
1990	1.566	253	288	644	1.206	372	
1991	1.380	263	195	58	757	188	
1992	1.259	280	280	87	743	166	
1993	820	182	320	86	489	111	
1994	734	163	271	73	376	93	
1995	817	221	281	87	451	135	
1996	748	187	280	62	395	155	
1997	1.323	216	256	80	394	129	
1998	1.572	159	264	112	420	86	
1999	1.668	123	271	71	548	65	
2000	1.613	164	240	90	574	126	
2001	1.462	139	195	81	544	111	
2002	1.411	159	184	89	536	98	
2003	1.130	143	162	97	417	98	
2004	1.110	140	153	71	359	63	
2005	1.034	162	122	55	429	84	6
2006	949	153	174	0	291	35	17

2.3 Fischereischeine

Jahr	Neuausstellungen	Verlängerungen
2000	47	450
2001	37	474
2002	42	368
2003	63	478
2004	33	466
2005	31	370
2006	50	498

2.4 Verwaltung von Fundsachen

Jahr	Anzahl der registrierten Gegenstände	davon Fahrräder	andere Wertgegenstände 1)	ausgestellte Versicherungsbescheinigungen
2000	180	169	11	60
2001	127	101	26	57
2002	152	115	37	51
2003	97	67	30	37
2004	82	75	7	34
2005	137	71	66	38
2006	181	96	85	42

1) z.B. Handy, Uhren, Geld, Schlüssel

Fundsachen der Schulen und Schwimmbäder (Schlüssel, Bekleidung, Sporttaschen) werden in den Einrichtungen gesondert aufbewahrt und nach einer gewissen Zeit dem Fundbüro (im Bürgerbüro) übergeben.

Die hohe Anzahl der Fahrräder verursacht einen erheblichen Verwaltungsaufwand. Die Fahrräder werden vom Bauhof transportiert und ins Rathaus zur Verwahrung gebracht. Hier nehmen sie Großteile des Rathauskellers in Anspruch.

3. Standesamt

Im Jahr 2006 ist die Zahl der Eheschließungen mit 52 (55) gesunken. Die Zahl der Eheschließungen mit Auslandspartner/in beträgt mit 6 (8) 11,5 % der Gesamtzahl der Eheschließungen

Von den Eheschließungen an Samstagen wurde in 9 (7) Fällen gebrauch gemacht. 3 (Vorjahr 4) Eheschließungen wurden an Bord und 3 (2) wurden in der Kirche vorgenommen.

Außerhalb der Öffnungszeiten wurden mit 16 Eheschließungen 31 % der Gesamtzahl der Ehen geschlossen.

Es wurden 2006 keine gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften geschlossen.

Insgesamt wurden 115 Geburten (263) beurkundet. Hiervon wohnhaft in Brunsbüttel 39 (104). Die Geburtenstation wurde am 01. Juli 2006 geschlossen, vom 01. Juli 2006 bis Jahresende wurden keine Geburten mehr beurkundet.

Insgesamt wurden 292 Sterbefälle (278) beurkundet, davon 145 (146) mit Wohnsitz in Brunsbüttel.

Ausblick:

Das Personenstandsgesetz wird sich mit einer Übergangsfrist von einigen Jahren grundlegend ändern, so werden zum Beispiel die Familienbücher abgeschafft und Personenstandsregister werden dann statt nun in Buchform elektronisch ge-

führt werden und Mitteilung zu anderen Standesämtern und Behörden auf elektronischem Wege versandt.

Alle Familienbücher werden innerhalb einer Übergangsfrist zum Heiratsstandesamt zurückgeführt. Dieser Prozess stellt einen erheblichen Aufwand dar.

Durch diese Veränderung wird sich ein erhöhter Bedarf an Fortbildung und neue Anforderungen an die elektronische Datenverarbeitung ergeben.

Hinweis: Die Zahlen in Klammern stammen aus dem Vorjahr (2005)

4. Gewerbe

4.1 Entwicklung der gewerblichen Betriebe bzw. Unternehmen

Im Jahre **2006** sind **220** nach § 14 Abs. 1 Gewerbeordnung anzeigepflichtige **gewerberechtliche Veränderungsanzeigen** (258 = 2000, 232 = 2001, 187 = 2002, 281 = 2003, 259 = 2004, 258 = 2005) entgegen genommen worden. Es handelt sich um **112 Gewerbeanmeldungen** (131 = 2000, 106 = 2001, 81 = 2002, 122 = 2003, 126 = 2004, 126 = 2005) und **85 Gewerbeabmeldungen** (102 = 2000, 105 = 2001, 80 = 2002, 117 = 2003, 110 = 2004, 116 = 2005). Weiterhin sind **23 Gewerbeummeldungen** (25 = 2000, 21 = 2001, 26 = 2002, 42 = 2003, 27 = 2004, 25 = 2006) aufgrund von Erweiterung, Veränderung des Gewerbegegenstandes oder Verlegung der Betriebsstätte innerhalb Brunsbüttels durchgeführt worden.

Per 31.12.2006 waren 860 gewerbliche Betriebe bzw. Unternehmen in Brunsbüttel gemeldet.

Die Betriebe gliedern sich nach folgenden Branchen:

	31.12. 2000	31.12. 2001	31.12. 2002	31.12. 2003	31.12. 2004	31.12. 2005	Anmel- dungen	Abmel- dungen	31.12. 2006
Industrielle Unter- nehmungen und Fabrikationsbetriebe	20	23	23	23	26	29	-	-	29
Großhandlungen	42	44	44	43	41	42	1	1	42
Einzelhandels- geschäfte	167	173	172	174	173	170	32	26	176
Handwerksbetriebe	120	120	120	114	118	119	3	4	118
Gaststätten und Ausschankbetriebe	65	64	59	61	59	58	11	10	59
Banken einschl. Zweigstellen	11	11	11	10	10	9	1	1	9
Sonstige Unterneh- men (Verkehrsbetrie- be, Wäschereien, Spielhallen, Makler, Versicherungen, EDV- Beratung, ambulante Händler)	369	361	368	377	387	406	64	43	427
	794	796	797	802	814	833	112	85	860

4.2 Gaststätten- und gewerberechtliche Erlaubnisse

Wegen Neueröffnung bzw. Übernahme sind für 6 Gaststätten (6 = 2000, 3 = 2001, 7 = 2002, 7 = 2003, 9 = 2004, 6 = 2005) endgültige (§ 2 Gaststättengesetz - GastG) und für 5 Gaststätten (5 = 2000, 8 = 2001, 9 = 2002, 6 = 2003, 11 = 2004, 4 = 2005) vorläufige Erlaubnisse (§ 11 GastG) erteilt worden.

83 Gestattungen (108 = 2001, 121 = 2002, 98 = 2002, 91 = 2003, 98 = 2004, 94 = 2005) sind gemäß § 12 GastG für den Betrieb von Imbiss- und Getränkeständen anlässlich von Sportveranstaltungen, Zeltfesten, Fisch-, Flohmärkten u.a. öffentlichen Veranstaltungen gefertigt worden.

Im Jahr 2006 hat es einen Spielhallenbetreiberwechsel gegeben. Da die Baumaßnahmen noch nicht beendet sind ist noch keine Erlaubnisse zum Betreiben einer Spielhalle gemäß § 33 i Abs. 1 Gewerbeordnung – GewO (2 = 2000, 0 = 2001, 0 = 2002, 0 = 2003, 1 = 2004, 0 = 2005) erteilt worden.

Neben den von der Stadt durchgeführten Veranstaltungen (Jahrmarkt Brunsbüttel-Ort –bis 2005, Volksfest, Bauernmarkt) sind 21 gewerbliche Veranstaltungen (Flohm-, Fisch-, Kunsthandwerker- und Weihnachtsmärkte) nach § 65 und 69 GewO (8 = 2000, 10 = 2001, 19 = 2002, 17 = 2003, 20 = 2004, 16 = 2005) festgesetzt worden.

Weitere 5 Genehmigungen sind 2006 für eine Monster-Truck-Show auf dem Marktplatz, eine Reptilienshow, ein Gastspiel eines Nostalgie Puppentheaters und zwei Circus-Gastspiele (Circus Renz Berlin, Circus Atlantik) auf der Festwiese (2 = 2001, 2 = 2002, 2 = 2003, 2 = 2004, 4 = 2005) erteilt worden.

5. Seemannsamt

Die Aufgaben des Seemannsamtes wurden im Jahr 1999 vom Land Schleswig-Holstein übernommen.

Die Dienstleistungen werden von 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bürgerbüros (vorher Einwohnermeldeamt/ Pass- und Fundamt) erbracht.

Amtshandlung	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Seefahrtbücher/Neuausstellung	17	14	10	10	29	20
Seefahrtbücher/Verlängerung	1	3	2	0	1	3
Musterrollen	0	1	0	0	0	2
Musterrollen (Beilagen)	3	1	1	1	1	1
Musterrollenabänderungen	6	16	4	8	1	11
Nachmusterungen	23	43	36	20	15	40
Abmusterungen	18	1	14	24	5	37
Anmusterungsprotokolle	22	35	16	18	15	25
Abmusterungsprotokolle	14	22	7	12	4	13
Protokoll unterlassene Musterung	1	1	1	0	0	0
Rechnungen an Reedereien	14	7	8	4	7	12
Sonstiges z.B. Verlänger. Fahrerlaubniss.			1	7	0	1
Vereinbarungen mit Reedereien gem. § 141 a Seemannsgesetz über Befreiung von Musterungen	0	3	0	0	0	1
Bestätigung von Dienstenden im Seefahrtbuch	19	16	14	22	10	36
Bescheinigung über Seefahrt- u. Dienstzeiten f. Rentenzwecke u. Bewerbungen	7	1	0	1	1	1
Beglaubigung v. Befähigungszeugnissen	40	22	1	5	0	0
Niederschrift über Verlust Seefahrtbuch	1	1	0	0	0	0
Wohnsitzänderung in Seefahrtbuch	2	1	0	1	2	0

Fachdienst Brand- und Katastrophenschutz

Kommunaler Brandschutz

Derzeitige Mitgliederanzahl an den drei Gerätehäusern der Freiwilligen Feuerwehr Stadt Brunsbüttel / Gemeindefeuerwehr:

Brunsbüttel Nord: 59
Brunsbüttel Süd: 20
Brunsbüttel Ort: 41
120 aktive Mitglieder

Mitgliederbestand Gemeindefeuerwehr	2006
Anzahl der aktiven Mitglieder	120
Jugendfeuerwehr	50
Ehrenmitglieder	46
Spielmansszug	37

Einsatzbeteiligung der einzelnen Standorte (Nord, Ort und Süd):

Feuerwehr	Anzahl
Ortswehr Brunsbüttel Nord	162
Löschgruppe Süd	40
Hauptamtliche Wachabteilung	85
Ortswehr Brunsbüttel-Ort	49
SUMME	336

Atemschutzgeräteträger:

Am 31.12.2006 waren insgesamt **85 Atemschutzgeräteträger** nach G 26 III untersucht und nach FwDV 7 ausgebildet.

Fahrzeugbestand:

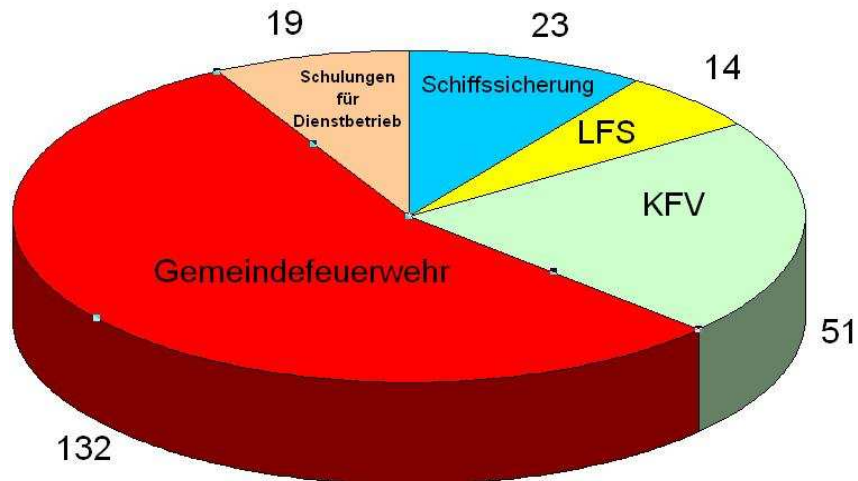
Derzeit werden bei der Feuerwehr Brunsbüttel an 3 Standorten 20 Fahrzeuge (davon 14 Großfahrzeuge über 7,5 t) und 6 Anhängerfahrzeuge vorgehalten. Im Jahr 2006 konnte 1 Fahrzeug (ELW2) und 1 Wechselladerfahrzeug (WLF) vom Land SH für die Schiffsbrandbekämpfung beschafft werden.

Übungs- und Ausbildungsdienste

In beiden Ortsfeuerwehren jeweils 24 (**insgesamt 48**) Übungs- und Ausbildungsdienste nach Dienstplan.

Zusätzlich wurden insgesamt **239** Lehrgangsteilnehmer geschult

Gemeindefeuerwehrlehrgänge 132 Personen
Landesfeuerweherschule 14 Personen
Kreisfeuerwehrverband 51 Personen
SEG Schiffssicherung 23 Personen
Andere Schulungsstätten 19 Personen



Die Löschwasserschau wurde in allen drei Ausrückbezirken durchgeführt, das Protokoll mit festgestellten Mängeln über das Ordnungsamt an den Wasserverband weitergeleitet.

Brandschutzerziehung: 302 Personen wurden unterrichtet.

Atemschutzwerkstatt:

2751 Atemschutzmasken wurden gewartet, 433 Atemschutzgeräte (PA) wurden gewartet, 85 Chemiekalienschutzanzüge gewartet, 22 Langzeitatemschutzgeräte gewartet, 1397 Atemluftflaschen (PA) gefüllt.

Alle Einsatzkräfte sind gem. den Unfallverhütungsvorschriften mit einer entsprechenden Einsatzschutzkleidung ausgerüstet und verfügen darüber hinaus über einen Funkmeldeempfänger für die „stille“ Alarmierung.

Haushalt der Gemeindefeuerwehr Brunsbüttel

Einnahmen: 94.336,41 €

Ausgaben: 154.036,65 €

Sachausgaben der Schiffsbrandbekämpfung
(für Ausbildung und Einsatzbereitschaft)
53.848,00 €

Schiffsbrandbekämpfung (SEG/Schiffssicherung)

Am 31.12.2006 waren 62 speziell für diese Aufgabe ausgebildete Einsatzkräfte der Gemeindefeuerwehr in der SEG/S.

12 Dienste, sowie 2 Einsätze wurden im Rahmen der SEG Schiffssicherung (SEG/S) durchgeführt.

Fachdienst Informationstechnik

Kostenentwicklung (ohne Personal):

	2005	2006
➤ Leistungsentgelte	87.150,16 €	96.028,35 €
➤ Unterhaltung EDV	7.931,60 €	26.276,42 €
➤ Beschaffung von EDV	75.573,16 €	65.447,28 €
insgesamt im Jahr	<u>170.654,92 €</u>	<u>187.752,05 €</u>

Im abgelaufenen Jahr wurde für die Verwaltung die eingesetzte Officesoftware (Microsoft Office 97) durch die aktuelle Version Microsoft Office 2003 ersetzt, um auch weiterhin den Datenaustausch mit anderen Stellen sicherzustellen.

Weiterhin wurden verschiedenen Monitore, Drucker aufgrund von Defekten gegen zeitgemäße Geräte ersetzt.

Der Austausch von seit 1999 eingesetzten PC`s wurde fortgesetzt, so dass die Verwaltung zwischenzeitlich hier über einen zeitgemäßen Standard verfügt.

Die Server der Stadtverwaltung wurden aufgrund des höheren Datenvolumens auf Gigabytetechnik (Netzwerkkarten) umgerüstet, sowie der bestehende SQL-Server durch ein neues Gerät ersetzt, da hier immer größere Datenmengen verarbeitet werden.

Für das Bürgerservicebüro wurde die bestehende Lichtwellenleiterverbindung auf das Gebäude Koogstr. 70 erweitert.

Die dort eingesetzten Telefone sind über VoiP mit der Telefonanlage des Rathauses verbunden.

Hierfür mussten in beiden Gebäuden auch neue Switche angeschafft werden, die den entsprechenden Quality of Service (Verfügbarkeit von Daten und Sprache) gewährleisten und die Signale von Lichtwelle auf Kupferkabel umsetzen.

Bei den Leistungsentgelten sind Kosten für die neu angeschafften Systeme (z.B. Ratsinformationssystem Allris, MPS) hinzugekommen.

Die technischen Voraussetzungen für die eigenständige Pflege der Website durch ein Content Management System (I-KISS) incl. Anschaffung eines neuen Servers und Installation des Systems wurden vorgenommen.

Es sind mit einigen wenigen Ausnahmen alle PC -Arbeitsplätze im Rathaus und Bauamt mit einem Internet- und Emailanschluss ausgestattet.

Hierfür und für die Pflege einer notwendigen Firewall sind Kosten in Höhe von 4.353 € entstanden.

Die Verwaltung verfügt insgesamt über 176 PC-Arbeitsplätze (Vorjahr 154), hiervon 60 im Rathaus (53), 20 im Bauamt (20), die übrigen in den verschiedenen städtischen Einrichtungen.

Ausblick:

Die Vernetzung zwischen den Verwaltungen im Kreise, auch weiträumig im Rahmen der Metropolregion Hamburg, wird vorangetrieben, was den Bürgerinnen und Bürgern Direktbesuche in den Verwaltungen, z. Zt. vorrangig im Meldeamtsbereich, ersparen wird.

Das Gymnasium wird als erste Schule an das Landesnetz Bildung angeschlossen auch in Hinblick auf das Zentralabitur.

Die anderen Schulen werden in 2008 folgen.

Der bisherige Internetauftritt wird im I. Quartal 2007 in das I-KISS übernommen.

Hierbei wird soweit möglich, eine barrierefreie Gestaltung Rechnung getragen, um Menschen mit motorischen Störungen oder Sehbehinderungen es zu ermöglichen, Inhalte aus dem Webauftritt abzurufen.

Für die Verwaltung wird ein Dokumentenmanagementsystem (DMS) eingeführt.

Hierdurch können sowohl eingehende wie auch ausgehende Informationen (z.B. Worddokumente, Exceldateien, Email) strukturiert im Dateisystem abgelegt werden, wodurch ein schnelleres Auffinden möglich ist.

Ab dem 01.01.2007 wird der Datenaustausch zwischen Meldebehörden (auch außerhalb von Schleswig-Holstein) nur noch elektronisch durchgeführt - gem. 1. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung (BMeldDÜV).

Fachbereich II Wirtschaft und Finanzen

Auch im Jahr 2006 wurden die Tätigkeiten gem. ADGA ausgeführt. Folgende Besonderheiten sind darüber hinaus aufzuzeigen:

Fachdienst Steuern und Abgaben

Vergnügungssteuer

Mit Beschluss vom 22.02.2006 hat die Ratsversammlung rückwirkend zum 01.01.1997 eine neue Spielgerätesteuersatzung verabschiedet. Wesentliche Änderung ist die Einführung eines neuen Maßstabs bei Geräten mit Gewinnmöglichkeit. Wurde diesbezüglich zuvor auf den Stückzahlmaßstab zurückgegriffen, findet nunmehr eine Besteuerung nach dem Einspielergebnis Anwendung. Wenngleich die Automatenaufsteller sich selbst, aufgrund einer scheinbar gerechteren Besteuerung, für diesen eingesetzt hatten, bleibt der erwartete Erfolg der Satzung aus.

Für den Zeitraum der Rückwirkung (01.01.1997 bis 28.02.2006) brachten bislang nur die „kleinen“ Aufsteller geforderte Einspielergebnisse bei. Im Gros entsprachen diese allerdings nicht den satzungsmäßigen Anforderungen. Von den großen Spielhallenbetreibern konnten bislang keine Einspielergebnisse entgegen genommen werden.

Nach wie vor legen die Automatenaufsteller monatlich Widerspruch gegen die Veranlagungen ein. Ergänzend wurde am 01. September 2006 seitens der Spielhallenbetreiber eine Normenkontrolle beim OVG Schleswig beantragt. Eine Entscheidung steht bislang noch aus.

Das Gros der Automatenaufsteller beruft sich nunmehr auf eine „umsatzsteuergleiche Abgabe“ deren Erhebung nach Gemeinschaftsrecht Art. 33 der MwSt.-Richtlinie der EG unzulässig ist. Eine Zulässigkeit hat das BVerfG bereits bejaht, soweit die Abgabe überwälzbar ist. Lt. Aufstellern besteht diese Möglichkeit nicht. Verfassungsbeschwerde wurde bereits im Fall der Stadt Göppingen eingelegt (Az. 2 S 2705/89). Lt. Auskunft des Berichterstatters des Gerichtes soll noch in diesem Jahr eine Entscheidung fallen. Weiterhin wird ein Teil der Widersprüche mit einer erdrosselnden Wirkung der Spielgerätesteuer und der damit verbundenen Verletzung des Art. 12 des GG begründet. Vereinzelt werden die Widersprüche ebenfalls mit fehlender Gesetzgebungskompetenz sowie praktisch nicht umsetzbaren Satzungsregelungen (in Bezug auf den Auslesezeitraum) begründet.

Ergänzend zu den Widersprüchen beantragt das Gros der Widerspruchsführer die Aussetzung der Vollziehung, denen i.d.R. stattzugeben ist. Wenige Aufsteller zahlen die veranlagten Steuern, allerdings unter Vorbehalt.

Die beim VG Schleswig anhängigen Verfahren, wurden aufgrund des lfd. Normenkontrollverfahrens bis auf weiteres vom Gericht ausgesetzt.

Entwicklung des Steueraufkommens

Gewerbesteuer	2004	2005	2006
insgesamt	6.185.790	5.975.431	14.601.591
Grundsteuer A	2004	2005	2006
insgesamt	49.267	47.868	47.434
Grundsteuer B	2004	2005	2006
insgesamt	1.502.902	1.533.952	1.568.958
Hundesteuer	2004	2005	2006
insgesamt	39.627	37.856	37.429
Vergnügungssteuer für Spiel- u. Geschicklichkeits- geräte	2004	2005	2006
insgesamt	128.217	131.221	25.902

Fachdienst Finanzen

Haushalt

a) Entwicklung der Haushaltsvolumen (VWH / VMH) lt. Jahresrechnung

	2004		2005		2006	
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
VWH	40.886.926 €	40.886.926 €	25.333.944 €	25.333.944 €	37.112.509 €	37.112.509 €
VMH	30.834.021 €	30.834.021 €	9.807.830 €	9.807.830 €	10.101.668 €	10.101.668 €

b) Zuführung des Verwaltungshaushaltes an den Vermögenshaushalt und umgekehrt

	2004	2005	2006
VMH an VWH (280)	19.491.529 €	3.098.874 €	0 €
VMH an VWH f.	671.531 €	176.165 €	0 €
Gebührenausschleissrücklage (281)			
VMH an VWH f.	- €	23.000 €	61.400 €
Sonderrückl. Altersteilzeit (286)			
VMH an VWH f.	- €	0 €	150.084 €
Sonderrückl. THK (289)			
VMH an VWH f.	- €	0 €	2.020 €
Sonderrückl. Erbschaft (28922)			
VWH an VMH (860)	1.620.789 €	186.712 €	805.825 €
VWH an VMH f.	81.270 €	177.617 €	77.000 €
Gebührenausschl.rückl. (861)			
VWH an VMH f.	63.519 €	62.836 €	74.686 €
Ruhegehaltssonderrückl. (862)			

Verwaltungsbericht 2006
Stadtverwaltung Brunsbüttel

- 45 -

VWH an VMH f. Sonderrüchl. THK. (863)	- €	18.600 €	24.117 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. FAG. (864)	- €	0 €	4.310.000 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. Altersteilzeit (866)	- €	372.300 €	259.000 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. Verfahrensrüchl. (867)	- €	20.000 €	23.139 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. Feuerwehr (869)	- €	1.085 €	12.612 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. Erbschaft (8691)	- €	0 €	33.446 €
VWH an VMH f. Sonderrüchl. Förderschule Inselprojekt (8692)	- €	0 €	20.700 €

c) Rücklagenentwicklung (insgesamt/pro Kopf Einwohner)

	2004		2005		2006	
	01.01.2004	31.12.2004	01.01.2005	31.12.2005	01.01.2006	31.12.2006
Allg.Rüchl. (T€) pro Einw.	22.234	14.530	14.530	8.316	8.316	5.509
Sonderrück. (T€) pro Einw.	19.917	1.199	1.199	1.650	1.650	6.262

d) Verschuldungsentwicklung (insgesamt/pro Kopf Einwohner)

	2004		2005		2006	
	Stand am	01.01.2005	Stand am	01.01.2006	Stand am	01.01.2007
insgesamt (T€)	4.856		4.670		4.480	
pro Einw.	349 €		332 €		323 €	

e) Zins- und Tilgungsleistung (insgesamt/pro Kopf Einwohner)

	2004		2005		2006	
	Zinsen	Tilgung	Zinsen	Tilgung	Zinsen	Tilgung
insgesamt (T€)	258	183	249	186	240	190
pro Einw.	18,57 €	13,16 €	18,00 €	13,50 €	17,35 €	13,73 €

f) Schlüsselzuweisungen

- a) allg. Schlüsselzuweisungen
- b) Schlüsselzuweisungen f. übergemeindl. Aufgaben

	2004	2005	2006
a)	0	0	13.092 €
b)	1.203.240 €	1.358.508 €	1.263.948 €

g) Umlagen

- a) Kreisumlage
- b) Zusatzkreisumlage
- c) Gewerbesteuerumlage
- d) Finanzausgleichsumlage

	2004	2005	2006
a)	9.096.995 €	3.709.284 €	3.546.456 €
b)	5.160.315 €	- €	- €
c)	1.357.045 €	1.418.800 €	3.562.622 €
d)	4.894.164 €	238.188 €	- €

Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens – Doppik

- Mit dem Grundsatzbeschluss der Innenministerkonferenz Ende November 2003 wurde der Startschuss zur Einführung eines neuen Rechnungssystems gegeben. Wird in Schleswig-Holstein bislang noch immer von einem Wahlrecht zwischen der Einführung einer erweiterten Kameralistik und der Doppik gesprochen, sprach sich der Hauptausschuss der Stadt Brunsbüttel in seinen Sitzungen am 10. August 2004 und 14. Februar 2005 für die Einführung der Doppik aus. Mit Zuversicht tritt die Verwaltung der Reform des Haushaltsrechtes entgegen.

Mit der Doppik werden erstmals betriebswirtschaftlich „richtig“ sämtliche städtische Verwaltungshandlungen mit ihren ökonomischen Konsequenzen aufgezeigt. In der Kameralistik werden bislang nur Zahlungsströme dargestellt. Unwirtschaftliches und ineffizientes Handeln wird durch die Doppik frühzeitig aufgedeckt und für die Öffentlichkeit transparent. Aber auch das Verwaltungsmanagement erhält bessere Informationen, wie es gewirtschaftet hat. Durch diesen Mechanismus ist zu erwarten, dass die Doppik im Ergebnis zu einem wirtschaftlicheren öffentlichen Dienst führen wird – auch wenn ihr direkte Einsparungen nicht zuzuordnen sind.

Letztlich kommt es darauf an, die Transparenz und die Steuerungsmöglichkeiten, die das neue Rechnungswesen bietet, zu nutzen. Kosten- und Leistungsrechnung, Berichtswesen und Controlling nehmen in Zukunft einen hohen Stellenwert bei der Stadt Brunsbüttel ein. Politik, wie auch Verwaltung, kommen künftig noch mehr in die Verantwortung und sind messbar.

Die Einführung des neuen Rechnungswesens (NKR-SH) erstreckt sich voraussichtlich über drei Jahre. Umfangreiche Arbeitsschritte, wie die Erfassung und Bewertung des gesamten städtischen Vermögens, die Beschreibung von Produkten und Leistungen sowie die Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung, sind zunächst erforderlich. Der Startschuss für die Umstellung wurde bereits 2004 gegeben.

Das Jahr 2006 diente nunmehr der Herstellung eines Parallelbetriebes (vom 01.01. bis 31.12.2007) und der Vorbereitung des Echtbetriebes (ab 01.01.2008).

Hierzu gehört u.a. die Erfassung des städtischen Anlagevermögens, die bereits in 2005 begonnen wurde und im Gros in 2006 abgeschlossen werden konnte. Auch die Bewertung des erfassten Vermögens konnte in großen Teilen in 2006 abgeschlossen werden und soll nach Abschluss der letzten Arbeiten die Aufstellung der Eröffnungsbilanz ermöglichen.

Als besonders arbeitsintensiv stellte sich die Einrichtung des Parallelbetriebes dar. Im Parallelbetrieb, der sich über das laufende HHJ 2007 erstrecken wird, sind den doppischen Buchungen kamerale Eingaben vorgeschaltet. Hierfür wurden in 2006 zahlreiche Verknüpfungen und Hinterlegungstabellen erstellt. In diesen wurden u.a. die derzeit Anwendung findenden Haushaltsstellen mit den in 2006 erarbeiteten Konten (Finanz-, Bilanz- und Ergebniskonten) verknüpft.

Zeitgleich diente das Jahr 2006 der Entwicklung einer Kosten- und Leistungsrechnung. So konnte sowohl ein Kostenträger- als auch ein Kostenstellenplan erarbeitet werden. Auch hier wurde eine Verknüpfung mit den kameralen und den entsprechenden doppischen Daten vorgenommen.

Zum Jahresende erfolgte schließlich eine Hinterlegung der Überleitungstabellen in der Finanzsoftware mpsNF.

Wie bereits bei Projektstart bekannt war, ist die Einführung des neuen Kommunalen Rechnungswesens ein sehr arbeitsintensives Projekt, bei dem nicht nur die MA des Fachbereiches Finanzen und Wirtschaft zeitlich stark in Anspruch genommen werden. Der erhebliche Zeitaufwand beruht nicht ausschließlich auf Umstellungsarbeiten, sondern ist ebenfalls auf einen erheblichen Schulungsaufwand, der sich je nach Funktion des MA intensiviert und individuell zu gestalten ist, zurückzuführen.

Scharf geschaltet werden soll ab dem 01.01.2008. Ab diesem Zeitpunkt plant die Stadt, rein doppisch zu buchen. Brunsbüttel wird damit die erste Kommune in Dithmarschen sein, die den neuen Rechnungsstil, der sich international bereits durchgesetzt hat und zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte unverzichtbar ist, einführt. Selbst in Schleswig-Holstein gibt es nur eine Hand voll Verwaltungen, die sich den neuen Vorgaben des Landes bereits frühzeitig gestellt hat.

Bis dahin sind jedoch noch einige wesentliche Schritte erforderlich. So sind die im letzten Jahr begonnenen Schulungen in 2007 fortzuführen, damit Mitarbeiter, wie auch Politik, in der Lage sind, das neue Instrumentarium zu nutzen. Ferner muss aus dem bereits erfassten und bewerteten Vermögen der Stadt, eine Bilanz entwickelt werden. Nicht zu letzt muss die Stadt ihre Leistungen an Zielen ausrichten, die wiederum mit messbaren Kennzahlen zu versehen sind.

Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus

➤ **Einleitung**

Mit Wegbrechen einer der wichtigsten Einnahmequellen des Wirtschaftsstandortes Brunsbüttel, der Gewerbesteuer, Ende der Neunziger, suchte man diesseits nach einer Lösung zur anderweitigen Stärkung des Standortes. Wie vielerorts, entschied man sich für die Entwicklung des Tourismus, insbesondere des Tagestourismus.

Wenngleich die Industrieansiedlungen sich mittlerweile wieder positiv entwickeln, so hält die Stadt aufgrund der in den letzten Jahren gewonnenen positiven Erkenntnisse weiterhin an der Belebung des Tourismus in Brunsbüttel und der gesamten Region fest.

Allein die Brunsbütteler Schleusen, die das Tor zur meist befahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt bilden, ziehen zwischenzeitlich jährlich rund 80.000 Besucher in die Stadt. Waren es anfangs lediglich die Einheimischen und Tagesausflügler aus dem Großraum Hamburg, so konnten wir den Kreis der Interessenten durch die Optimierung der Vertriebs- und Informationssysteme in den vergangenen Jahren um Gäste aus ganz Deutschland¹ vergrößern.

Mit Hilfe einer Ausweitung des Angebotes an Attraktionen sowie über die Verbesserung der Beherbergungssituation, die sich in der gesamten Region der Südermarsch als mangelhaft erweist und immer wieder zu Problemen in der Unterbringung von Gruppenreisenden führt, bemüht sich die Stadt wie auch das Umland um Verlängerung der Verweildauer der Gäste.

Zur Zielerreichung arbeitet die Stadtverwaltung eng mit dem im Jahr 2000 neu errichteten Brunsbüttel-Marketing e.V. zusammen. Die Einbindung weiterer städtischer Organisationen und Einrichtungen erfolgt über den 2006 ins Leben gerufenen Koordinierungskreis. Ferner bestehen Kooperationen sowie Mitgliedschaften in touristischen Vereinigungen und Vereinen entlang der Elbe, des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) und der Nordseeregion, um die bestehenden Defizite zu beseitigen, neue Anreize für Touristen zu schaffen sowie zur Optimierung der Vermarktung der Region. Die Zimmervermittlung erfolgt im Gros über die städtische Tourist-Info, die mit zwei Fachkräften besetzt ist.

Das Themenmarketing umfasst die Bereiche Wasser, Schifffahrt und Fahrradfahren. Angesprochen werden sollen durch diese Themen die von der Stadt, wie auch jüngst vom Land Schleswig-Holstein definierten Zielgruppen: junge Familien mit Kindern, wie auch die sogenannten „Best Ager“.

Mit der Einrichtung verschiedener Radwegenetze ist es den Akteuren gelungen, eine Verknüpfung der verschiedenen Themen herzustellen. Neben dem Elberadweg, der derzeit einer der am stärksten frequentierten Radwege Deutschlands ist, führen sowohl der Nordseeküsten-Radweg wie auch der in 2006 eröffnete NOK-Radweg, der ein großes Potential birgt, durch die Schleusenstadt.

¹ Verstärkt aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und den neuen Bundesländern

Letzterer wurde vom Norddeutschen Rundfunk im vergangenen Jahr über knapp einhundert Fernsehsendungen ins Land transportiert. Welche Außenwirkung diese Ausstrahlungen erzielten, zeigte die Flut der Anfragen aus ganz Deutschland und der rekordverdächtige Verkauf der entsprechenden Radwanderkarten. Zudem wurden im vergangenen Herbst bei einem ansässigen Hotel Erkundigungen eingeholt. Nach Auskunft des Hoteliers hat sich der Anteil der im Hotel einkehrenden Gäste in den letzten drei Jahren von 4 bis 5 Prozent auf 12 bis 15 Prozent verdreifacht. In 2006 zählte das Auskunft gebende Hotel dreihundert Vermietungen an Radfahrer. Insbesondere der NOK genießt unter Radfahrern einen guten Ruf. Die in 2006 angelaufene Vermarktung dürfte in den kommenden Jahren für einen weiteren Zuwachs sorgen. Seitens der Touristischen Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostsee-Kanal geht man langfristig von 50.000 Übernachtungen und 80.000 Tagestouren entlang der gesamten Strecke aus. Damit würde die NOK-Route zu den Top 5 in Deutschland zählen.

Doch nicht nur der NOK-Radweg boomt, auch die parallel verlaufende Wasserstraße wächst in Ihrer Bedeutung. Zwar ist im Jahr 2006 die Zahl der jährlich die Schleusen passierenden Containerschiffe leicht gesunken, dafür wachsen die Volumina dieser Schiffe, so dass ein Ausbau des NOK wie auch der Bau einer weiteren Schleusenkammer unumgänglich sind. Das rege Aufkommen an Container- wie auch an Passagierschiffen zeugt jedoch nicht nur von einer florierenden Wirtschaft, es zieht ebenfalls Touristen in die Brunsbütteler Schleusen und auf den daneben gelegenen Gustav-Meyer-Platz, der in 2005 und 2006 zur Promenade umgebaut wurde. Absolutes Highlight unter den die Schleusen passierenden Traumschiffen ist die „Norwegian Dream“, die sich den Gästen nahezu zum Anfassen präsentiert.

Aber auch die Kreuzer die auf dem Weg nach Hamburg die Stadt Brunsbüttel passieren und elbaufwärts in die Hansestadt schippern, erregen die Aufmerksamkeit der „Sehleute“. So tummeln sich bei der Durchfahrt von Ozeanriesen, wie die „Queen Mary II“ oder die „Freedom of the Seas“, Hunderte von Menschen auf dem Elbdeich und lassen sich vom maritimen Flair verzaubern.

Obschon die Stadt über attraktive Veranstaltungen² wie auch Einrichtungen³ verfügt, reichen diese nicht aus, die Gäste für einen längeren Zeitraum in der Stadt zu halten. Ziel der touristisch engagierten Kräfte ist daher die Schaffung von weiteren Anreizen, die geeignet sind, den Touristen einen längeren Aufenthalt schmackhaft zu machen⁴ und ergänzend Gruppenreisende anzuziehen.

Anreizschwerpunkt liegt auch hier auf der Schaffung von maritimen Erlebnissen und der Vermarktung des maritimen Erbes.

² Längster Flohmarkt der Westküste, Wattolümpiade mit Wattstock Festival, Shanty-Chor-Festival, Modelleisenbahnausstellung zu Weihnachten, diverse Fischmärkte etc.

³ Kultur- und Tagungszentrum Elbeforum, Freibad Ulitzhorn, Freizeitbad LUV, Schleusenmuseum ATRIUM, Nordic-Walking-Park, Sportboothafen NOK mit siebzig zeitlich begrenzten Liegeplätzen, Alter Hafen mit einhundert Liegeplätzen für Sportboote. Kanu- und Tretbootverleih an der Braake, Minigolfplatz, Personenschiffahrt mit Ausflügen nach Cuxhaven und Hamburg

⁴ Hüttendorf (Acht Hütten mit vierzig Schlafplätzen), Attraktivierung der Einkaufsstraße, Verkaufshütten an der Promenade / Gestaltung Gustav-Meyer-Platz

Doch auch die Industrie hat ihren Reiz, insbesondere für technikinteressierte Urlauber. So gegensätzlich die Themen Industrie und Tourismus auf den ersten Blick auch scheinen, so zeigt die Praxis doch, dass eine Verknüpfung keine Schwierigkeit darstellt. Häufig reisen ganze Schulklassen weiterführender Schulen an, um die Welt der Technik im Kernkraftwerk, der bislang größten Windkraftanlage der Welt⁵ oder der benachbarten Chemiewerke zu erkunden.

Neben den Berufsschulklassen sollen auch Grundschulen für die technischen Besonderheiten der Region interessiert werden. Brunsbüttel-Marketing e.V. und Stadtverwaltung akquirieren daher gezielt seit 2006 Schulklassen mit einem neu herausgegebenen „Schleusenführer“. Die Kinder fungieren hierbei als Multiplikator und sollen die ganze Familie neugierig machen.

Wie bereits zuvor erwähnt, erweist sich allerdings die Unterbringung der Gäste, insbesondere von Reisegruppen, in der gesamten Region als problematisch. Bus- und Gruppenreisende weichen meist nach Itzehoe oder Bad Bramstedt aus. Hier werden Hotels mit entsprechenden Kapazitäten und Standards vorgehalten. So führt bereits eine Gruppenreise der DB-Regio Gäste aus Berlin mit dem ICE nach Hamburg und von dort aus mit dem Schiff über die Elbe nach Brunsbüttel. Allerdings müssen die Touristen nach einem mehrstündigen Aufenthalt in der Schleusenstadt in ein Hotel nach Bad Bramstedt verbracht werden.

Um künftig zumindest Radfahrern und Schulklassen, wie auch jungen Familien mit Kindern, gerecht werden zu können, wurde in diesen Tagen das in 2006 errichtete Hüttendorf in Betrieb genommen. Das Dorf besteht aus acht Holzhütten mit vierzig Schlafplätzen und wurde zentrumsnah am Freizeitbad LUV errichtet.

➤ **Reorganisation Verwaltungsaufbau**

Im Rahmen der Neustrukturierung der Stadtverwaltung zum 01.01.2006 wechselte die Zuständigkeit für den Bereich Tourismus vom damaligen Hauptamt zum Fachbereich Finanzen und Wirtschaft. Letzterer, bis dato als Kämmerei bezeichnet, nahm bereits vor 2006 Aufgaben im Bereich Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung wahr. Die Neustrukturierung diente der Vermeidung von Doppelarbeiten, einer schlankeren Prozessgestaltung und der Erzielung von Synergien.

Um den an den neu gebildeten Fachdienst: Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus gestellten Aufgaben gerecht werden zu können, wurde der Anregung des im Jahre 2005 erstellten Tourismus- und Marketingkonzeptes teilweise nachgekommen und zum 01.02.2006 eine Tourismuskraft eingestellt, die seither zu fünfzig Prozent in der Tourist-Info (TI) eingesetzt wird und sich halbtags um die Belange der Tourismusförderung kümmert. Neben den verwaltungsseitigen Aufgabenstellungen, steht die Kraft in engem Kontakt zum Brunsbüttel-Marketing e.V. und leistet diesem administrative Unterstützung. Ferner dient sie den weiteren städtischen Organisationen als Kontaktperson und Koordinatorin.

⁵ 5 MW Offshore Testanlage der Fa. RePower – für die erste Testphase Onshore montiert

Neben der personellen Veränderung, gab es in 2006 auch einen räumlichen Wechsel der TI. So ist sie aus Gründen der Wirtschaftlichkeit im April 2006 von der Koogstraße 68a in die Koogstraße 70 ins zeitgleich neu eingerichtete Bürgerbüro umgezogen.

Mit dem Umzug in die neuen Räumlichkeiten, wurden ebenfalls die Öffnungszeiten erweitert. Die TI hat seit 2006 wie folgt geöffnet:

April bis Juni, September und Oktober

Montag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Juli bis August

Montag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Samstag und Sonntag 11 bis 14 Uhr

November bis März

Montag bis Donnerstag 10 bis 15 Uhr

Freitag 10 bis 14 Uhr

Zusätzlich wurden die Öffnungszeiten in 2006 nach Bedarf erweitert. So hatte die TI auch an verkaufsoffenen Sonntagen und Großveranstaltungen, wie dem Längsten Flohmarkt der Westküste geöffnet.

Die neuen Öffnungszeiten wurden und werden sehr gut angenommen. Die städtische TI gilt im gesamten Kreisgebiet als vorbildlich.

Neben den typischen Funktionen der TI, wurden in 2006 folgende Maßnahmen vorangetrieben:

- Einnahmeausschöpfung durch freiwillige Entgeltzahlung für Prospektversand
- Verkauf von Kartenmaterial und Merchandising-Artikeln, wie Postkarten, Brunsbüttel-Spiele und Tragetaschen
- Klassifizierungen von Ferienwohnungen

Die Einnahmen der TI konnten durch die o. a. Maßnahmen erheblich gesteigert werden. Weitere Schritte zur Verbesserung der Einnahmesituation sind bereits in Planung. So wird die TI ihr Angebot an Merchandising-Artikeln erhöhen. Zudem sollen gegen Provision vermehrt Produkte und Freizeitangebote von Dritten vermarktet werden. Aufgrund der immer größeren Professionalisierung der TI, muss diese ab 2007 als BgA geführt werden und ist künftig umsatzsteuerpflichtig.

➤ **Kooperationen und Mitgliedschaften**

Die Stadt Brunsbüttel genießt durch Ihre Lage an der Elbe, dem Nord-Ostsee-Kanal und der Nähe zur Nordsee einen einmaligen Standortvorteil, sowohl in touristischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. So locken die Wasserwege sowohl Touristen, als auch Wirtschafts- und Industriebetriebe.

Touristisch als auch wirtschaftlich betrachtet, kann ein Standort wie Brunsbüttel kaum eigenständig auf sich aufmerksam machen. Er würde aufgrund seiner geringen Größe im sonstigen Angebot untergehen. Wichtig ist folglich die Kooperation mit der Region, insbesondere der Metropolregion Hamburg. Die Stadt ist daher verschiedenen Vereinen und Organi-

sationen angeschlossen. Um dennoch eigene Interessen wahren und gleichzeitig Angebote aus den verschiedenen Regionen vernetzen zu können - damit diese für die eigenen Gäste aber auch für die Einwohnerinnen und Einwohner nutzbar sind -, erfordern die Mitgliedschaften eine umfangreiche Unterstützung der Stadt.

Die Stadt wird durch den Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing in den nachfolgenden Organisationen vertreten:

a) Brunsbüttel-Marketing e. V.

Der im Jahr 2000 neu gegründete Verein arbeitet eng mit den Mitarbeitern der Stadtverwaltung zusammen und wird von der Tourismusfachkraft des Fachdienstes Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus unterstützt.

Während verwaltungsseitig eher administrative Aufgaben wahrgenommen werden, bemüht sich der Verein um die Entwicklung von Projekten.

Der Wirtschaftsausschuss, der vom Fachbereich Finanzen und Wirtschaft betreut wird, beschloss im Oktober 2006, dass das Ziel des Stadtmarketings, die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Förderung des Handels und des Tourismus sowie die Verbesserung der so genannten weichen Standortfaktoren sein soll. Dies soll, laut Ausschuss, erreicht werden durch

- Unterstützung der handel- und gewerbetreibenden Betriebe in Brunsbüttel;
- Weiterentwicklung und Vermarktung der touristischen Möglichkeiten der Stadt Brunsbüttel unter Einschluss des Tagestourismus;
- Bündelung des ehrenamtlichen Engagements in der Stadt Brunsbüttel;
- Koordination und Förderung der Zusammenarbeit der bestehenden Organisationen, Vereine und Verbände in Brunsbüttel;
- Entwicklung und Umsetzung von Projekten zur Förderung von Tourismus, Freizeit, Wirtschaft, Handel und Kultur;
- Werbung für die Stadt Brunsbüttel als Handelsstandort und touristisches Ziel;
- Stärkung des Image als maritime Stadt als Hafenstadt am Dreieck Elbe, Nordsee und Nord-Ostsee-Kanal
- Förderung des Erscheinungsbildes als familienfreundliche Stadt

Im Jahre 2006 setzte sich Brunsbüttel-Marketing e.V. schwerpunktmäßig für die touristische Weiterentwicklung ein.

Als einer der erzielten Erfolge in Sachen Kooperation kann die in 2006 erfolgte Verschmelzung des bislang bestehenden Fremdenverkehrsvereins mit dem Marketing-Verein herausgestellt werden.

Neben regelmäßigen Arbeitsbesprechungen wurden in der Kooperation mit dem Marketing-Verein in 2006 folgende Aufgaben umgesetzt:

- Einrichtung Vermieterstammtisch
- Entwicklung eines städtischen Veranstaltungskalenders
- Unterstützung Bewerbung Stadtmarketing-Preis
- Unterstützung Projekt Schulklassenausflüge
- Einrichtung des Koordinierungskreises

Bezüglich weiterer gemeinsamer Projekte wird auf den Rechenschaftsbericht des Marketing-Vereins verwiesen.

b) Koordinierungskreis

Der zuvor genannte Beschluss des Wirtschaftsausschusses zu den Zielsetzungen des Marketing-Vereins sah ebenfalls die Förderung der Kooperation der im Stadtmarketing tätigen Organisationen und Verbände vor. Hierfür wurde durch Brunsbüttel-Marketing e.V. der Koordinierungskreis (Kook) gegründet. Neben dem Verein und der Stadt sind sowohl der Verein für Handel, Gewerbe und Industrie, die Volkshochschule, die Gemeinschaft der Gästeführer, als auch das Wasser- und Schifffahrtsamt und die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH beteiligt. Der Kook dient der Abstimmung der Projekte zur Förderung von Tourismus, Kultur, Freizeit, Wirtschaft und Handel zwischen Brunsbüttel-Marketing e.V. und den weiteren Organisationen. Der Kook wirkt somit beratend bei der Ausgestaltung des Stadtmarketing mit.

c) Dithmarschen Tourismus e.V.

Als Mitglied im Dithmarschen Tourismus e.V. (DT) ist die Stadt an vielen kreisweiten Projekten der Tourismusentwicklung maßgeblich beteiligt oder initiiierend tätig. Als Beispiele sind fortfolgend nur einige Projekte genannt: Nordseeküstenradweg, Touristische Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostsee-Kanal, Geschäftsstelle für LEADER+ LAG Westküste.

Mit städtischer Unterstützung veranstaltet und koordiniert DT Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter der örtlichen Tourist-Informationen und vertritt die Region überregional auf verschiedensten Reisemessen (u.a. Köln, Hamburg, Berlin, Mannheim). DT organisiert die zentrale kreisweite Zimmervermittlung, in der die Brunsbütteler TI eine wichtige Funktion wahrnimmt.

In 2006 wurden im Rahmen der Mitgliedschaft folgende touristische Projekte entwickelt:

- Nordic-Walking-Park Dithmarschen (voraussichtliche Eröffnung am 29.04.2007)
- Entwicklung Kooperationsgemeinschaft mit dem Amt Burg-Süderhastedt und dem Amt Sankt Michaelisdonn-Eddelak
- Entwicklung des Projektes „Deutsche Kohlstraße“
- Unterstützung bei der Ausrichtung der Dithmarscher Kohltage
- Entwicklung Cooperate Design „nordseeland“ Dithmarschen

www.dithmarschen-tourismus.de

d) Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse Nord-Ostsee-Kanal/Touristische Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostsee-Kanal

Im Rahmen der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) wurden verschiedene Leitziele und Projekte entwickelt. Einen Schwerpunkt bildeten hierbei der Tages-, der Fahrrad- und der Wohnmobiltourismus. Bis einschließlich 2006 war für die Umsetzung eine Förderung aus ZAL-Mitteln möglich.

Eines der wichtigsten Projekte der LSE bildet die Einrichtung des NOK-Fernradwanderweges. Die sogenannte NOK-Route wurde am 17. Juni 2006 gemeinsam mit Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen eröffnet und zeichnet sich heute bereits als eine der wichtigsten Touristenattraktionen der Region ab. Der Radweg hat große Chancen bald zu den Top 5 der Fernradwanderwege Deutschlands zu gehören. Aussagen hiesiger Gastronomen und Hoteliers bestätigen den Mitarbeitern des Fachdienstes Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus das spürbare Wachstum an Touristen.

Die Gesamtmaßnahme wird durch eine Lenkungsgruppe der LSE NOK gesteuert, in der auch die Stadt Unterstützung leistet. Darüber hinaus ist die Stadtverwaltung in der Projektgruppe für den Fernradwanderweg aktiv und trägt zur weiteren Entwicklung des Gesamtprojektes bei.

Aus der LSE entwickelt wurde die Touristische Arbeitsgemeinschaft Nord-Ostsee-Kanal (TAG-NOK). Sie ist verantwortlich für das Marketing der NOK-Route sowie für größere überörtliche Projekte. So hat die TAG z.B. den Auftrag für das Projektmanagement für den Fernradwanderweg erhalten. Die TAG, in der die Stadt Vorstandsarbeit leistet, ist ferner Mitglied im Tourismusverband Binnenland geworden. Diese Mitgliedschaft ermöglicht der Stadt, Nutznießer von Marketingmaßnahmen der Tourismusagentur Schleswig-Holstein (TASH) zu sein.

www.nok-sh.de

e) ARGE Maritime Landschaft Unterelbe

Das Projekt Maritime Landschaft Unterelbe (MLU) ist ein Leitprojekt aus dem Regionalen Entwicklungskonzept Metropolregion Hamburg. Es dient dazu, das maritime Erbe der Kulturlandschaft an der Unterelbe zwischen Hamburg und Cuxhaven zu erhalten und gleichzeitig für den Tourismus nutzbar zumachen.

Für die Umsetzung der Projekte sind mittlerweile die Kommunen selbst verantwortlich. Zur Förderung der Ziele ist eine Arbeitsgemeinschaft mit Sitz in Grünendeich bei Stade gegründet worden. Mitglied dieser ARGE sind sämtliche Landkreise und mehrere Kommunen geworden, u.a. auch die Stadt Brunsbüttel, die den Prozess aktiv begleitet.

Über die MLU erreicht die Stadt Brunsbüttel ihre größte touristische Zielgruppe, die Metropolregion Hamburg. Äußerst positiv zeichnet sich außerdem ab, dass über die MLU auf Fördermittel des Förderfonds Nord zugegriffen werden kann. So konnten allein für das im letzten Jahr errichtete Hüttendorf, 25 Prozent der Gesamtkosten aus dem Förderfonds eingeworben werden.

Ferner wurden durch die MLU mehrere regionale Tourismustage durchgeführt. Diese bieten den in der Region tätigen touristischen Organisationen ein Forum zum Austausch und zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit. Ergänzend haben sich aus diesen Tourismustagen mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Die Stadt Brunsbüttel ist in der AG Öffentlichkeitsarbeit/Zukunftsstrategien vertreten und hat daneben seit 2004 einen Sitz in der Lenkungsgruppe.

In 2006 hat die Stadt Brunsbüttel die MLU in folgenden Projekten unterstützt:

- Gezielte Vermarktung der Unterelbe
- Neuauflage der Freizeitkarte der MLU
- Projektentwicklung Elbeschiffahrtstag in Anlehnung an den Hamburger Hafengeburtstag
- Messeauftritte wie auch Teilnahme auf HH Stadtteilfesten

www.maritime-elbe.de

f) Unterelbe Tourismus e.V.

Zur Entwicklung der Strukturen in Schleswig-Holstein ist für die drei Kreise Dithmarschen, Pinneberg und Steinburg eine Regionalagentur eingerichtet worden, die sich bis Ende 2006 aus Zuschüssen aus dem Programm Zukunft auf dem Lande ZAL sowie aus Mitgliedsbeiträgen der 23 Trägerkommunen finanziert hat. Die Regionalagentur soll u.a. die Ergebnisse der LSE-en zusammenführen und auswerten, Informationen aus der Region sammeln und auswerten, Produkte und Angebote für Touristen erstellen, sowie Ansprechpartner für die ARGE MLU sein, die sich ansonsten mit drei Landkreisen und div. Kommunen gleichzeitig abstimmen müsste.

Zwischenzeitlich ist der Verein Unterelbe Tourismus e.V. in Wilster gegründet worden. Dieser Verein übernimmt fortan die touristischen Aufgaben für die Kreise Steinburg und Pinneberg sowie für Teile des Kreises Dithmarschen. Die Stadt Brunsbüttel ist im Vorstand vertreten und arbeitet aktiv in den gebildeten Touristiker-Arbeitsgruppen mit. In der Arbeitsgruppe wurden u.a. Sternrouten für Fahrradfahrer erarbeitet, die über die Homepage vermarktet werden. Die Tourismusfachkraft nahm die Möglichkeit wahr, auf der Hamburger Reisemesse Brunsbüttel am Stand von Unterelbe Tourismus e.V. zu vertreten.

www.unterelbe-tourismus.de

g) Sonstige Mitgliedschaften und Kooperationen

- Tourismusleitstelle Elberadweg Nord

Die Tourismusleitstelle Elberadweg Nord vermarktet den im Sommer 2002 eingeweihten Elberadweg. Die Strecke reicht von der tschechischen Grenze entlang beider Elbufer bis zur Elbmündung nach Brunsbüttel bzw. Cuxhaven. Der Elberadweg stellt mittlerweile den beliebtesten Fernradwanderweg Deutschlands dar. Die Stadt Brunsbüttel ist über Dritte punktuell an der Weiterentwicklung des Radweges beteiligt.

www.elberadweg.de

- Nordseebäderverband Schleswig-Holstein e.V. / Nordsee-Tourismus-Service GmbH

Der Nordseebäderverband (NBV) beschäftigt sich mit der Weiterentwicklung der Westküste. Zur professionellen Vermarktung der Nordseeregion wurde die Nordsee-Tourismus Service GmbH gegründet. Die beiden Organisationen stehen im engen Kontakt und sind maßgeblich für die Entwicklung der Bäderorte an der Nordsee tätig. Die Stadt Brunsbüttel ist über Bürgermeister Wilfried Hansen im NBV vertreten. Einflussnahme der Stadt auf die NTS erfolgt über verschiedene Dritte, u.a. Dithmarschen Tourismus.

Die genannten Organisationen beschäftigen sich ferner mit der Durchführung internationaler Projekte. So waren NBV und NTS auch an der Einrichtung der North-Sea-Cycle-Route (NSCR) beteiligt. Die NSCR ist mit rund 6.000 km der längste ausgeschilderte Radweg der Welt und führt durch insgesamt sieben Länder. Der Schleswig-Holsteinische Nordseeküsten-Radweg verläuft rund 300 km zwischen Elbe und der dänischen Grenze, direkt durch die Stadt Brunsbüttel. Er bietet den Radfahrern immer wieder die Möglichkeit, auf Rundtouren Abstecher ins Hinterland zu machen.

Im Mai 2006 feierte der Radweg seinen fünften Geburtstag. Die Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing und Wirtschaft war an der Ausgestaltung des Jubiläums aktiv beteiligt.

www.nordseekuestenradweg.de

- AG Osteland e.V.

Bereits in 2004 wurde auf Initiative der AG Osteland die „Deutsche Fährstraße“, eine rund 250 km lange touristische Ferienstraße zwischen Kiel und Bremervörde, eröffnet. Sie verbindet rund fünfzig Brücken, Schleusen, Sperrwerke und Fähren. Die Fährstraße umfasst drei verschiedene Routen und ist sowohl für Radler, Autofahrer als auch für Wassersportler nutzbar. Die Strecke beginnt für den Nord-Abschnitt in Kiel und führt entlang des Nord-Ostsee-Kanals bis Brunsbüttel. Von dort ab, geht es entlang der Unterelbe bis zu dem Fluss Oste.

www.deutsche-faehrstrasse.de

➤ **Aufgabenschwerpunkte 2006**

Schwerpunktmäßig wurden vom Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus in 2006 folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Unterstützung des Brunsbüttel-Marketing e.V.
- Mitwirkung und Unterstützung des Koordinierungskreises
- Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen
- Mitwirkung in der Lenkungsgruppe der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE)
- Mitwirkung in der Touristischen Arbeitsgemeinschaft NOK
- Mitwirkung in der Projektgruppe Fernradwanderweg NOK
- Unterstützung der Touristischen Organisation auf Reisemessen
- Unterstützung Wirtschaftsförderer auf Immobilienmessen etc.
- Unterstützung von Wirtschaftsbetrieben bei Entwicklungsvorhaben
- Unterstützung der Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel GmbH bei Ansiedlungsvorhaben, Standortentwicklung etc.
- Projektplanung im Rahmen von LEADER+ (z.B.Nordic-Walking-Park)
- Mitwirkung in der AG Werbung von Dithmarschen-Tourismus e.V.
- Ausrichtung Bauernmarkt zu den Dithmarscher Kohltagen
- Aufbau Kooperation Nord-Ostsee-Bahn
- Aufbau Kooperation Freizeitbad Brunsbüttel GmbH
- Aufbau Kooperation Personenschiffahrt Brandt
- Aufbau Kooperation Adler-Reederei
- Aufbau Kooperation WSA/ATRIUM Personalgestaltung
- Touristische Entwicklung Promenade Gustav-Meyer-Platz/ATRIUM
- Begleitung Bewerbung Stadtmarketingpreis
- Mitwirkung im Arbeitskreis Demografie
- Unterstützung TMO´s in Bezug auf das neue Tourismuskonzept S-H
- Engagement in Metropolregion

➤ **2006 in Zahlen**

12.866	Gäste wurden im Buchungssystem der Stadt erfasst - 2005 waren es noch 7.569 (Direktbuchungen werden nicht registriert)
27.199	Übernachtungen in 2006 allein über das Buchungssystem der Stadt – 2005 waren es 22.139 (Direktbuchungen nicht registriert)
6.000	NOK Radwanderkarten wurden 2006 deutschlandweit verkauft
1.000	Infopakete wurden versandt von der TI versandt
1.070	Schulen wurden zur Klassenfahrt an die Brunsbütteler Schleusen eingeladen
127	Traumschiffpassagen in den Brunsbütteler Schleusen
4	mal passierte die Queen Mary II die Schleusenstadt
43	Quartiere sind zertifiziert und werden durch die städtische TI vermittelt
383	Betten halten die zertifizierten Mieter vor
8,2 Tage	bleibt ein Gast durchschnittlich in Dithmarschen

➤ **Finanzierung/Fördermittel**

Die Anstrengungen der Stadt in Sachen Tourismus tragen bereits Ihre ersten Früchte, so konnte über die Tourismusförderung auch ein Teil zur Förderung der hiesigen Wirtschaft beigetragen werden.

Um den Tourismus weiter voran treiben zu können und damit weitere positive Effekte für die hiesige Wirtschaft und den Standort Brunsbüttel erzielen zu können, spielen Fördermittel eine erhebliche Rolle.

Das Gros der in den letzten Jahren vereinnahmten Fördermittel, stammt aus der Förderinitiative Leader+. Hieraus konnten in den Vorjahren rund 470.000,00 € für Einzelprojekte eingeworben werden. Hinzu kommen Fördermittel für Gemeinschaftsprojekte, wie die KunstLandschaft 06 oder der Nordic-Walking-Park, der am 29. April diesen Jahres eröffnet werden soll.

Die Stadt Brunsbüttel hat mit finanzieller Unterstützung der EU mit LEADER+ Mitteln zahlreiche Projekte durchgeführt. In 2006 waren dies u.a.:

- Touristische Gestaltung der Braake
- Hüttendorf an der Braake
- Touristischer Pfad LandArt
- Nordic-Walking-Park
- Wanderweg auf dem Kali-Gelände

Mit Auslaufen der Förderprogramme ZAL und Leader+ Ende März 2007, hat die EU ein neues Förderprogramm entwickelt. Hierbei handelt es sich um den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes, kurz ELER. ELER dient der Zusammenführung der bisherigen Programme ZAL und Leader+. Die ELER-Verordnung, die den Rahmen der Förderung regelt, ist nunmehr Grundlage für das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ in Schleswig-Holstein mit dem Namen „Aktiv-Region“. Das Zukunftsprogramm, das sowohl Förderungen für touristische Projekte, für Maßnahmen zur Begegnung des demografischen Wandels, als auch für Projekte zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Maßnahmen zur Entwicklung der ländlichen Infrastruktur vorsehen soll, befindet sich derzeit in der Ausarbeitung.

Der regionale Prozess, der wie bereits bei LEADER+ die Bildung einer LAG, an der die Stadt bis Ende letzten Jahres maßgeblich beteiligt war, erfordert, wird vom FD Wirtschaft, Stadtmarketing und Wirtschaft begleitet. Eine Mitarbeit in der in Kürze einzurichtenden Lenkungsgruppe ist für die Stadt von großer Bedeutung und bereits vereinbart.

➤ **Perspektiven**

Wenngleich die Übernachtungsquote in Dithmarschen, wie in Deutschland in 2006 noch rückgängig war, so ist hinsichtlich der Gästezahlen in Dithmarschen eine deutliche Steigerung zu verbuchen. Der Trend der Urlauber zum Kurzaufenthalt ist ungebrochen.

Dithmarschenweit bietet die Tourismusbranche mittlerweile rund zweitausend versicherungspflichtige Arbeitsplätze. Ihr Jahres-Brutto-Umsatz betrug in 2006 rund 150 Millionen Euro.

Die florierende Tourismuswirtschaft dürfte künftig ebenfalls positive Auswirkungen auf die von der Stadt zu vereinnahmende Gewerbesteuer haben.

Wie bereits aus vorstehenden Ausführungen zu erkennen, bildete die Tourismusförderung einen wesentlichen Schwerpunkt der Arbeit des Fachdienstes Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus im Jahre 2006.

Zur weiteren Entwicklung des Standortes und der hiesigen Wirtschaft strebt der zuständige Fachdienst folgende Projekte für 2007 und die Folgejahre an:

Verbesserung Unterbringungssituation

Um den Bedürfnissen gehobener Ansprüche und Gruppenreisender gerecht werden zu können, wird der Fachdienst sich weiterhin für die Verbesserung der Unterbringungssituation einsetzen. Diesseits unterstützt werden Planungen eines städtischen Beherbergungsbetriebes zur Modernisierung der vorhandenen Hotelanlage. Wünschenswert wäre ebenfalls der Neubau eines Hotels im Wirtschaftsraum Brunsbüttel zur Unterbringung von Gruppenreisenden. Denkbar wäre auch die Realisierung eines Hotels im Rahmen des seitens der Stadt geplanten Ausbaus des zentrumsnah gelegenen historischen Alten Hafens zu einem Erlebnishafen.

Ausbau der Promenade

Den touristischen Mittelpunkt der Stadt bildet die neu gestaltete Promenade am Gustav-Meyer-Platz. Dieser Ort bedarf einer weiteren Verschönerung und der Verbesserung der vorhandenen Infrastruktur. Gemeinsam mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt soll in 2007 versucht werden, das touristische Herz der Stadt weiter zu entwickeln und auf diesem Wege die Verweildauer der Gäste zu erhöhen. Zu den Planungen gehört u.a. die Errichtung sogenannter „Hummerbuden“ zum Verkauf von Souvenirs. Ferner ist angedacht die Tourist-Info am Gustav-Meyer-Platz zu installieren. Auch bedarf es der Einrichtung weiterer Verweilzonen zwischen Schleusenanlage und Mole IV. Für das betroffene Areal wurde seitens des Fachdienstes bereits ein Antrag auf Anerkennung als Erholungsortteil beim zuständigen Ministerium gestellt.

Entwicklungen von Angebotspauschalen

Durch Kombinationen von Angeboten (Schleusenbesichtigung, Elbeforumbesuch, Freizeithallenbad, Deichspaziergängen usw.) können Kurzurlauber an den Standort Brunsbüttel gebunden werden. Die Vorhaltung von Angebotspauschalen sichert dem Touristen zudem einen entspannten und doch spannenden Aufenthalt. Das Angebot an Pauschalen soll in 2007 in Zusammenarbeit mit verschiedenen Brunsbütteler Einrichtungen erweitert werden.

Attraktivierung der Innenstadt

Der Ausbau der Koogstraße ist momentan in vollem Gang. Aus Sicht des Fachdienstes Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus bedarf es weitere Maßnahmen zur Attraktivierung der Einkaufsstraße. Entsprechende Maßnahmen könnten mit dem im vergangenen Jahr neu erlassenen Gesetz über die Einrichtung von Partnerschaften zur Attraktivierung von City-, Dienstleistungs- und Tourismusbereichen (PACT-Gesetz) durchgesetzt werden.

Diesbezüglich wird sich der zuständige Fachdienst mit dem Marketing-Verein und der Gewerbetreibenden der Koogstraße auseinandersetzen, um eine maßgeschneiderte Lösung für die Stadt Brunsbüttel zu finden.

Wohnmobilstellplatz

Wenngleich der Ausschuss für Wirtschaft sich bereits im vergangenen Jahr gegen die Einrichtung eines Wohnmobilhafens ausgesprochen hat, so wird der Fachdienst Wirtschaft, Stadtmarketing und Tourismus sich auch künftig für die Verbesserung der Infrastruktur für Wohnmobilsten einsetzen. Wie die Praxis zeigt, wäre die Einrichtung einer Wohnmobilversorgungsstation am Freizeitbad LUV wünschenswert.

Kooperation mit Bäderorten

Mehr Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation in Sachen Tourismus wird gemeinsam mit Marketing sowie den Nordseebädern Friedrichskoog und Büsum angestrebt. In Planung befinden sich gemeinsame Messeauftritte in Schleswig-Holstein und Hamburg, die Einrichtung eines Busshuttles für Gäste von den Badeorten zur Schleusenstadt, sowie die Koppelung von Attraktionen als ein Tagesprogramm für Bus-Touristen: Schleusen, Seehundstation und Sturmflutwelt Blanker Hans.

Fachbereich III Planung, Bau, Umwelt und Technik

Seit dem 01.01.2006 ist die neue Bezeichnung für das Bauamt Fachbereich III Planung, Bau, Umwelt und Technik. Der Fachbereich ist gegliedert in vier Fachdienste: Bauverwaltung, Technische Aufgaben, Bauaufsicht und Bauhof. Der Bericht ist den Fachdiensten zugeordnet. Da im Fachdienst Technische Aufgaben die Sachbereiche Planung, Tiefbau und Hochbau zusammengefasst sind, werden diese einzeln dargestellt. Die Zusammenfassung zum Fachdienst Technische Aufgaben hat sich insgesamt im Laufe des Jahres als problematisch herausgestellt, so dass ab dem 01.01.2007 ein eigener Fachdienst Planung und ein eigener Fachdienst Tiefbau besteht. Der Bereich Hochbau wird dem Fachdienst Bauaufsicht zugeschlagen.

Fachdienst Bauverwaltung

Der Fachdienst ist zuständig für die Unterhaltung und die Bewirtschaftung der städtischen Grundstücke. Dazu gehören der Kauf und der Verkauf sowie die Vermietung und Verpachtung der Grundstücke sowie die Verwaltung der Erbbaurechte. Straßenwidmungen und -einziehungen werden hier durchgeführt. Eine weitere Aufgabe ist die Vergabe der städtischen Sporthallen und Sportplätze.

1. Grundstücksverkäufe

Im Jahre 2006 sind Grundstücksflächen in Größe von 2.349 m² zum Gesamtpreis von 36.404,11 € veräußert worden. Es handelte sich dabei um den Verkauf von Grün- und Arrondierungsflächen sowie Kaufpreisabrechnungen aufgrund endgültiger Vermessung in Größe von 1.611 m² und den Verkauf einer Erbbaurechtsfläche in Größe von 738 m².

2. Grundstücksbestand

Die Stadt Brunsbüttel hat in eigenem Flächenbestand noch 150.427 m², der Zugang gegenüber 2005 ergibt sich durch die in 2006 erschlossenen Flächen an der Johannes-Brahms-Straße im B-Plan 41 in Größe von zunächst vorläufig 16.000 m². Die übrigen Flächen teilen sich in 12.456 m² als MK- und MI-Flächen im B-Plan 19, in 3.383 m² als WA-Flächen im B-Plan 18 und in 116.500 m² als GE/GI-Flächen im B-Plan 12A und 2.088 m² im B-Plan 20 auf.

Der Restbestand der Grundstücke aus dem Entwicklungsvermögen beläuft sich auf eine Fläche von 2.547 m² an der Eddelaker Straße 147.

Die Bauverwaltung betreut laufend Anfragen für kleinere und mittlere Projekte zur Durchführung von Wohn- und Gewerbevorhaben, sowie Interessenten für Einfamilienhausgrundstücke.

3. Grundstückskäufe

Im Jahr 2006 wurden folgende Grundstückserwerbungen getätigt:

a) Neubau der Justus-von-Liebig-Straße, Teilstück Ostermoorer Straße bis zum Anschluss an den Bebauungsplan Nr. 25 „Industriegebiet Nordseite“

Von verschiedenen Eigentümern wurden insgesamt, aufgrund noch ausstehender Vermessungen, vorläufig 46.175 m² erworben. Aufgrund von § 9 Nrn. 3 und 12 der Hauptsatzung lagen die Wertgrenzen im Rahmen der Entscheidungsermächtigung des Bürgermeisters und der Leiterin des Fachbereichs III.

b) Neubau der Justus-von-Liebig-Straße, Teilstück im Bereich des Bebauungsplans Nr. 25 „Industriegebiet Nordseite“

Es wurden insgesamt, aufgrund noch ausstehender Vermessungen, vorläufig 22.200 m² erworben. Grundlage bildete der Beschluss der Ratsversammlung vom 30.08.2006.

c) Borsweg

Aufgrund der Abweichungen zwischen Flurstücksgrenzen und tatsächlichem Ausbau des Borsweges in einem Teilabschnitt wurde eine Fläche von 179 m² erworben. Aufgrund von § 9 Nr. 12 der Hauptsatzung lag die Wertgrenze im Rahmen der Entscheidungsermächtigung der Leiterin des Fachbereichs III, für die Durchführung lag die Entscheidung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau-, Verkehrs- und Kleingartenangelegenheiten vom 20.09.2005 zugrunde.

4. Vermietungen und Verpachtungen

Insgesamt werden 75 Mietfälle mit einer Gesamtmieteinnahme von 392.819,47 € bearbeitet. Die Verringerung der Mieteinnahme gegenüber dem Vorjahr um 22.187,48 € ist auf die Betriebskostenabrechnungen für das Leistungszentrum für Arbeit und Soziales, von-Humboldt-Platz 9, zurückzuführen. Das Mietverhältnis begann im November/Dezember 2004. Die zu erwartenden Betriebskosten wurden zunächst zugunsten der Stadt geschätzt. Im Jahr 2006 ist die Abrechnung für das erste volle Nutzungsjahr 2005 erstellt worden. Danach ergab sich eine erhebliche Überzahlung, die gleichzeitig die Anpassung der Vorauszahlungen für 2006 erforderlich machte.

Der Zugang der Mietfälle ist auf Veränderungen im Bereich der Obdachloseneinweisungen sowie auf die Vermietung der Wohnung auf der Sportanlage Olof-Palme-Allee zurückzuführen. Die Einnahmen aus der Vermietung der Wohnung auf der Sportanlage konnte die Rückzahlung aus der Betriebskostenabrechnung nicht kompensieren.

Zur Zeit werden insgesamt 40 Pachtvorgänge mit einem Gesamtertrag von 23.653,99 € verwaltet. Wesentliche Ertragspositionen sind die Verpachtung von zwei Standorten für Mobilfunkmasten, die Verpachtung eines LKW-Stellplatzes sowie die Verpachtung verschiedener landwirtschaftlicher Flächen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf die Verpachtung der Gastronomie der Sportanlage Olof-Palme-Allee zurückzuführen.

5. Verkauf städtischer Grundstücke an der Johannes-Brahms-Straße

Baugrundstücke sind im Jahre 2006 nicht verkauft worden. Mit fortschreitender weiterer Erschließung auf der Fläche des ehemaligen Sportplatzes Goethestraße stieg auch das Interesse an den Grundstücken an. Gemäß Beschluss des Hauptausschusses vom 18.09.2006 ist ein Grundstück bereits zugesagt, der Kaufvertrag jedoch noch nicht abgeschlossen worden. Die endgültige Vermessung ist noch nicht abgeschlossen, da die vom Katasteramt zu erstellenden Abschreibungsunterlagen noch nicht ausgefertigt sind. Sobald diese vorliegen wird ein Beurkundungstermin vereinbart. Für weitere Grundstücke liegen Anfragen und Optionen vor. Diese sind zum Teil viel versprechend, sodass weitere Grundstücksverkäufe im Frühjahr 2007 erwartet werden können.

6. Erbbaurechte und Reallasten

Die Stadt Brunsbüttel verwaltete im Jahr 2006 insgesamt 41 Erbbaurechte mit einer Gesamtfläche von 84.985 m² und einem Jahreserbbauzins von 9.911,34 €. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr ist durch den im Jahr 2006 zum Teil bereits wirksam gewordenen Abgang aufgrund eines Verkaufs eingetreten, der durch die Anpassung von Erbbauzinsen nicht kompensiert werden konnte. Auf dem Gebiet der sogenannten „Friedhofskippe“ (Königsberger Straße/Breslauer Straße) waren im Jahr 2006 27 Reallasten zu verwalten, eine Veränderung gegenüber dem Vorjahr hat sich nicht ergeben. Die Finanzierung der Erschließungskosten wurde seinerzeit an die Laufzeit der Erbbauverträge gekoppelt. Die Verträge haben einen Jahresertrag von 381,42 €.

7. Ökokonto

Im Jahre 2006 hat sich der Bestand der Flächen des Ökokontos durch Erwerb neuer Flächen nicht verändert. Im Jahr 2006 wurden für auszugleichende Eingriffe in Natur und Landschaft insgesamt Flächen in Größe von 9.000 m² verwendet, größter Einzelposten war dabei die Fläche für den Bebauungsplan Nr. 48 „Verlängerung der Justus-von-Liebig-Straße zwischen Josenburger Fleth und Ostermoorer Straße“, mit 8.200 m² für sonstige kleine Vorhaben sind insgesamt 800 m² verbraucht worden. Durch Verzinsung war ein Zugang in Größe von 2.365 m² zu buchen. Der Bestand beträgt nunmehr: 7,7340 ha.

Als Vorratsfläche für Ausgleichsmaßnahmen ist noch eine Fläche in Größe von 8,3314 ha am Borsweg vorhanden. Die Fläche ist derzeit noch landwirtschaftlich genutzt. Die Umsetzung des Pflege- und Entwicklungskonzept ist für das Jahr 2008 vorgesehen.

Die weitere Fortführung des Grüngürtels entlang der Braake bzw. des Helser-Kattrepeler-Fleets in Richtung B 5 und Anerkennung der Flächen als Ausgleichsflächen wird weiter verfolgt. Ein Erwerb von Flächen in Größe von 45.119 m² konnte Bezug nehmend auf den Bericht des Jahres 2005 erworben werden. Für weitere Flächen bestehen Kontakte zu den Eigentümern, eine Verkaufsbereitschaft besteht dort jedoch derzeit nicht.

Der Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau-, Verkehrs- und Kleingartenangelegenheiten hat in seiner Sitzung vom 24.10.2006 von den Verwendungen für Ausgleichsmaßnahmen und dem Bestand des städtischen Ökokontos zustimmend Kenntnis genommen.

8. Bodenverkehrsgenehmigungen

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 84 Bodenverkehrsgenehmigungen (Zeugnis zum Vorkaufsrecht) abgegeben. Dafür wurden Verwaltungsgebühren in Höhe von 1.554,00 € erhoben.

Tabelle 1: Zeugnisse über Vorkaufsrechte

Jahr	Anzahl	Verwaltungsgebühren
2004	107	1.797,60
2005	114	1.915,20
2006	84	1554,00

9. Straßenwidmungen und Straßeneinziehungen

Widmungen und/oder Einziehungen sind in 2006 nicht durchgeführt worden.

10. Nutzung der städtischen Sporthallen und Sportplätze

Die Ratsversammlung hat am 18. Februar 2004 beschlossen Vereine bei der Hallen- und Sportstättennutzung mit 100% zu bezuschussen. Für die Nutzung der städtischen Räume und Sportstätten sind im Jahr 2006 Zuschüsse in Höhe von 152.238,90 € (2005 = 140.761,12 €) gebucht worden.

Zahlungspflichtige Nutzer haben Nutzungsentgelte in Höhe von 6.570,30 € (2005 = 6.995,16 €) entrichtet.

11. Balkonwettbewerb

Im Jahr 2006 wurde zum sechsten Mal der Balkonwettbewerb durchgeführt. Nach einer Werbung für eine Beteiligung an dieser Veranstaltung bei den Eigentümern größerer Bestände von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern haben sich wieder das Wohnungsunternehmen Dithmarschen eG und die Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft eG beteiligt.

Nach einem Kriterienkatalog hat die Bewertungskommission am 04. Juli 2006 insgesamt 92 Anlagen bewertet. Von den Ausrichtern Neue Lübecker Norddeutsche Baugenossenschaft eG und Wohnungsunternehmen Dithmarschen eG wurden Preise im Wert von 540,00 € als Geschenkgutschein überreicht. Die Stadt Brunsbüttel überreichte den zu Ehrenden zusätzlich eine Urkunde. Insgesamt wurden 35 Preise vergeben. Aufgrund der positiven Resonanz ist für das Jahr 2007 ebenfalls die Durchführung eines Wettbewerbs geplant.

12. Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- Verkehrs- und Kleingartenangelegenheiten

Der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau-, Verkehrs- und Kleingartenangelegenheiten hat im Jahr 2006 insgesamt 15 Sitzungen durchgeführt (Vorjahr 17):

19.01.2006, 17.00 bis 18.25 Uhr, -nichtöffentliche Informationssitzung-,
24.01.2006, 17.00 bis 20.15 Uhr,
14.02.2006, 17.00 bis 18.55 Uhr,
01.03.2006, 17.00 bis 19.35 Uhr,
28.03.2006, 17.00 bis 19.45 Uhr,
18.04.2006, 17.00 bis 19.30 Uhr,
23.05.2006, 17.00 bis 19.45 Uhr,
20.06.2006, 17.00 bis 18.15 Uhr,
04.07.2006, 16.15 bis 17.05 Uhr,
25.07.2006, 17.00 bis 18.55 Uhr,
22.08.2006, 18.30 bis 21.00 Uhr,
13.09.2006, 17.00 bis 19.10 Uhr,
24.10.2006, 17.00 bis 20.50 Uhr,
21.11.2006, 17.00 bis 20.00 Uhr,
19.12.2006, 18.30 bis 21.15 Uhr,

Der Ausschuss hat dabei insgesamt 34 Stunden und 25 Min. getagt, gegenüber 28 Std. und 47 Min. in 2005.

Fachdienst Technische Aufgaben - Sachbereich Planung

Der Sachbereich ist zuständig für alle örtlichen Planungen wie den Flächennutzungsplan und Bebauungspläne sowie überörtliche Planungen wie den Regionalplan. Weitere Aufgaben sind der Landschaftsplan, Grünordnungspläne sowie besondere Gestaltungssatzungen.

Flächennutzungsplanänderungen

- Im Jahr 2006 wurden keine Flächennutzungsplanänderungen eingeleitet oder abgeschlossen.

Bebauungspläne

- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 29.11.2006 die Aufstellung der **4. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 20 „An der Schleuse“** der Stadt Brunsbüttel beschlossen. Ein Umweltbericht gemäß §2a BauGB wurde nicht erstellt. Die Auslegung hat vom 15.01. bis zum 15.02.2007 stattgefunden. Der Satzungsbeschluss wird im März 2007 erwartet.
- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung der **1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 „Industriegebiet Nordseite“** einschließlich Grünordnungsplan beschlossen. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung hat in der Zeit vom 25.09. bis zum 25.10.2006 öffentlich ausgelegen. Aufgrund einiger Stellungnahmen wurde der Entwurf geändert und muss ein zweites Mal ausliegen. Die verkürzte Auslegung wird im Frühjahr 2007 stattfinden.
- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung der **1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 43 „Gustav-Meyer-Platz/Jachthafen“** der Stadt Brunsbüttel beschlossen. Ein Umweltbericht gemäß §2a BauGB wurde nicht erstellt. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung hat in der Zeit vom 19.06. bis zum 22.07.2006 öffentlich ausgelegen. Der Satzungsbeschluss erfolgte am 30.08.2006 und am 10.10.2006 erlangte die Planänderung ihre Rechtskraft.
- Der **Bebauungsplan Nr. 48 „Verlängerung der Justus-von-Liebig - Straße zwischen Josenburger Fleth und Ostermoorer Straße“** ist mit Datum vom 28.03.2006 in Kraft getreten.
- Aufgrund von Änderungen bei der Straßenplanung hat die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung der **1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplans Nr. 48 „Verlängerung der Justus- von Liebig-Straße zwischen Josenburger Fleth und Ostermoorer Straße“** der Stadt Brunsbüttel beschlossen. Ein Umweltbericht gemäß §2a BauGB wurde nicht erstellt. Der Entwurf der Bebauungsplanänderung hat in der Zeit vom 25.09. bis zum 25.10.2006 öffentlich ausgelegen. Der Satzungsbeschluss erfolgte am 29.11.2006 und am 15.12.2006 erlangte die Planänderung ihre Rechtskraft.
- In der Sitzung des Bauausschusses am 26.03.2006 wurde über die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 50 „Grüner Weg“** beraten. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen die Situation des schmalen Grünen Weges über die Bauleitplanung zu regeln. Der Bauausschuss hat den Beschlussvorschlag abgelehnt.
- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 22.02.2006 die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 51 „Umgehungsstraße K73n zwischen Westerbütteler Straße und der Anschlussstelle Brunsbüttel Nord“** mit dazugehörigem Grünordnungsplan und Umweltbericht beschlossen.
- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 52A „Sondergebiet**

westlich des Elbehafens“ mit Umweltbericht und dazugehörigem Grünordnungsplan beschlossen.

- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 52B „Industriegebiet am Holstendamm, östlich des Elbehafengleises**“ mit Umweltbericht und dazugehörigem Grünordnungsplan beschlossen.
- Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel hat in ihrer Sitzung am 31.05.2006 die Aufstellung der **Satzung der Stadt Brunsbüttel über den im Zusammenhang bebauten Ortsteil am Borsweg** beschlossen. Der Entwurf der Satzung hat in der Zeit vom 19.06. bis zum 21.07.2006 öffentlich ausgelegen. Der Satzungsbeschluss wurde aufgrund von Einwänden nicht gefasst.
- In interkommunaler Zusammenarbeit wurde für die Gemeinde St. Michaelisdonn die 6. und die 7. Änderung des Flächennutzungsplans erarbeitet. Die 6. Änderung umfasst zwei Teilbereiche und ist genehmigt. Die 7. Änderung hat vom 27.06 bis zum 26.07.2006 öffentlich ausgelegen. Im Dezember 2006 hat die Gemeindevertretung über die Stellungnahmen beraten und beschlossen. Für diesen Bereich wurde ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt. Der Grünordnungsplan wurde an ein Planungsbüro vergeben. Der Bebauungsplan Nr. 35 hat in der Zeit vom 10.09. bis zum 10.10.2006 öffentlich ausgelegen. Die Beratung und Beschlussfassung über die Anregungen hat im Dezember 2006 stattgefunden. Der Satzungsbeschluss konnte noch nicht gefasst werden, da der Durchführungsvertrag gemäß § 12 Abs. 1 BauGB nicht vorliegt.
- Mit der Gemeinde Dingen wurde in interkommunaler Zusammenarbeit der Bebauungsplan Nr. 6 geändert. Das Verfahren dauerte vom 24.04.2006 (Aufstellungsbeschluss) bis zum 21.08.2006 (Satzungsbeschluss).

Tourismusbeschilderung

Die 2001 begonnene Tourismusbeschilderung wurde geringfügig ergänzt und aufgrund von Namensänderungen oder Vandalismus laufend erneuert.

Messen

Im Jahre 2006 haben keine Messen stattgefunden

Geographisches Informationssystem (GIS)

Für die Aufstellung eines Straßenkatasters sind die Produkte GEO Office (ESRI) und ROSY (Road System, GSA) angeschafft worden. Sie ermöglichen eine detailgetreue Abbildung der Brunsbütteler Straßen nicht nur im Bestand sondern auch im Zustand. Eine Berechnung der Lebensdauer der Straßen bzw. eine Darstellung des günstigsten Sanierungstermins ist möglich. Das Füllen der Datenbank wird von der Verwaltung, FD Tiefbau selbst durchgeführt. Im Jahr 2006 wurden ca. 40 % der Straßen erfasst.

Hüttendorf am Freizeitbad Luv

Das **Hüttendorf** südlich des Freizeitbades LUV ist mit Bewilligung der Lenkungsgruppe LAG Westküste in das Förderprogramm LEADER+ aufgenommen worden. Der Bau der acht Hütten und des Sanitärhauses erfolgte im Sommer/ Herbst 2006. Der Betrieb erhält eine Zertifizierung gemäß der Bett & Bike Kriterien des ADFC. Die Eröffnung erfolgt im Mai 2007.

Gestaltung der Braake für touristische Zwecke

Das Projekt wurde ebenfalls vom Programm LEADER+ gefördert. Zur Nutzung der Braake für den Wassersport sind dort drei Anlegestellen eingerichtet worden. Gleichzeitig erfolgte die Ufersicherung in dem Bereich zwischen der Koogstraßenbrücke und dem Schöpfwerk. Die Planungen erfolgten vom Deich- und Hauptsielverband in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Brunsbüttel. Die Bauarbeiten wurden im Dezember 2006 fertig gestellt und abgenommen. Saisonbeginn wird Mai 2007 sein.

Entscheidungen über Anträge auf Beseitigung ortsbildprägender bzw. landschaftsbestimmender Einzelbäume oder Baumgruppen

Entscheidungen über Anträge auf Beseitigung ortsbildprägender bzw. landschaftsbestimmender Einzelbäume oder Baumgruppen außerhalb des Waldes auf dem Gebiet der Stadt Brunsbüttel gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 8 LNatSchG in Verbindung mit § 7 a Abs. 1 LNatSchG einschließlich ggf. erforderlicher Nachkontrollen nach § 9 Abs. 5 LNatSchG, soweit sie nicht nach § 19 LNatSchG zu Naturdenkmalen erklärt worden sind werden seit Januar 2006 von der Stadt Brunsbüttel wahrgenommen. Bisher wurden 13 Anträge mit insgesamt 56 Bäumen bearbeitet. Für diese müssen insgesamt 87 neue Bäume gepflanzt werden. Die Neuanpflanzungen sind teilweise schon durchgeführt worden. Für die Umsetzung des Bebauungsplans Nr. 48 wurde ein Waldstück verkleinert, der Ausgleich dafür findet in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde und dem Forstamt am Helser- Kattrepeler- Fleth statt.

Arbeitsgruppe Demographie

Wegen der ungünstigen demographischen Entwicklung werden in dieser Arbeitsgruppe Überlegungen angestellt, mit welchen Instrumenten der Standort Brunsbüttel für junge und alte Menschen attraktiver gestaltet und erhalten werden kann. Dazu sollen verschiedene Instrumente wie Innenstadtrevitalisierung, städtebauliche Neuordnung, Sanierung der vorhandenen Bausubstanz, Erstellung von Bebauungsplänen und eine deutlich wirtschaftlichere Bereitstellung von Bauland untersucht werden.

Hintergrund ist: Die Bevölkerung in Deutschland altert stetig und die Geburten gehen dramatisch zurück. In der Innenstadt stehen viele Gebäude leer, weil sie nicht mehr modern und ansprechend sind. Kleinere Geschäfte und Unternehmen geben ihr Gewerbe auf, Leerstände und Bauruinen sind die Folge. Am Rande der Städte entstehen neue Einkaufszentren und Einfamilienhaussiedlungen, die eine neue Erschließung notwendig machen und den Flächenverbrauch täglich ansteigen lassen. Weiterhin muss die vorhandene Infrastruktur stetig angepasst werden. Die Struktur der Städte verändert sich, und die Innenstädte, in denen das Leben stattfinden soll, verfallen.

Hier muss die Bauleitplanung ansetzen und dieser Entwicklung entgegenwirken. So sollte es das Ziel der Stadt Brunsbüttel sein, im Wesentlichen keine neuen Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese mehr auszuweisen. Stattdessen sollten Planungen für eine Verdichtung und Neugestaltung in den vorhandenen Stadtquartieren unter Berücksichtigung der Belange sowohl älterer als auch jüngerer Menschen erfolgen.

Vorbereitende Untersuchung für eine Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Alter Hafen

Im November 2006 wurde die BIG-Städtebau GmbH aus Kiel mit den vorbereitenden Untersuchungen für das zehn Hektar große Gebiet Alter Hafen beauftragt. Ziel ist es, die Entwicklungsmöglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit für das Projekt „Erlebnishafen Brunsbüttel“ an Hand harter Zahlen darzustellen. Aus Gründen des Hochwasserschutzes ist für den Bereich Alter Hafen in jedem Fall eine Deicherhöhung bzw. teilweise ein Deichneubau oder ein Sperrwerk erforderlich. Aber nur durch die Realisierung eines Sperrwerks kann das an der Elbe gelegene Areal auch städtebaulich erschlossen werden. Deshalb soll in einem Gutachten die Rentierlichkeit des Projektes nachgewiesen werden. Erste Entwürfe und Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit bereits vorgestellt. Das Gutachten wird im Rahmen des Regionalprogramm 2000 aus EFRE-Mitteln mit 50 % gefördert.

Fachdienst Technische Aufgaben - Sachbereich Tiefbau

Aufgabe ist die Planung, der Neubau und die Unterhaltung der städtischen Straßen, Wege und Plätze mit den erforderlichen Beleuchtungsanlagen sowie der städtischen Grünanlagen und Kinderspielplätze. Außerdem werden hier die Genehmigungen nach der Abwassersatzung der Stadt erteilt.

Neubau der Johannes Brahms Straße

Nach der Herstellung des ersten Abschnitts im Jahr 2005, wurde bis Dezember 2006 nun der zweite Abschnitt abgeschlossen. Das Gesamtvolumen der Grunderschließung beider Abschnitte beläuft sich auf etwa 240.000 €. Hiervon sind 70.000 € bereits 2005 verbaut worden. Die Herstellung der endgültigen Straßenoberfläche ist nach dem Abschluss der Hochbau-Arbeiten geplant.

Neubau der Justus-von-Liebig-Straße

Im September 2006 wurde mit dem ersten Abschnitt zum Ausbau der Justus-von-Liebig-Straße zur Innenstadtentlastungsstraße begonnen. Die Kosten für den Bau des ersten Abschnittes liegen bei 2,0 Mio €, das gesamte Bauvolumen liegt bei 6,6 Mio €. Der erste Spatenstich wurde durch Herrn Minister Austermann am 28. September durchgeführt. Es erfolgt eine Förderung der Maßnahme im Rahmen des GVFG in Höhe von 70 % der Baukosten. Der erste Bauabschnitt soll 2007 abgeschlossen sein, im Anschluss soll der 2. BA gebaut werden. Eine Anbindung der Straße bis zur Anschlussstelle Fritz-Staiger-Straße / B5 ist dann für 2009 oder später geplant.

Ausbau der Kreystraße, der Schleusenstraße und der Koogstraße

a) Ausbau der Kreystraße und der Schleusenstraße

Der Gustav-Meyer-Platz und die Promenade am Jachthafen wurden im Juni 2005 fertiggestellt. Durch die Zuweisung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm Städtebauförderung 2006 - 2009 konnte 2006 auch der Bereich Kreystraße/Schleusenstraße/Teilstück Koogstraße ausgeschrieben werden. Die Arbeiten wurden 2006 aufgenommen und werden bis Mitte 2007 abgeschlossen. Als Teilabschnitt konnte 2006 der Bereich Kreystraße einschließlich Busspur für Reisebusse auf dem WSA-Parkplatz fertiggestellt werden. Dadurch kann nun ausschließlich Fußgängerverkehr auf der Promenade zugelassen werden. Die Kosten belaufen sich auf 950.000 € für die Gesamtmaßnahme. 2006 konnten Leistungen in Höhe von 490.500 € fertiggestellt und abgenommen werden.

b) Ausbau der Koogstraße und des Rathausplatzes

Auch die Umbauarbeiten für den Bereich der Einkaufsmeile Koogstraße konnten durch Fördermittel des Landesprogramms Städtebauförderung im Jahre 2006 vergeben werden. Es ist vorgesehen der Koogstraße von der Ostermoorer Str. bis zur Kreuzung Schulstraße / Kautzstraße in mehreren Teilabschnitten ein neues Gesicht zu geben. Ein erster Teilabschnitt bis zur Scholerstraße wurde 2006 bereits abgenommen. 2007 soll dann die gesamte Maßnahme bis zur Schulstraße, einschließlich des Rathausplatzes beendet sein.

Straßenunterhaltung

Im Jahr 2006 wurden ein Flickprogramm und ein Rissesanierungsprogramm durchgeführt. Die Kosten hierfür beliefen sich auf rd. 89.000 €.

Straßenbeleuchtungsmaßnahmen

Im Jahr 2006 wurden die Beleuchtungseinrichtungen auf der Mohrschen Weide erneuert. Die Masten der Straßen Siemenweg, Alter Deichweg, Reimer-von-Wiernerstedt-Straße, Telse-Kampen-Straße und Wulf-Isebrand-Straße wurden bei einer Standsicherheitsprüfung als nicht mehr sicher eingestuft und mussten ersetzt werden. In diesem Zuge wurden auch die Beleuchtungseinheiten getauscht und durch Lampen der neuesten Energiespargeneration ersetzt. Die Einsparungen werden dokumentiert und die Ergebnisse werden in zukünftige Maßnahmen mit einfließen. Die Kosten für die gesamte Maßnahme belaufen sich auf 29.000. €

Grünanlagen

Im Rechnungsjahr 2006 wurde – wie in den vergangenen Jahren – die gärtnerische Jahrespflege der städtischen Sportplätze und verschiedener Grünanlagen vergeben und ordnungsgemäß durchgeführt. Erforderliche Nachpflanzungen in den vorhandenen Grünanlagen wurden wie folgt ausgeführt:

Tabelle 2: Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet

Ersatzpflanzung Schwarzer Weg	8 Acer campestre	170,00 EUR
Ersatzpflanzung Wurtleutetweute	10 Pyrus calleryana Chan.	500,00 EUR
Ersatzpflanzung Memeler Straße	15 Carpinus betulus „Fastigiata“	850,00 EUR
Grundschule Süd	1 Aesculus carnea „Briotii“	90,00 EUR
Parkplatz Sportanlage Olof-Palme-Allee	18 Carpinus betulus „Fastigiata“	1.300,00 EUR
Wallanlage Sportanlage Olof-Palme-Allee	16 Fraxinus excelsior „Westhof`s Glorie“	530,00 EUR
Ersatzpflanzung Ohlinger Fleth und Kali Gelände	18 Fraxinus excelsior „Westhof`s Glorie“	660,00 EUR

Im Stadtgebiet wurden wieder ca. 130 Bänke im Frühjahr aufgestellt und im Herbst eingelagert. Etwa 60 Bänke wurden repariert bzw. neu gestrichen.

Sportanlage Olof-Palme-Allee

Der Neubau der Sportanlage Olof-Palme-Allee begann am 13.12.2004 mit dem ersten Spatenstich. Nach der Herstellung der Zufahrt und der Stellplatzanlage als Baustraße wurde aufgrund von Beschwerden über die Vergabe erst im Mai 2005 mit dem Bau der Sportplätze begonnen. Die Plätze 1 und 2 sind im April 2006 eingesät und im August freigegeben worden. Die anderen Plätze wurden Ende September/ Anfang Oktober 2006 freigegeben. Die Kosten für die Gesamtmaßnahme beliefen sich auf rd. 2.700.000,00 €. Am 9.September 2006 fand die offizielle Eröffnung der Sportanlage statt.

Spielplätze

Für die Spielplatzsanierung Schulmeisterring wurden 380 m Drainage verlegt und die Zaunanlage erneuert. Der Spielplatz wurde mit Kosten von ca. 8.100,00 € und unter Einsatz von Personal des Bauhofes instand gesetzt.

Eine Neuausstattung mit einzelnen Geräten erfolgte auf den Spielplätzen:

Berliner Straße 1 Hochwippe für 2.900,00 €,
 1 Seilbahn für 2.900,00 €
 2 Bolzplatztore für 3.000,00 €.

Jahnstraße 1 Kletteranlage für 2.800,00 €

Blangenmoorer Straße 1 Gruppenwippe für 2.000,00 €.

Für die Instandsetzung der sonstigen Geräte auf den städtischen Spielplätzen sind 4.900,00 € investiert worden.

Insgesamt wurde Rindenmulch für 2.400,00 € angeschafft und Spielsand im Wert von 2.000,00 € ausgetauscht.

Genehmigungen nach Abwassersatzung

Es wurden insgesamt 34 Genehmigungen erteilt. Die ordnungsgemäße Durchführung wurde überwacht.

Fachdienst Technische Aufgaben – Sachbereich Hochbau

Aufgabe ist die Unterhaltung und Bewirtschaftung sowie der Neubau der städtischen Liegenschaften. Im Jahr 2006 wurden für die Unterhaltung und Sanierung sowie Anbauten der städtischen Gebäude ca. 1.000.000 € investiert. Für die Bewirtschaftung, also Strom, Reinigung und Heizung sind ca. 1.500.000 € ausgegeben worden. Neben den üblichen Unterhaltungsarbeiten (Malen, Reparaturen usw.) sind in den einzelnen Gebäuden folgende Maßnahmen durchgeführt worden:

Rathaus

Im Rathaus ist das Büro des Standesamts zum neuen Trauzimmer gestaltet worden. Die Neugestaltung wurde von der Innenarchitektin Frau Dorothee Walper aus Brunsbüttel durchgeführt. Es sind ca. 30.000,00 EURO für den Bau sowie für die Einrichtung investiert worden.

Grundschule Süd

In der Schule sind nur die üblichen Reparaturen durchgeführt worden. Außerdem wurden Investitionen in Schulmöbel getätigt.

Grundschule West

In mehreren Klassenräumen sind die Fußbodenbeläge erneuert worden. Es wurden im Verwaltungstrakt die alten Fenster durch neue Kunststofffenster ersetzt. Ausgestattet mit neuer Beleuchtung wurden vier Klassen. Die Kosten für alle Maßnahmen und der Unterhaltung beliefen sich auf ca. 35.000 €.

Boy- Lornsen- Grundschule

Nach der Vergabe der Planungsleistungen wurde im März 2005 mit den Arbeiten begonnen. Am 05.01.2006 konnte mit dem Betrieb der Ganztagsbetreuung gestartet werden. Die Maßnahme wurde danach mit Kosten in Höhe von 1.203.389,12 EURO abgerechnet.

Bildungszentrum

Es sind im Bildungszentrum die üblichen Unterhaltungsmaßnahmen sowie die Erneuerung der Außenjalousien auf der Südseite des Gebäudes vorgenommen worden. Insgesamt sind hier einschließlich Schulmöbelbeschaffung ca. 135.000 € investiert worden.

Boje-Realschule

Die Boje-Realschule hat ein Kanuprojekt angefangen. Dafür wurde auf dem der Schule gegenüberliegenden ehemaligen Regenrückhalte - Gelände eine Lagerhütte gebaut. Im Zuge dieser Maßnahme sind auch die Fahrradständer aus dem Verbindungsweg Bojestraße - Wurtleutetweute auf dieses Grundstück verlagert worden. Die Kosten für diese Maßnahme beliefen sich auf ca.30.000 Euro.

Neue Sportplatzanlage (Umkleidegebäude)

Im Jahr 2005 ist mit der Planung und dem Bau des Umkleidegebäudes mit Wohnung und Gaststätte für die neue Sportplatzanlage an der Olof- Palme- Allee begonnen worden. Die Inbetriebnahme des Umkleidegebäudes erfolgte am 09.09.06. Die Kosten nur für das Gebäude werden eine Höhe von ca. 1.050.000 € erreichen.

Hüttendorf am Freizeitbad Luv

Im Juli 2006 ist mit dem Bau des Hüttendorfes bestehend aus einem Sanitärgebäude mit acht Schlafhütten begonnen worden. Diese Maßnahme ist im Dezember 2006 abgeschlossen worden, sodass mit Saisonbeginn 2007 die Vermietung beginnen kann. Die Kosten für diese Maßnahme betragen ca. 330.000 €.

Fachdienst Bauaufsicht

Aufgabe der Abteilung ist die Überwachung der Errichtung, der Änderung, des Abbruchs und der Nutzungsänderung baulicher Anlagen entsprechend den öffentlich-rechtlichen Vorschriften. Die Baugenehmigung und der Vorbescheid werden hier erteilt. Außerdem wird das Baulastenkataster geführt. Ein großer Teil der Aufgaben ist die Bauberatung.

Nach den niedrigen Einnahmen im letzten Jahr ist die Baugenehmigungsgebühr in diesem Jahr wieder auf den langjährigen Durchschnitt gestiegen.

Tabelle 3: Baugenehmigungsgebühren

Jahr	Gebühr in €
2000	135.970,10
2001	205.730,56
2002	174.877,33
2003	222.174,02
2004	126.112,02
2005	20.668,00
2006	145.890,52

Diagramm 1: Übersicht über die Gebührenentwicklung in der Bauaufsicht

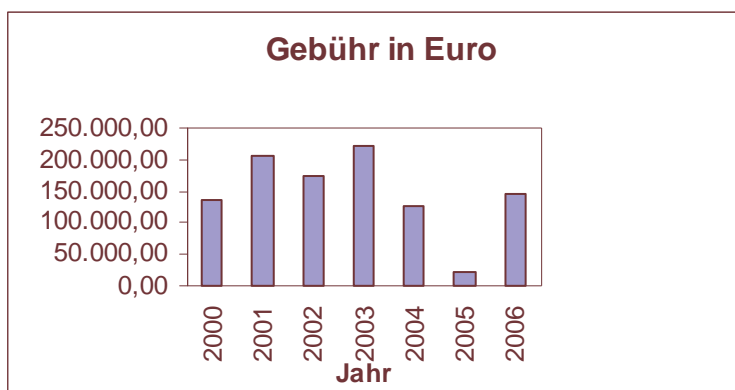


Diagramm 2: Entwicklung der bearbeiteten Fälle nach Vorhaben seit 1991

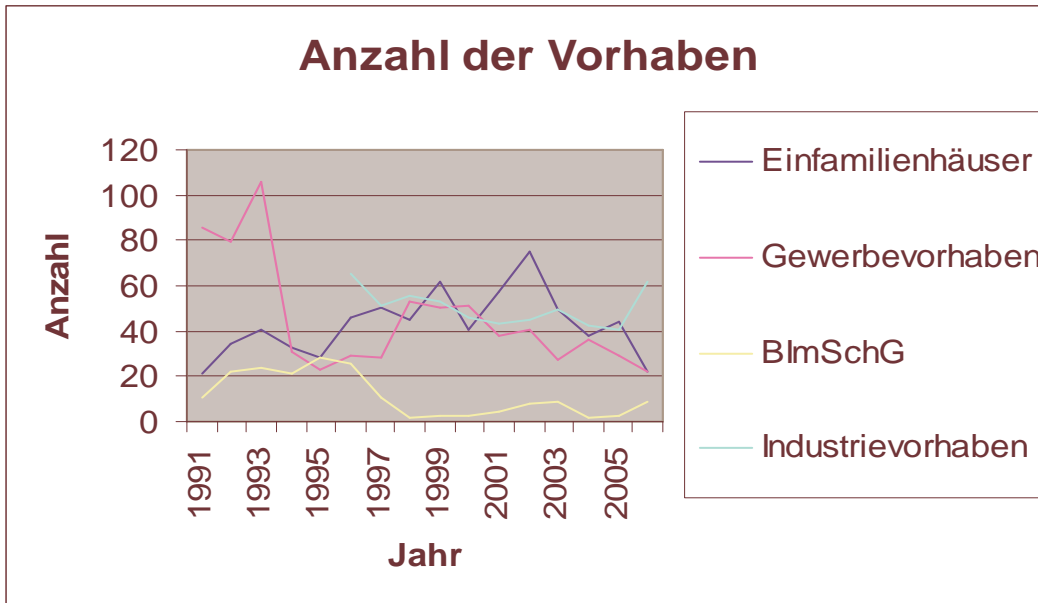
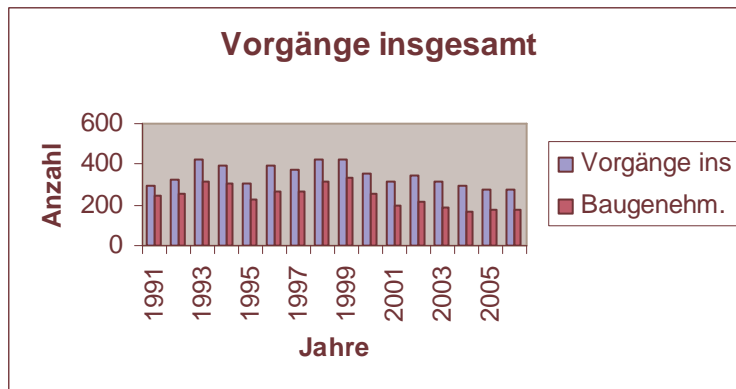


Diagramm 3: Entwicklung der Vorgänge insgesamt seit 1991



Verwaltungsbericht 2006
Stadtverwaltung Brunsbüttel
- 78 -

Tabelle 4: Anzahl der bearbeiteten Fälle ab 2000

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Davon Neu- Bauten
Einfamilienhäuser	67	57	75	49	38	44	22	6
Mehrfamilienhäuser	9	12	1	5	8	1	6	-
Wohnheim	3	1			1	1	1	1
An- und Umbauten	45	23	23	31	16	17	23	19
Geschäfts- und Gewer- bevorhaben	59	38	41	27	36	29	22	9
Landwirtschaftl. Vorhaben	4	1	2	3	3	4	5	4
Öffentliche Vorhaben	6	2	5	2	4	6	3	1
Garagen und Carport	15	11	8	7	8	18	7	4
Tankstellen, Heizung Lagerbehälter					4	3	2	2
Lauben und Schuppen	5	5	1		2	5	5	5
Werbeanlagen	7	13	9	16	9	8	2	8
Sonstige Vorhaben	91	108	133	118	121	99	21	21
Industrievorhaben	46	43	45	49	42	41	62	37
Windkraftanlagen	2		2	3	1	-	-	-
	357	316	346	311	293	276	276	119
Zahl der Wohnungen insgesamt	71	43	64	41	26	27	11	
Abbruch	3	8	5	6	3	5	7	
Baugenehmigungen	254	197	216	188	163	178	178	
Bauvoranfragen	23	14	16	14	11	7	8	
Stellungn. BImSchG	3	4	8	9	2	3	9	
Schankerlaubnisse	20	18	15	12	17	13	17	
Fliegende Bauten, Beschwerde, Beratung	54	75	86	82	97	70	57	
	357	316	346	311	293	276	276	

Fachdienst Bauhof

Im Bauhof sind städtische Gärtner und Handwerker beschäftigt, die die städtischen Grünanlagen, Gebäude und Straßen unterhalten.

Ab dem Jahr 2005 wird der Bauhof als kostenrechnende Einrichtung geführt. Deshalb wurden im Jahr 2004 schon Vorbereitungen getroffen. So wurde eine neue Bauhofsoftware „Bauhofinformationssystem“ BIS von Public Solutions eingeführt. Damit ist jetzt die interne Verrechnung von Leistungen des Bauhofs möglich. Abgerechnet werden die angefallenen Stunden und das eingesetzte Fahrzeug. Die Auswertung der Leistungen für das Jahr 2006 ist aus den Listen ersichtlich.

Wie schon in den vergangenen Jahren war der größte Aufgabenbereich bei den Leistungsgruppen wieder der auf Straßen, Wegen und Plätzen.

Übersichten 01.01.-31.12.2006

Tabelle 5: Leistungen des Bauhofs je Auftragsgruppe

Auftragsgruppe		Personal-Leistungen			Fuhrpark-Leistungen		
Nr.	Bezeichnung	Stunden	Preis	Prozent	Stunden	Preis	Prozent
1	Verwaltungsgebäude	2221,50	72409,25	4,54	170,50	3230,25	3,83
2	Kultureinrichtungen	383,50	10055,75	0,78	31,00	639,25	0,70
3	Schulen	3064,00	89903,75	6,26	228,50	5912,75	5,14
4	Kindergärten	691,50	16011,75	1,41	57,50	1576,50	1,29
5	Feuerwehr	182,50	5466,25	0,37	22,50	426,00	0,51
6	Spielplätze	2119,00	53426,50	4,33	322,00	10594,00	7,24
7	Wohngebäude	1214,50	37700,25	2,48	67,50	1278,00	1,52
8	Straßen und Plätze	31927,50	619250,50	65,20	2809,30	80114,40	63,14
9	Märkte und Feste	859,00	25710,00	1,75	140,50	3483,25	3,16
10	Parkanlagen	443,50	7616,50	0,91	41,50	865,00	0,93
12	Denkmäler	76,00	1755,50	0,16	4,50	128,25	0,10
13	Wasserläufe	274,00	7412,50	0,56	21,00	415,50	0,47
14	Sportstätten	2008,50	43279,75	4,10	178,50	4348,75	4,01
15	Fuhrpark und Geräte	273,00	8851,50	0,56	53,50	1324,00	1,20
16	Bauhof	1580,50	46356,25	3,23	128,00	4635,50	2,88
17	Externe Aufträge	1258,50	44047,50	2,57	120,00	3766,25	2,70
18	Unbebaute Grundstücke	391,00	10318,25	0,80	53,00	1527,00	1,19
	Gesamtsumme	48968,00	1099571,75	100,00	4449,30	124264,65	100,00

Diagramm 4: Personal-Leistungen

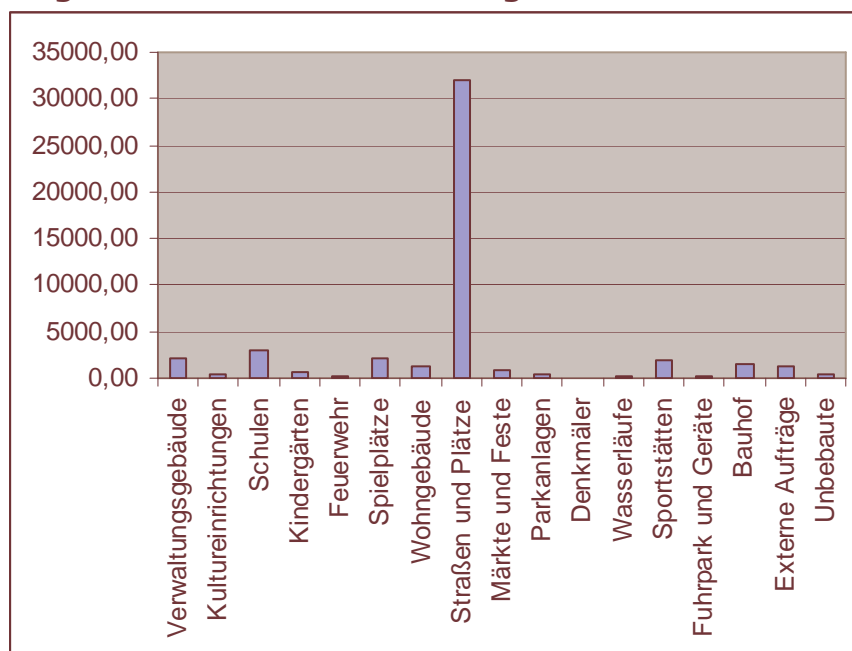


Diagramm 5: Fuhrpark-Leistungen

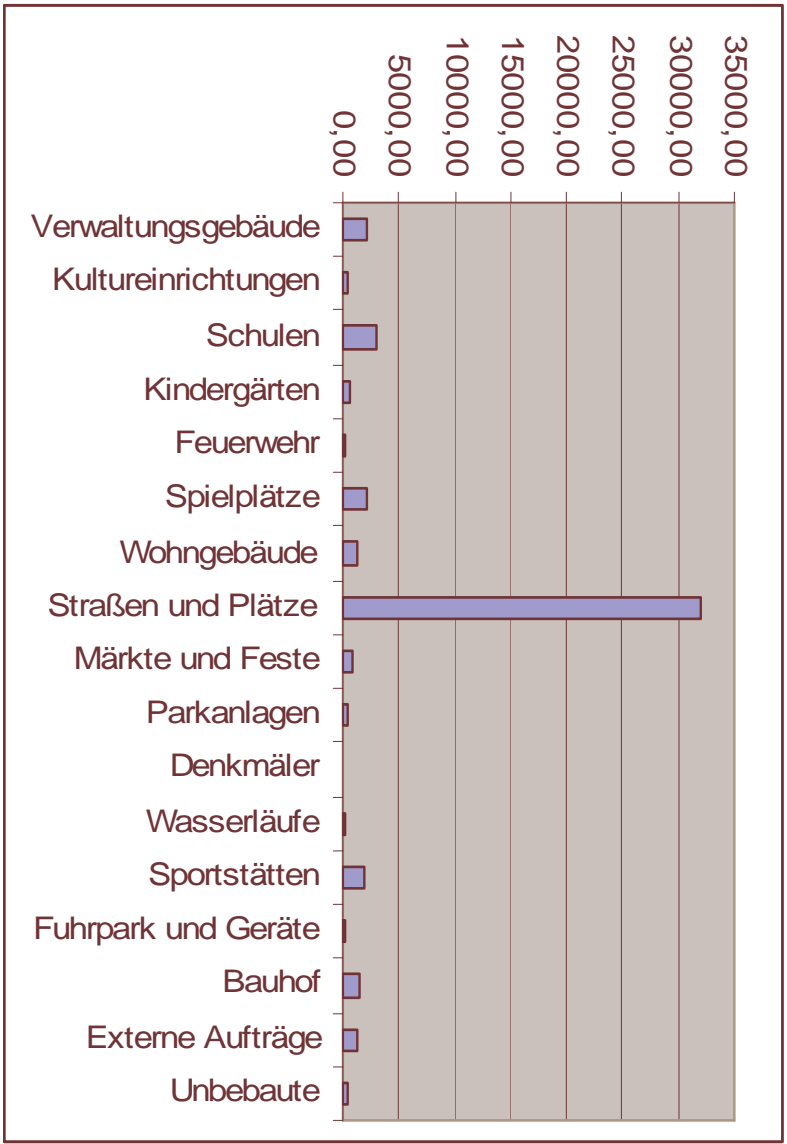


Tabelle 6: Leistungen des Bauhofs je Leistungsgruppe

Leistungsgruppe	Personal-Leistungen			Fuhrpark-Leistungen		
	Stunden	Preis	Prozent	Stunden	Preis	Prozent
Absperrungen	147,00	5145,00	0,30	47,50	981,50	1,07
Aufräumarbeiten	218,00	5218,00	0,45	8,50	208,50	0,19
Bäume	5044,50	109926,00	10,30	553,80	19865,65	12,45
Bodenbelagsarbeiten	16,00	560,00	0,03			0,00
Böschungssicherung	6,50	127,00	0,01	1,00	0,50	0,02
Brunnen	16,50	560,75	0,03	5,00	102,50	0,11
Fahrzeug- und Geräte- pflege	289,00	8557,25	0,59	42,50	1172,50	0,96
Fahrzeuge und Geräte	24,50	857,50	0,05			0,00
Fahrzeug- und Gerätere- paraturen	205,00	7067,75	0,42	15,50	523,00	0,35
Hecken und Sträucher	14709,00	221070,25	30,03	624,00	17501,00	14,02
Klempnerarbeiten	588,50	19709,75	1,20	80,00	1626,50	1,80
Malerarbeiten	3502,50	121668,25	7,15	122,00	1867,25	2,74
Maurerarbeiten	320,50	8973,00	0,65	8,00	125,00	0,18
Pflasterarbeiten	6836,00	135594,25	13,96	320,00	9731,50	7,19
Rasen	4828,00	92315,25	9,86	976,50	20153,75	21,95
Reinigungsarbeiten	348,50	7340,00	0,71	21,50	448,00	0,48
Sandaustausch	148,50	4896,00	0,30	78,50	3493,25	1,76
Schlosserarbeiten	161,00	5635,00	0,33	10,00	199,75	0,22
Spielplatzkontrolle	111,50	3902,50	0,23	11,00	183,25	0,25
Straßenbeleuchtung	121,50	3649,50	0,25	7,50	183,25	0,17
Straßenbeschilderung	305,00	10306,50	0,62	47,00	1000,75	1,06
Straßenentwässerung	39,00	795,50	0,08	4,00	72,25	0,09
Straßenkontrolle	11,00	369,25	0,02	2,50	68,75	0,06
Straßenmarkierung	172,50	6037,50	0,35	7,00	101,25	0,16
Straßenreinigung	3380,50	94994,75	6,90	171,50	3426,50	3,85
Termine	292,00	10102,75	0,60	1,00	17,25	0,02
Tischlerarbeiten	2446,00	79764,25	4,99	159,00	2823,00	3,57
Transporte	3598,00	105990,00	7,35	833,50	28542,50	18,73
Verschleißteile	18,50	647,50	0,04	0,50	8,50	0,01
Weihnachtsbeleuchtung	182,50	6397,50	0,37	19,50	423,75	0,44
Winterdienst	885,50	21428,25	1,81	271,00	9393,50	6,09
Gesamtsumme	48.973,00	1.099.606,75	100,00	4.449,30	124.244,65	100,00

Diagramm 6: Personal-Leistungen

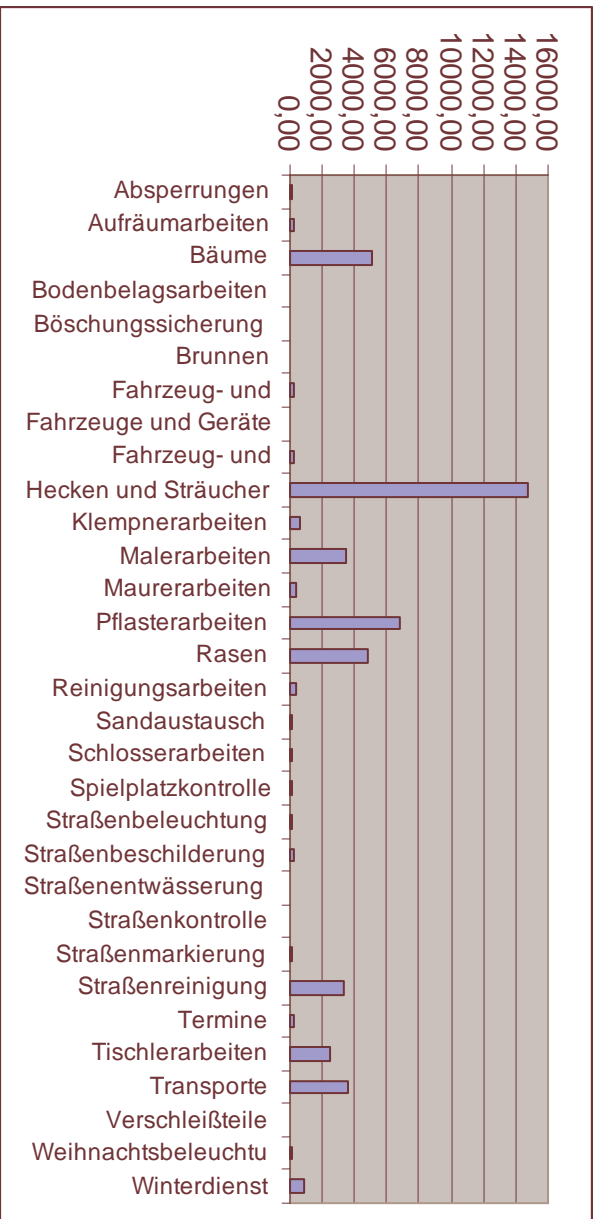
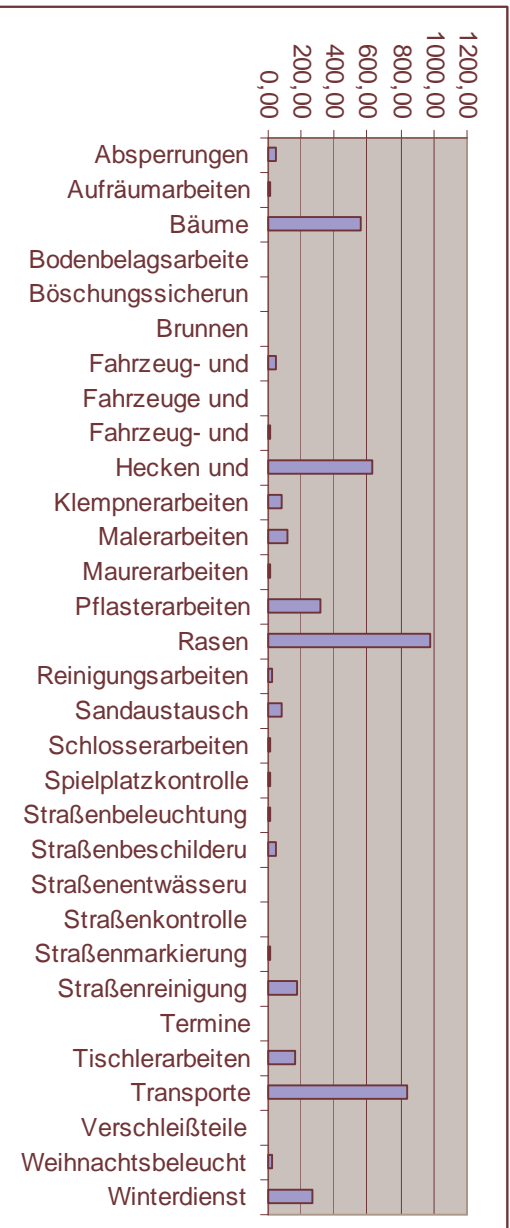


Diagramm 7: Fuhrpark-Leistungen



Großveranstaltungen

Verkehrslenkungskonzepte, Beschilderungen sowie Absperrmaßnahmen und sonstige Hilfsdienste wurden durch das Bauamt und den Bauhof zu folgenden Veranstaltungen geleistet:

Tabelle 7: Veranstaltungen

Maifeuer	30.04.2006
Reptilienshow	11.05.2006
Disco-Dance-Party	20.05.2006
Triathlon	21.05.2006
Wattolympiade	03.06.2006
Circus Gastspiel	06.06-08.06.2006
Flohmarkt Koogstraße	10.06.2006
Citylauf	16.06.2006
Mittsommernachtsparty	16.06.-17.06.2006
Party-Night	24.06.2006
3.Shanty-Chor-Festival	01.-02.07.2006
5.Oldie Night	15.07.2006
Monster Truck Show	26.07.2006
Volksfest	11.08.-14.08.2006
Open Air Stadtpark	31.08.2006
Last Dance	09.09.2006
Kohltag	21.09.2006
Circus Gastspiel	13.09.-17.09.2006
Weihnachtsmarkt Rathaus	24.11. – 23.12.2006
Weihnachtsmarkt GMP	15.12.-17.12.2006
Weihnachtszauber Köster	01.12.-23-12.2006

Laubsammlung

Auf dem Bauhof wurden 2006 insgesamt wieder 4 Laubsammeltermine angeboten.

Tabelle 8: Teilnehmer der Laubsammlung

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Teilnehmer Insgesamt	722	586	676	710	690	549

Weihnachtsschmuck

Im Stadtgebiet wurden 8 Weihnachtsbäume durch den Bauhof aufgestellt: Am Gustav-Meyer-Platz und am Von-Humboldt-Platz wurden große Bäume aufgestellt. Insgesamt wurden 200 m Lichterketten mit großen Leuchten installiert. In der Koogstraße und Brunsbütteler Straße wurden 150 Sterne und auf der Südseite 10 Sterne angebracht.

Winterdienst

Der Bauhof hatte 16 Winterdiensteinsätze, die sich wie in Tab. 6 verteilt haben.

Tabelle 9: Einsätze 2001-2006:

Monat	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Januar	4	1	5	11	4	3
Februar	6	2	3	3	6	2
März	3	0	0	1	3	10
April - Oktober	0	0	0	0	0	0
November	1	0	0	1	0	0
Dezember	10	13	9	4	7	1
Insgesamt	24	16	17	20	20	16

Personalrat

Tätigkeiten des Personalrats im Jahr 2006

Im Jahre 2006 hat es zwei Personalversammlungen gegeben: Am 31.05.2006 waren das Neue kommunale Rechnungswesen NKR- SH und das leistungsorientierte Entgelt Thema. Die zweite Personalversammlung fand am 04.12.2006 statt. Das Hauptthema war die Einführung der Leistungsorientierten Bezahlung LOB.

Am 10.10.2006 fand in Brunsbüttel im Kegelzentrum bei Wandmaker die Herbsttagung der Landesarbeitsgemeinschaft der Personalräte statt. Es haben ca. 100 Personalräte aus Schleswig- Holstein teilgenommen und waren mit der Organisation am Standort sehr zufrieden.

Am 30.10.2006 wurde die Wahl des neuen Jugend- und Ausbildungsvertreters durchgeführt. Von den 14 Auszubildenden wurde Janine Dehlow, Auszubildende Verwaltungsfachangestellte und als Stellvertreter Markus Schoof, IT- Azubi gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre.

Am gleichen Tag wurde der Vertreter der Schwerbehinderten neu gewählt. In Abwesenheit von Rolf Ludewig wurde dieser einstimmig auf vier Jahre wiedergewählt. Seine Stellvertreterin ist Karin Jüngerhans.

Im Rahmen der Leistungsorientierten Bezahlung hat der Personalrat an Schulungen und Seminaren zu dem Thema teilgenommen. Es wurden sowohl Seminare der Verwaltungsakademie Bordesholm als auch Inhouse- Seminare besucht. Besonders interessant waren die Seminare zur Mitarbeiterführung durch die alpha- Unternehmensberatung.

Der Personalrat hat sein Recht zur Mitbestimmung wahrgenommen. Personalrat und Dienststelle haben immer einen gemeinsamen Nenner gefunden. Die Einigungsstelle musste nicht angerufen werden.

Der Personalrat hat an den Frühjahrs- und Herbsttagungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Personalräte LAG teilgenommen.

Der Personalrat hat an Sitzungen des Arbeitsschutzausschusses und Besprechungen in der Dienststelle teilgenommen.

Der Personalrat führt regelmäßig Sitzungen durch, der Kontakt zur Gewerkschaft wird gepflegt.

Im Jahr 2006 wurde eine Ausgabe des „Stadtgeflüsters“ mit der Vorstellung des Bürgerbüros und der neuen Auszubildenden herausgegeben.

Zu Verabschiedungen, Jubiläen, Hochzeiten, Geburten sowie zu den Geburtstagen der Rentner und Pensionäre spricht der Personalrat seine Glückwünsche aus.

Einmal im Monat findet ein Gespräch mit der Dienststelle statt (jeweils der zweite Montag im Monat, 11 Uhr).

Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Inhalt

1. Widerruf der Bestellung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten
2. Beruf und Familie leben – Qualifikation von Frauen erhalten – Rollenstereotype abbauen
 - a) Chefsache Familie
 - b) Lokales Bündnis für Familien
 - c) Kinderbuchkartei
3. Nein zu Gewalt an Frauen
 - a) KIK - gegen häusliche Gewalt an Frauen!
 - b) Schaut hin - Gewalt kommt nicht in die Tüte!
4. Zukunftsfähigkeit der Kindertagesstätten
 - a) Kleinräumige Kita-Bedarfsplanung
 - b) Kita-Forum
5. Demografischer Wandel
 - a) Arbeitsgruppe Demografie
 - b) Bürgerbefragung
 - c) Mehrgenerationenhaus
 - b) MORO
6. Kommunale Kriminalprävention - KPR - Netzwerk zur Integration
 - a) Sitzungen 2006
 - b) Themen und Projekte
7. Weitere Aktivitäten
 - a) Arbeitskreis Arbeitsmarkt für Frauen in Dithmarschen
 - b) Weltkindertag
 - c) Beratungen/ Fortbildung

1. Widerruf der Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten

Der Landtag beschloss am 24. März 2006 das „Erste Gesetz zur Reform der kommunalen Verwaltungsstrukturen“, in dem es in Artikel 2 - Änderung der Gemeindeordnung - heißt:

1. In § 2 Abs. 3 Satz 2 wird die Zahl „10.000“ durch die Zahl „15.000“ ersetzt.
2. In Artikel 4 (Übergangsbestimmungen) wird in Nr. 1 festgelegt: *„Wird die Bestellung einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in einer Gemeinde oder einem Amt mit mehr als 10.000, aber weniger als 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Umsetzung von Artikel 1 Nr. 5 oder Artikel 2 Nr. 1 widerrufen, wird der Widerruf zur Sicherstellung einer kontinuierlichen Aufgabenwahrnehmung frühestens drei Monate nach dem Beschluss der Gemeindevertretung oder des Amtsausschusses wirksam.“*
3. § 2 Abs. 3 Satz 6 der Gemeindeordnung und § 22 a Abs. 1 Satz 6 der Amtsordnung bleiben unberührt.

Die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel beschloss am 29. November 2006 den Widerruf der seit 1987 in der Stadt tätigen Gleichstellungsbeauftragten. Gleichzeitig berief sie die bisherige Stelleninhaberin zur nebenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Brunsbüttel. Begründet wurde dies mit dem Landesgesetz zur Reform der kommunalen Verwaltungsstrukturen, der den Städten diese Möglichkeit eröffnet. Die Landesregierung ist offenbar zu der Auffassung gelangt, dass in Städten und Gemeinden mit weniger als 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Wahrnehmung der Aufgabe hauptamtlich nicht mehr zwingend erforderlich ist. Damit fällt eine Pflichtaufgabe weg. Die bisherige Stelleninhaberin erhält 34 Stunden in der Verwaltung und ca. 5 Stunden für die nebenamtliche Tätigkeit.

Die amtierende Gleichstellungsbeauftragte hat in einer Stellungnahme vom 17. November 2007 die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass ein familienorientierter Wirtschaftsstandort wie das Mittelzentrum Brunsbüttel einer ist, eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte als Anlauf- und Vernetzungsstelle braucht, die Initiativen und Projekte anstößt, professionell unterstützt und begleitet, mit dem Ziel, auf dem Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft voranzukommen. In der Ratsversammlung vom 29. November 2006 hat sie einen Rückblick auf die geleistete Arbeit gegeben. Die Ratsversammlung ist zu der Auffassung gelangt, dass die vorgetragenen Aufgaben auch im Nebenamt ausgeübt werden können. Personalrat und die Kommunalaufsicht haben dem Verfahren zugestimmt.

2. Beruf und Familie leben – Qualifikation von Frauen erhalten – Rollenstereotype abbauen

a) Chefsache Familie

Die Gleichstellungsbeauftragte hat in 2006 an den Sitzungen der Lenkungsgruppe des Projektes Chefsache Familie teilgenommen und in der Arbeitsgruppe Seminare Themenabende für Personalverantwortli-

che organisiert u. a. zu den Themen Verbesserung der Arbeitsorganisation und Arbeitszeitmodelle:

16. Mai 2006 „Was wirklich zählt- Unternehmenssicherung durch moderne Personalpolitik“ Von Studnitz Management Consults GmbH.

05. September 06 „Zeit ist Geld – flexibles Arbeitszeitmanagement“ durchgeführt im cat Meldorf.

Projektpartner im Netzwerk Chefsache Familie sind die Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Nordfriesland mbH, die Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, die Kreishandwerkerschaften der Kreise Dithmarschen und Nordfriesland, der DGB, die Gleichstellungsbüros der Region, die Beratungsstellen Frauen & Beruf, die Universität Flensburg sowie das Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein. Das Projekt endet im Mai 2007. Näheres siehe: www.chefsache-familie.de.

b) Lokales Bündnis für Familien Brunsbüttel

Ein lokales Bündnis ist der Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Familien vor Ort zu verbessern.

Am 19. Juni 2006 haben sich auf Einladung der Stadt in einem ersten Planungstreffen im Rathaus Interessierte über mögliche Themenfelder, an denen lokale Bündnisse arbeiten, informiert. Als erste Ziele und inhaltliche Schwerpunkte wurden festgehalten: Perspektiven für Jugendliche in der Region verbessern, einen Informationswegweiser für Familien erarbeiten, die Generationen zusammenführen. 17 Personen nahmen teil. Eine Liste mit Kontaktdaten wurde erstellt, damit eine Kontaktaufnahme unkompliziert möglich ist. Weitere Akteure sollen eingebunden werden.

Vorausgegangen war eine Podiumsdiskussion im Bürgersaal des Elbeforums anlässlich des ersten Deutschen Familientages am 15. Mai 2007 mit Karsten Wessels (DGB), Heidrun Luplow (Sasol), Michaela Hellmann (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung) Moderator Stefan Schmid, Staatssekretärin Karin Wiedemann(Wirtschaftsministerium und Bürgermeister Wilfried Hansen. Thema war: „Vorfahrt für Familien: Was kann eine Stadt tun?“ Eine Liste, in die sich Interessierte an einem Lokalen Bündnis Brunsbüttel eintragen konnten wurde ausgelegt. Der DGB unterstützte die Veranstaltung mit Projektmitteln.

Im Februar 2006 wurden die Ergebnisse der Wunschbaumaktion „Vorfahrt für Familien“ von DGB und Stadt ausgewertet und der Presse vorgestellt. Mehr Krippenplätze und familienfreundliche Arbeitszeiten wurden gewünscht.

Nach dieser Vorarbeit hat sich am 9. Mai 2007 im TOTAL bitumen Werk das Lokale Bündnis für Familie Brunsbüttel gegründet, das sich auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer einsetzt.

Familien, in denen Kinder aufwachsen, haben sich verändert. Die An-

zahl Alleinerziehender steigt, es bilden sich Patchwork-Familien und es gibt gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Väter und Mütter versuchen Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Anzahl berufstätiger Frauen steigt und Väter übernehmen Verantwortung im häuslichen Bereich für ihre Kinder. Der Familienalltag ist bunter und vielfältiger geworden, aber manchmal auch schwierig und traurig, wenn es um Situationen wie Scheidung der Eltern, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Tod oder sexuellen Missbrauch geht.

Kinderbücher können hier unterstützen, indem sie Gefühle und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und Gesprächsanlässe bieten. Der „Arbeitskreis Mädchen und Jungen im Kinderbuch“ hat eine Kinderbuchkartei mit folgenden Themen zusammengestellt:

c) Kinderbuchkartei

Rollenstereotype schränken Mädchen wie Jungen, Frauen wie Männer, Mütter wie Väter ein. Auch Lebensformen haben sich verändert, Männer und Frauen wollen gleichberechtigt und partnerschaftlich miteinander leben. Kinder wollen ihren Möglichkeiten entsprechend sich entfalten.

12 Frauen aus Brunsbüttel haben eine Kinderbuchkartei erarbeitet, die zu unterschiedlichsten Lebensformen und -situationen Kinderbuchempfehlungen für Kinder im Alter von 3-12 Jahren gibt. Denn:

1. Adoption / Pflegekind
2. Allein erziehend
3. Arbeitslosigkeit / Armut
4. Ausländische Kinder / Fremd sein
5. Behinderte Kinder
6. Berufstätige Frau
7. Hausmann / Vater und Kind
8. Krankheit / Sucht
9. Scheidung / Trennung / Patchwork-Familie
10. Sexueller Missbrauch / Prävention
11. Tod
12. Aggressionen / Gewalt
13. Krieg
14. Lesbisch / schwul
15. Ängste

3. Nein zu Gewalt an Frauen

a) KIK - gegen häusliche Gewalt an Frauen!

Die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt ist Teil des Netzwerkes gegen häusliche Gewalt in Dithmarschen und hat im Jahr 2006 am 7. Juni und am 6. September 2006 an den Kooperationstreffen der KIK-Runde teilgenommen. Am 6. September berichtete der Familienrichter Ostwald über das Umgangsrecht. Wichtige Punkte für die zukünftige Arbeit sind:

1. die Präventionsarbeit, hier gilt es besonders, die Kinder zu erreichen,
2. stärkere Einbindung des Gesundheitswesens - bei häuslicher Gewalt wird häufig ärztliche Hilfe und ärztlicher Rat gesucht,
3. verstärkte Einbeziehung des sozialen Umfeldes - von dort kommen Signale, die eine betroffene Frau beeinflussen, die Situation der häuslichen Gewalt zu verlassen oder auszuharren.

Gemeinsames Ziel ist es, Opfer besser zu schützen und Täter zur Ver-

antwortung zu ziehen.

Die Studie Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland - eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland, Stand: Sommer 2004, stellt fest:

1. Gewalt gegen Frauen wird überwiegend durch Partner und im häuslichen Bereich verübt.
2. Alle Formen von Gewalt können zu erheblichen psychischen, psychosozialen und gesundheitlichen Folgen für Betroffene führen.
3. Frühzeitige Hilfe, Intervention und Prävention sind erforderlich, z. B.:
 - Prävention von häuslicher Gewalt in Kitas und Schulen,
 - Welcome-Beraterinnen für häusliche Gewalt sensibilisieren,
 - den Bekanntheitsgrad der Beratungsstellen erhöhen, insbesondere bei jüngeren und schwangeren Frauen,
 - Fortbildung für medizinische Berufe,
 - das soziale Umfeld verstärkt mit einbeziehen.

Verbesserungen wurden vor allem im Bereich der polizeilichen, aber noch nicht im Bereich der gerichtlichen Intervention sichtbar. Weiter: Kinder in Misshandlungsbeziehungen brauchen besondere Unterstützung, das soziale Umfeld ist ein wichtiger Faktor für Hilfe und Prävention, Ärztinnen und Ärzte haben eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Frau, das Hilfesystem ist gefordert.

Die KIK-Runden sind ein wichtiges Gremium, um die Arbeitsweisen der verschiedenen Institutionen kennen zu lernen und die Kooperationen zu verbessern.

- b) „Schaut hin! Gewalt kommt nicht in die Tüte!“
Heißt eine landesweite Aktion der Bäckerinnung, der Gleichstellungsbeauftragten und von vielen unterschiedlichen Partnern, die sich im Kampf gegen häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder zusammengeschlossen haben. Am 21. November wurde auf dem Wochenmarkt in Brunsbüttel über Hilfsmöglichkeiten bei Gewalt informiert. Am 25. November 2006 wurden zum Internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ in Brunsbüttel sowohl am Rathausplatz als auch an der Polizeistation als sichtbares Zeichen gegen Gewalt Fahnen gehisst. Bereits zum vierten Mal fand diese Aktion im Rahmen der bundesweiten Fahnenaktion von „terre des femmes“ in Brunsbüttel statt. Die Veranstalterinnen machten u. a. auf das vorhandene Beratungsangebot aufmerksam, informierten auf dem Marktplatz als Bündnis gegen Gewalt und verteilten von „Kalle Bäcker“ gestiftete Brötchen.

4. Zukunftsfähigkeit der Kindertagesstätten

- a) Kleinräumige Kita-Bedarfsplanung

Am 29.03., 13.06., 09.08. und 12.09.06 hat die Gleichstellungsbeauftragte zusammen mit dem zuständigen Fachbereich und Fachdienst der Stadt und der Fachaufsicht des Kreises ein Vorgehen für die kleinräumige Kita-Bedarfsplanung abgestimmt. Ausgangspunkt war ein entsprechender Arbeitsauftrag aus dem Workshop zur Zukunftssicherung von Kindertagesstätten. Das Ergebnis konnte am 18. Januar 2007

dem Bildungsausschuss zur Beschlussfassung vorgestellt werden: Umwandlung einer Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe, Einhaltung der Regelgruppengröße von 20 Kindern. Wichtige Anregungen gab die Projektstudie der Universität Koblenz-Landau zum Thema Kinderbetreuung bedarfsgerecht entwickeln. Durch die erfolgte Verknüpfung von OK.EWO und GIS können grafische Auswertungen für künftige Entscheidungen erstellt werden.

b) Kita-Forum

Im Jahr 2006 fanden zwei Sitzungen des Kita-Forums statt.
Themen:

- Sprachförderung in Kitas und Schulen
- Kriterien für eine kleinräumige Kita- Bedarfsplanung,
- Migrantinnensprachkurs
- Kita- Software
- Anmeldelisten / Schließzeiten
- Vorbereitung des Besuchs eines Familienzentrums
- Elternverantwortung – Verein Schule und Betrieb

In 2007 wird der Besuch des Familienzentrums Schillerstraße erfolgen, der Anregungen für die Weiterentwicklung der Kitas in der Stadt geben soll. Und es wird das Angebot an Plätzen für unter Dreijährige erweitert werden. Die kleinräumige Kita-Bedarfsplanung soll Anhaltspunkte geben, in welchen Einrichtungen mit welchen Einzugsgebieten dies Sinn macht. Auch sind Expertengespräche mit Arbeitgebern angedacht, um betriebliche Bedarfe zu erfassen.

5. Demografie

a) Arbeitsgruppe Demografie

Unter Leitung des Bürgermeisters wurde im Jahr 2005 in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe gegründet, die sich 2006 zu zwei Sitzungen 9. März und 4. September traf. Die neuen Sitzungstermine sind ins Amtsinformationssystem eingetragen. Die Arbeitsgruppe ist eine Plattform zur Bewertung demografischer Entwicklungen. Für das städtische Demografie - Konzept wurden folgende Eckpunkte benannt:

Ausgangssituation

Dithmarschen ist vom demografischen Wandel besonders stark betroffen, da es bis ins Jahr 2020 der schleswig-holsteinische Landkreis mit den stärksten Bevölkerungsverlusten ist.

Brunsbüttel muss mit einem leichten Rückgang rechnen.

Sinkende Geburtenzahlen – weniger Kinder

Längere Lebensdauer der Älteren – mehr ältere Personen

Ziel : Trendwende

Bei einer **abnehmenden und alternden Bevölkerung** müssen Angebote überdacht und neu organisiert werden, mit dem Ziel, dezentrale wohnortnahe Versorgungsstrukturen vorzuhalten.

Um der niedrigen **Geburtenhäufigkeit** entgegenzuwirken muss es Ziel sein, Wohn- und Lebensqualität speziell für Kinder und Familien zu verbessern.

Maßnahmen:

Die Bevölkerung wird älter, darum brauchen wir Servicestellen, die über die Angebote für ältere Menschen informieren und nachbarschaftliches Engagement koordinieren (lokales Pflege-
netzwerk/ Nachbarschaftstreff)

Seniorengerechtes Wohnen (Wohnungsunternehmen), Betreutes Wohnen

Neue Wohnformen alt und jung

Mobilität erhalten / Qualitätsverbesserung

Sammeltaxis

ÖPNV

Kinder- und Familiengerechter Standort

Workshop Vorfahrt für Familien/ Lokales Bündnis für Familien

Standortsicherung durch bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Kitas und Schulen

Steuerung über Bebauungspläne

Nicht mehr auf der grünen Wiese, sondern verdichten/ erneuern.

Prüfen inwieweit Fördermöglichkeiten bestehen

Projektgesellschaft Westküste

Städtebauförderung

Bürgerbefragung

In der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Gesundheit, Sport und Soziales vom 14.9. 06 und im Ausschuss für Bildung und Kultur am 21.09.06 gab die Gleichstellungsbeauftragte Sachstandsberichte zum Thema Demografie.

b) Bürgerbefragung

Im Herbst 2006 wurde in Brunsbüttel eine Bürgerbefragung durchgeführt, um unter anderem zu erfahren, ob es einen Bedarf an altersgerechten Wohnungen, Wohnprojekten für Senioren oder Unterstützungsangeboten im Alter gibt. 1294 registrierte Fragebögen gingen zu den 9 Themen ein. Die Auswertung ist unter www.brunsbuettel.de einzusehen. Eine Bewertung der Ergebnisse und die Ableitung erforderlicher Maßnahmen erfolgt in der Arbeitsgruppe Demografie.

c) Mehrgenerationenhaus

Im August 2006 startete das Bundesfamilienministerium die erste Ausschreibung für Mehrgenerationenhäuser. Im September beschließen Sozial- und Bildungsausschuss der Stadt Brunsbüttel, sich am Ausschreibungsverfahren für ein Mehrgenerationenhaus zu beteiligen. Zusammen mit dem Haus der Jugend, dem Fachdienst Innere Verwaltung, Bildung und Soziales erarbeitet die Gleichstellungsbeauftragte eine Bewerbung. Ziel ist es eine Anlaufstelle für Menschen aller Generationen zu schaffen, die dem Austausch, der gegenseitigen Unterstützung und Hilfeleistung dient und auch Existenzgründungen ermöglicht. Die Bundestagsabgeordneten und der Kreis Dithmarschen wurden ebenfalls angesprochen, mit der Bitte das Projekt zu unterstützen, deren Kern das bereits vorhandene Internetcafé Alt trifft jung im Haus der Jugend bildet.

d) MORO

Am 11. September 2006 wird die Gleichstellungsbeauftragte zur Sprecherin der Arbeitsgruppe Kindertagesstätten in MORO gewählt und nimmt damit an den Sitzungen des Projektgremiums teil. Sitzungsübersicht:

2. Workshop „Zukunft gestalten – Kreis Dithmarschen im Demografischen Wandel“ am 03. Mai 2007 im Kreistagssaal
MORO- Workshop 14. und 15. Juni 2006 IZET- Itzehoe.

Forum 1 Kindergarten und Betreuung, Forum 2 Gesundheit und Pflgelandschaft, Forum 3 Schule und ÖPNV.

11. September 06 Arbeitsgruppe Kinderbetreuung: Zwischenstand Datenerhebung, Qualitätsstandards für Szenarien, Zielsetzungen und Kriterien für Anpassungsszenarien, Eckpunkte für einen qualitätsvolle Weiterentwicklung der Betreuungsangebote.

10. Oktober 06 Sitzung des MORO - Projektgremiums. Berichte aus den MORO - Handlungsfeldern Bildung, Kinderbetreuung und Pflege-landschaft, sowie ÖPNV.

Ag Kinderbetreuung 6. November 06

Zweiter gemeinsamer Workshop der Modellregionen Dithmarschen/Steinburg, mecklenburgische Seenplatte, Havelland-Fläming 07. und 08. 11.06 in Neubrandenburg

Ziel ist es anhand von Zukunftsszenarien Anhaltspunkte für das zukünftige Vorgehen im Kindertagesstättenbereich bei sinkenden Geburtenzahlen zu erhalten. Angestrebt ist eine Zielvereinbarung, die dann in den jeweiligen Kreistagen beschlossen wird.

6. Kommunale Kriminalprävention - KPR- Netzwerk zur Integration

a) 3 Sitzungen des KPR in 2006

15. Februar Südseitentreff

Was macht der Fachdienst Sozialpädagogische Hilfen

Referentin Fachdienstleiterin Frau Martensen Kreis Dithmarschen

10. Mai Rathaus

Joachim Böttger, Leiter der Präventionsstelle Itzehoe, stellt sich vor
Ausstellung Opfer – Vorbereitungen

Kurzinfo Faustlos – Projekt Paulus Kindergarten Nord Frau Thode

29. August Haus der Jugend

Besichtigung Haus der Jugend

Aktuelles aus den Vereinen

b) Themen und Projekte 2006

- Ausstellung **Opfer**: Eröffnung 1. Oktober, Ausstellungsdauer 2. bis 11. Oktober Veranstalter: Weißer Ring und KPR im Elbforum, Verleihung Präventionspreis 9. November, Unterstützung des Theaterprojektes Mädchengruppe Gymnasium.
- Ausbildung einer **Suchtpräventionskraft** (Seminar II) für die Förderschule. Für 2007 ist Seminar III geplant, damit an allen Schulen ausgebildete Suchtpräventionskräfte ansprechbar sind.

- Projekt zur Förderung der Kommunikationsfähigkeit **„Deutsch im Alltag von Müttern mit Kindern in Kitas“**. Hierfür konnten 500 € an Landesmitteln eingeworben werden, zwischen zwei bis acht Frauen treffen sich im Albert-Schweitzer-Haus, unterstützt von OWI und vom KPR.
- **Beratung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund** – Unterstützung durch KPR – Angebot von Räumlichkeiten für erste Treffen - Rathaus, Haus der Jugend - und Erstkontakten.
- **Ausstellung Petze - Prävention von sexueller Gewalt** an der Boy-Lornsen- Grundschule, unterstützt vom im März 06.
- **Elternschaft auf Probe**, zwei Informations- und Fortbildungsveranstaltungen in Kooperation mit dem Kreis, im Jugendtreff Süd und der Förderschule zum Einsatz sog. Säuglingspuppen.
- Erörterung des Problems **Essensgeld** in Kitas und offenem Ganztagsangebot: Elternbeitrag kann über Sozialstaffel entfallen, das Essensgeld muss immer gezahlt werden.
- Das Projekt **Faustlos** konnte angeschoben werden. Pastor Driesnack hatte es angesprochen, Frau Thode vom Paulus-Kindergarten Nord hatte Interesse, Frau Encke hat eine Fortbildung angeboten an der Erzieherinnen aus Brunsbüttel teilnehmen. Es wurden Materialkoffer für 3 Kindertagesstätten angeschafft.
- Der **Graffiti workshops** vom Sept. 06 im Haus der Jugend unterstützte der KPR.
- Das geplante **Anti-Agressionstraining für Mädchen** konnte nicht stattfinden, die Fortbildung fiel aus.

7. Weitere Aktivitäten

a) Arbeitsmarkt für Frauen in Dithmarschen

Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied im Arbeitskreis Arbeitsmarkt für Frauen in Dithmarschen. Dort kooperiert sie mit der Beauftragten für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit, der Beratungsstelle Frau & Beruf, der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises und der Stadt Heide sowie dem DGB. Der Arbeitskreis befasst sich mit strukturellen Problemen des Arbeitsmarktes für Frauen in Dithmarschen und versucht, zu deren Lösung beizutragen. Dazu wurde in 2006 ein Konzept für einen Fachtag zum Thema Familienfreundlichkeit erarbeitet: „Kängurus für Dithmarschen? – mit großen Sprüngen zur Familienfreundlichkeit“, die 2007 durchgeführt wurde.

4 Sitzungen fanden statt, in denen Kooperationen mit Kitas und Betrieben aufgebaut und die oben beschriebene Veranstaltung vorbereitet wurde.

b) Arbeitskreis Mädchen und Jungen im Kinderbuch: Weltkindertag

Auch im Jahr 2006 fand wieder anlässlich des Weltkindertages am 20. September von 15.00 bis 18.00 Uhr auf dem Gelände der Boy-Lornsen-Grundschule und des Hauses der Jugend eine Veranstaltung zum Weltkindertag statt. Der Arbeitskreis Mädchen und Jungen im Kinderbuch sowie eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden machte

wieder interessante Angebote für Kinder. 2006 fand der Weltkindertag zum zwölften Mal statt. Ausrichter sind die Stadt, der Arbeitskreis Mädchen und Jungen im Kinderbuch und das Haus der Jugend. „Kinderarmut verhindern- Bildung fördern“ lautete diesmal das Motto. Weit mehr als 200 Mädchen und Jungen hatten einen Riesenspaß. Die Hauptattraktion war diesmal die Quad-Bahn auf dem Schulhof, aber auch der Kindermitmachzirkus „KIMIMAZI“ und die Comic-Umtauschmaschine lockten wieder viele Zuschauer an.

In 2006 fanden 9 Sitzungen des Arbeitskreises Mädchen und Jungen im Kinderbuch statt mit den Themen: Buchauswahl für die Kinderbuchkartei, Buchausstellung in der ehemaligen Sparkasse in Brunsbüttel und auch in Meldorf, Vorbereitung und Durchführung des Weltkindertages. Vielen Dank an alle Aktiven!

c) Beratungen/ Fortbildungen

Im Jahr 2006 haben Frauen die Unterstützung der Gleichstellungsbefragten gesucht, wenn es um eine Arbeitsaufnahme, Trennungssituationen, Alkohol- und Kinderbetreuungsprobleme ging. Auch der Wunsch nach einer Veranstaltung zum Thema „Mobbing – was ist Mobbing, wie erkenne ich es, was kann ich unternehmen“ wurde geäußert. Bei diesen Themen arbeitet die GB mit der Beratungsstelle des Vereins Frauen helfen Frauen und der Beratungsstelle Frau & Beruf zusammen bzw. bei Veranstaltungsvorschlägen mit der VHS.

In 2006 hat die GB an Fortbildungen und Fachtagen zu den Themen: Ganztägig lernen, Diversity, Barrierefrei in Arbeit und Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz teilgenommen.

Bericht der Behördlichen Datenschutzbeauftragten

1. Rahmenbedingungen

1.1. Organisatorische Einbindung

1.2. Aufgaben der Behördlichen Datenschutzbeauftragten

1.1. Bei der Funktion der behördlichen Datenschutzbeauftragten handelt es sich um eine Stabsstelle, d.h. sie ist in dieser Funktion der Behördenleitung zu unterstellen. Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung ist die behördliche Datenschutzbeauftragte weisungsfrei.

Derzeit ist die behördliche Datenschutzbeauftragte als Teilzeitkraft mit 20,5 Stunden wöchentlich tätig.

1.2. Die Aufgaben der behördlichen Datenschutzbeauftragten ergeben sich aus § 10 Abs. 4 Landesdatenschutzgesetz Schleswig- Holstein (LDSG S-H): „Die behördliche Datenschutzbeauftragte überwacht und unterstützt die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften bei der Daten verarbeitenden Stelle.“

Die behördliche Datenschutzbeauftragte hat neben ihrer Überwachungsfunktion die einzelnen Fachbereiche zu beraten und zu unterstützen, ferner die Mitarbeiter über die datenschutzrechtlichen Vorschriften zu unterrichten und zu schulen und vor der Einführung oder bei wesentlicher Änderung eines automatisierten Verfahrens eine Vorabkontrolle gem. § 9 LDSG S-H durchzuführen.

Die Verantwortung für die Rechtmäßigkeit und Sicherheit der personenbezogenen Datenverarbeitung tragen jedoch weiterhin die einzelnen Fachbereiche der Stadt Brunsbüttel.

2. Bericht über die datenschutzrechtliche Prüfung des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz in Schleswig- Holstein bei der Stadt Brunsbüttel am 24.11. und 15.12.2005.

Das unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig- Holstein (ULD) hat am 24.11.2005 und am 15.12.2005 eine datenschutzrechtliche Prüfung bei der Stadt Brunsbüttel vorgenommen. Gegenstand der Prüfung war die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen

- **des melderechtlichen Polizeiauskunftsverfahrens nach § 24 Abs. 4 Landesmeldegesetz (LMG)**
- **des behördeninternen Meldeabrufverfahrens nach § 24 Abs. 7 Satz 3 LMG, sowie**
- **des Passregisters nach § 21 Passgesetz (PassG).**

1. Melderechtliches Polizeiauskunftsverfahren

Das melderechtliche Polizeiauskunftsverfahren wird von Dataport als Auftragnehmer betrieben. Der Originalmeldedatenbestand der Stadt wurde in eine Spiegeldatei auf den Server bei Dataport übertragen. Aus diesem Datenbestand soll die Polizei die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten abrufen. Die Stadt Brunsbüttel meldet Dataport wöchentlich die Aktualisierung des Originalmeldedatenbestandes.

Das ULD beanstandete folgende Punkte bei der Durchführung der datenschutzrechtlichen Prüfung:

a) Auftragsdatenverarbeitung durch Dataport

Das Fehlen von schriftlichen Aufträgen und ergänzenden Weisungen zur Durchführung des Polizeiauskunftsverfahrens an Dataport als Auftragnehmer wurde vom ULD als Verstoß gegen § 17 LDSG beanstandet.

Gem. § 17 Abs. 2 LDSG hat die Stadt Brunsbüttel dafür Sorge zu tragen, dass die personenbezogenen Daten nur im Rahmen ihrer Weisungen verarbeitet werden. Dafür sind erforderliche technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen. § 17 Abs. 2 LDSG schreibt die **schriftliche Form** für die Festlegung von Aufträgen und ergänzenden Weisungen organisatorischer und technischer Art vor.

Die Stadt Brunsbüttel hat am 01.12.2002 Dataport den Auftrag für das IT-Verfahren OK. EWO im Bereich der Optionalen Dienste erteilt. Lediglich durch ein Büroversehen konnte dieser Auftrag bei der Prüfung durch das ULD nicht vorgelegt werden. Ergänzend zu diesem Auftrag wurde am 16.01.2007 ein weiterer Auftrag zur Lieferung einer Software-Lizenz für den Zugriff auf das Polizeiverfahren erteilt.

b) Kontrolle der Datenverarbeitung des Auftragnehmers (Dataport)

Das ULD beanstandete die fehlende Kontrolle der Datenverarbeitung Dataports durch die Stadt Brunsbüttel, die durch einen Zugriff auf das Polizeiauskunftsverfahren (Zugriff auf die Spiegeldatenbank bei Dataport) zu realisieren ist.

Die Pflicht zur Kontrolle der Datenverarbeitung des Auftragnehmers ergibt sich aus der bei der Stadt Brunsbüttel verbleibenden Verantwortung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Dafür hat sich die Stadt geeignete Mittel durch den Auftragnehmer zur Verfügung stellen zu lassen.

Mit der Auftragserweiterung vom 16.01.2007 zur Lieferung einer Software-Lizenz für das Polizeiauskunftsverfahren ist es der Stadt Brunsbüttel möglich, die Richtigkeit der gespeicherten Daten sowie die Rechtmäßigkeit des Auskunftsverhaltens zu überprüfen.

c) Identifikation der im Abrufverfahren gesuchten Person; Übermittlung von Datensätzen nicht gesuchter Personen; Umfang des übermittelten Datenprofils

Das ULD beanstandete die unzureichende Identifikationsprüfung im Polizeiauskunftsverfahren. Das Ergebnis einer Testabfrage mit einem bestimmten Nachnamen hatte mindestens 28 unterschiedliche Personen ergeben, obwohl lediglich eine Person zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben in Frage kommen konnte. Weiterhin wird bei der Übermittlung des Datenumfangs gegen das Erforderlichkeitsprinzip verstoßen, weil es derzeit keine Möglichkeit gibt, den Umfang der übermittelten Daten zu beschränken.

Herr von der Ohe teilte am 29.05.2007 telefonisch mit, dass die Rechtskonformität der Suchfunktion mit § 24 Abs. 1 Satz 6 LMG S-H sich derzeit noch im Gesetzgebungsverfahren befindet. Nach Auskunft der Polizeibehörde ist es aber vorgesehen, die Suchfunktionen teilweise einzuschränken, um den gesuchten Personenkreis weitestgehend einzugrenzen. Herr von der Ohe wird nach Einführung des neuen Polizeiauskunftsverfahrens, das für 01.07.2007 bzw. 01.09.2007 vorgesehen ist, die Suchkriterien überprüfen.

d) Protokollierung der Datenabrufe

Das ULD beanstandete das Fehlen einer ausreichenden Dokumentation der Datenabrufe durch die Polizei bei der Stadt Brunsbüttel.

Mit der Auftragserweiterung an Dataport vom 16.01.2007 zur Lieferung einer Software-Lizenz für das Polizeiauskunftsverfahren ist es der Stadt Brunsbüttel möglich, die Datenabrufe zu dokumentieren. Dies geschieht durch Online-Zugriff auf die Protokolldaten der bei Dataport vorliegenden Spiegeldatei.

e) Nachberichtspflicht

Das ULD beanstandete die fehlende Unterrichtung der Polizeibehörden über die Berichtigung oder Ergänzung von Daten in Fällen, bei denen unvollständige oder unrichtige Daten übermittelt wurden. Dies stellt ein Verstoß gegen § 8 Abs. 1 LMG S-H dar.

Im Fall der Berichtigung oder Ergänzung der Daten sollte automatisch in der Protokollierung geprüft werden, ob ein Datenabruf durch die Polizei in der Zwischenzeit erfolgte, um eine entsprechende Mitteilung an die Polizei über die Änderung der Daten zu fertigen. Weiterhin ist darauf zu achten, dass das Aktenzeichen der Polizei automatisch gespeichert ist, um eine Zuordnung bei Mitteilung bei der zuständigen Polizeidienststelle zu gewährleisten.

Eine telefonische Rücksprache mit Dataport ergab, dass mit Einführung des neuen Polizeiauskunftsverfahrens eine Anpassung des Verfahrens an o.g. Anforderungen erst zum Jahresbeginn 2008 erfolgen wird. Die zuständigen Mitarbeiter des Bürgerbüros versicherten laufend Rückmeldung über den Verfahrensstand zu geben.

f) Verfahrensdokumentation, Test und Freigabe des Verfahrens

Folgende Mängel wurden vom ULD als Verstoß gegen datenschutzrechtliche Vorschriften beanstandet:

1. ein Eintrag in das Verfahrensverzeichnis gem. § 7 Abs. 1 LDSG wurde nicht erstellt.
2. Ein IT- Konzept entsprechend § 6 DSVO, in dem das verfahren berücksichtigt wurde, ist nicht erstellt worden.
3. Für das verfahren wurde kein Sicherheitskonzept und keine Risikoanalyse entsprechend § 6 DSVO erstellt.
4. Ein Test nach § 7 DSVO wurde nicht durchgeführt und protokolliert.
5. Eine Freigabe des automatisierten Verfahrens nach § 5 LDSG und § 7 DSVO wurde nicht erteilt.

Zur Behebung der Mängel sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Erstellen eines Eintrag in das Verfahrensverzeichnis
2. Eingliederung des Verfahrens in ein IT- Konzept zur Darstellung des Verfahrenszwecks
3. Erstellung eines Sicherheitskonzepts und einer Risikoanalyse für das Verfahren oder die Eingliederung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen in das bestehende Sicherheitskonzept,
4. Durchführung und Protokollierung eines Tests und
5. Freigabe des Verfahrens durch den Leiter der Datenverarbeitenden Stelle bzw. einer beauftragten Person.

Die Stadt Brunsbüttel führt derzeit noch kein Verfahrensverzeichnis. Dieses wird in näherer Zukunft durch den Systemadministrator in Zusammenarbeit mit der behördlichen Datenschutzbeauftragten erstellt werden. Ein IT- Konzept ist zwischenzeitlich durch den Systemadministrator erarbeitet worden. Derzeit wird überprüft, ob dieses Konzept den Anforderungen des § 6 DSVO genüge tut.

Mit der Einführung des neuen Polizeiauskunftsverfahrens wird ein Test durchgeführt und protokolliert werden.

2. Behördeninternes Meldedatenabrufverfahren

Bei der Stadt Brunsbüttel besteht für die Mitarbeiter der einzelnen Fachbereiche die Möglichkeit, Meldedaten online aus dem Originaldatenbestand des Melderegisters abzurufen.

a) Dienstanweisung für das behördeninterne Meldedatenabrufverfahren

Das ULD beanstandete bei der Prüfung das Fehlen einer schriftlichen Dienstanweisung zur innerbehördlichen Organisation des internen Meldedatenabrufverfahrens als Verstoß gegen § 24 Abs. 7 Satz 3 LMG.

Die erforderliche „Dienstanweisung für die Benutzung und Anwendung der Drittauskunftsmodule des automatisierten Einwohnermeldeverfahrens“ ist am 24.05.2006 in Kraft getreten.

b) Funktionalität des Abrufverfahrens

Beim Drittauskunftsverfahren wurde hinsichtlich des Familiennamens bei der Eingabe eines Abrufs zwischen dem aktuellen Familiennamen, dem Geburtsnamen und einem früheren Namen differenziert. Ein ähnliches Problem trat bei der Anschrift der gesuchten Personen auf.

§ 27 Abs. 1 LMG erfordert keine Unterscheidung zwischen aktuellem Namen, Geburtsnamen oder früheren Namen. Eine Notwendigkeit der Differenzierung beim Drittauskunftsverfahren besteht nicht. Zudem ist es den Mitarbeitern auch oftmals nicht bekannt, ob eine Person geschieden, verheiratet oder ledig ist.

Zwischenzeitlich ist durch Dataport eine neue Version OK.EWO 5.20 überreicht und installiert worden, so dass die Differenzierung zukünftig unterbleiben kann.

c) Umfang der im Abrufverfahren übermittelten Daten

Das ULD beanstandet hinsichtlich des Umfangs der im Abrufverfahren übermittelten Daten das Fehlen einer Auswahlmöglichkeit als Verstoß gegen das in § 24 Abs. 7 Satz 4 LMG enthaltene Erforderlichkeitsprinzip.

Durch Installation der neuen Version OK. EWO 5.20 im Juni 2007 ist den abrufenden Fachbereichen künftig die Möglichkeit eröffnet worden, im Rahmen der Anfrage eine Auswahl der zu übermittelten Daten vorzunehmen.

d) Prüfung der Rechtmäßigkeit der Datenabrufe

Das ULD beanstandet die fehlenden Kontrollen der Rechtmäßigkeit der Datenabrufe durch die Meldebehörde als Verstoß gegen § 24 Abs. 7 LMG. Solche Prüfungen sind stichprobenartig durchzuführen.

Mit In-Kraft-Treten der Dienstanweisung für die Benutzung und Anwendung der Drittauskunftsmodule des automatisierten Einwohnermeldeverfahrens am 24.05.2006 ist festgehalten, wie künftig die Rechtmäßigkeit der abgerufenen Daten kontrolliert werden soll:

„Eine Kontrolle der Rechtmäßigkeit der abgerufenen Daten gem. § 24 Abs. 7 Landesmeldegesetz Schleswig-Holstein hat stichprobenhaft halbjährlich durch den Fachdienst Öffentliche Sicherheit, Bürgerservice zu erfolgen.

Die Kontrolle ist durch den Fachdienst zu protokollieren.“

e) Nachberichtspflicht

Hinsichtlich der Nachberichtspflicht gelten die Ausführungen zu 1.e) entsprechend.

f) Verfahrensdokumentation, Test und Freigabe

Durch Dataport wurde der Stadt Brunsbüttel ein Vordruck für das Verfahrensverzeichnis sowie eine Übersicht aller Datenfelder der unterschiedlichen Formulare zur Verfügung gestellt. Die Fachanwendung ist in einer

Verfahrensakte dokumentiert, die Herstellerangaben, Programmbezeichnung und Versionsnummer, regelmäßige Informationen und Updates des Herstellers beinhaltet.

Bemängelt wurde durch das ULD:

1. Das Fehlen eines Sicherheitskonzepts und einer Risikoanalyse gem. § 6 DSVO
2. Durchführung und Protokollierung eines Tests und
3. Freigabe des Verfahrens durch den Leiter der Datenverarbeitenden Stelle bzw. einer beauftragten Person.

Zur Mängelbehebung sind die unter 1.f) genannten Maßnahmen zu treffen, deren Ausführung in näherer Zukunft erfolgen wird.

3. Passdatei

Neben der automatisierten Passdatei wird bei der Stadt Brunsbüttel die Originalpassdatei in papierener Form i.S.d. § 21 Passgesetzes (PassG) gespeichert, auf denen neben den Angaben zur Person auch das Originalfoto und die Unterschrift des Betroffenen enthalten sind.

Im Bereich der Verwaltung und Führung der Passdatei wurden keine Verstöße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften festgestellt. Allerdings wurden Hinweise gegeben, die **bei Einführung der automatisierten Passdatei unbedingt Berücksichtigung finden mögen.**

Auch hinsichtlich der bereits geführten automatisierten Passdatei (ohne Funktionalität) ist ein Verzeichnis zu führen und Maßnahmen entsprechend der Ausführungen zu 1.f) und 2.f) zu treffen.